

DEUTSCHE

BÄCKERZEITUNG

Offizielles Organ des Verbandes der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg 23), Magstraße 6.

Offizielles Organ der Central-Kranken- und Sterbe-Kasse der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Dresden), Liliengasse 12.

Kollegen Deutschlands.

Die erste dringende Pflicht eines jeden Kollegen, der es ehrlich mit sich und seinem Nebenmenschen meint, ist es, seiner Berufsorganisation, dem Verbande der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands beizutreten...

Der Verband bezweckt: Bessere Gestaltung der Arbeits- und Lohnbedingungen der Bäckereiarbeiter, Beseitigung der Nachtarbeit in unserem Berufe, Regelung der Arbeitsvermittlung und des Herbergswesens...

Das Eintrittsgeld in den Verband beträgt 50 S., der wöchentliche Beitrag 40 S.

Dafür gewährt der Verband den Mitgliedern folgendes: Die wöchentlich erscheinende Fachzeitung „Deutsche Bäckerzeitung“ wird den Mitgliedern gratis geliefert.

Jedes Mitglied des Verbandes, welches 3 Monate dem Verbande angehört und seine Beiträge entrichtet hat, ist berechtigt, Rechtsschutz in gewerblichen und solchen Streitigkeiten, welche sich auf das Unfallversicherungs-, Haftpflicht-, Alters- und Invaliditätsversicherungs- und Krankenversicherungsgesetz beziehen...

Mitglieder, die mit Genehmigung des Verbandsvorstandes die Arbeit einstellen, um ihre Arbeits- und Lohnbedingungen zu verbessern, erhalten pro Woche mindestens 8 M. — verheiratete bis zu 14 M. — Streikunterstützung.

In derselben Weise werden Mitglieder unterstützt, die wegen ihrer Tätigkeit für den Verband gemährt wurden. Außerdem gewährt der Verband Arbeitslosen, oder Reise-Unterstützung bis zur Dauer von 42 Tagen im Jahre unter folgenden Bedingungen: Nach 52wöchentl. Mitgliedsch. pro Tag 1. — M. bis 42. — M. i. S. 156 " " " " 1.20 " " 50.40 " " 260 " " " " 1.50 " " 63. —

Ferner nach 156wöchentlicher Mitgliedschaft im Erkrankungs-falle (Erwerbsunfähigkeit) pro Tag 1 M. Krankenzuschuß, bezgl. im Sterbefalle eines Mitgliedes an dessen Frau oder Kinder nach 156wöchentlicher Mitgliedschaft ein Sterbegeld von 30 M., nach 260 wöchentlicher Mitgliedschaft 50 M.

Der Verband leistet also den Mitgliedern in allen Notfällen Unterstützung, deshalb werdet Mitglied deselben.

24 216.20 M.

Diese gewaltige Summe hat der Verband im Jahre 1903 an seine arbeitslosen, reisenden und kranken Mitglieder und an die Angehörigen verstorbenen Mitglieder an Unterstützung bezahlt.

Im Jahre 1904 wurden für die gleichen Zwecke ausgegeben:

32 250.20 M.

Verbandsmitglieder! Mit diesen Leistungen der Organisation muß auch bei dem Gleichgültigsten die so oft nachgehobene Ausrufbe, „es nützt ja doch nichts“, verstummen, deshalb entfaltet überall eine rührige Agitation und werbet unablässig neue Mitglieder für unsere Organisation!

Der Verbandsvorstand. J. A. D. Allmann.

Unsere Lohnbewegungen.

Wie wir aus Versammlungsberichten und sonstigen Mitteilungen entnehmen können, beschäftigen sich unsere Kollegen in mehreren Städten mit der Frage, ob sie in diesem Jahre in eine Lohnbewegung eintreten wollen. Wir weisen deshalb darauf hin, daß auf Grund unseres Streikreglements solche Mitgliedschaften, die in eine Lohnbewegung eintreten wollen, sich mindestens 2 Monate vorher an den Verbandsvorstand wenden und sich mit diesem über die Forderungen, die Zeit der Lohnbewegung und über event. Erhebung von Extrabeiträgen verständigen müssen.

Zudem würde Lohnbewegungen und Streiks, die nicht vom Verbandsvorstand gutgeheißen werden können, werden auch in keiner Weise vom Verband unterstützt.

Anschließend kommender Lohnkämpfe muß es aber dringende Pflicht aller Mitglieder sein, ihre Beiträge pünktlich zu entrichten, regelmäßig in den Versammlungen zu erscheinen und eine rührige Agitation für weitere Ausbreitung des Verbandes zu betreiben. Allen Kollegen muß klar gemacht werden, daß es ihre Pflicht ist, mitzuhelfen zur Verbesserung unserer Lage, daß ferner keiner den

Verlockungen und Versprechungen der Arbeitgeber und sich zum Verräter seiner eigenen Interessen, zum Streikbrecher, hergibt. Nur wenn die Solidarität den Kollegen überall in Fleisch und Blut übergeht, werden wir überall als Sieger aus den Kämpfen hervorgehen!

In Dresden haben sich unsere Kollegen schon zwei Jahre mit dem Verlangen getragen, durch eine Lohnbewegung ihre traurige Lage zu verbessern, aber hindernde Umstände zwangen sie dazu, ihr Verlangen zurückzustellen. In letzter Zeit ist nun dieses Verlangen wieder sehr scharf zum Ausdruck gekommen.

Nach vorher stattgefundenen Bezirksversammlungen in fast allen Teilen der Stadt fand am 28. Februar im „Trianon“ eine große öffentliche, von über 700 Kollegen besuchte Versammlung statt. Das einleitende Referat zu der Tagesordnung: „Stellungnahme zu den Forderungen an die Dresdener Bäcker-Innung“ gab Genosse Fiegler, Vertrauensmann der Müller. In seinem eingehenden Vortrag führte er den Anwesenden sehr deutlich vor Augen, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse anderer Berufe, ja sogar ungelerner, bedeutend bessere seien, als die der Bäcker, Fleischer, Barbier und Friseur. Hierauf legte er Punkt für Punkt unserer Forderungen den Anwesenden vor, wofür er brauenden Beifall erhielt. In der Debatte sah sich ein Meister wiederholt genötigt, vom Innungsrummel und Kleinmeisterium zu retten, was irgend zu retten war, fand aber keine Zustimmung. Ferner sprachen die Kollegen Weinert, Rischmann, Paul und Pfeifer. Dieselben brachten nicht nur die Forderungen vor, sondern auch die damit verbundenen die ganze traurige Lage unseres Berufes, das Kost- und Logiswesen sowie die Lehrlingszücherei, und forderten lebhaft auf zum Eintritt in die Organisation, welcher Aufforderung über 100 Kollegen Folge leisteten. Der Vertrauensmann der Barbier und Friseur, Genosse Gläser, trat lebhaft ein für die Kulturförderung: Abschaffung von Kost und Wohnung beim Arbeitgeber. Der vorzulegende Meister führte aus, daß der Parteigenosse gefallen seien, jetzt müßten Taten folgen. Nachstehende Forderungen wurden einstimmig angenommen und der Vorstand der Mitgliedschaft und der Gesellenausschuß als Tarifkommission eingesetzt:

Tarifvorschlag: Zur Regelung der Arbeitsverhältnisse im Dresdener Bäckergewerbe ist ein Tarifvertrag auf folgender Grundlage anzustreben:

- 1. Kost und Logis darf dem Gesellen nicht mehr vom Arbeitgeber verabsolgt werden.
2. Die Löhne sind folgendermaßen zu normieren: a) für Bäckereien mit einem Gesellen 21 M. Minimal-Wochenlohn; b) für Bäckereien mit zwei Gesellen: für den ersten 23 M., für den zweiten 21 M. Minimal-Wochenlohn; c) für Bäckereien mit drei und mehr Gesellen für den ersten (Lehrarbeiter) 25 M., für den zweiten (Weißbrotler) 23 M. und für alle weiteren Gesellen 21 M. Minimal-Wochenlohn; d) wo jetzt schon höhere Löhne gezahlt werden, dürfen dieselben nicht gekürzt werden; e) Ueberstunden werden mit 50 S. pro Stunde vergütet; f) Lohnzahlungen finden jeden Sonnabend resp. Sonntag nach beendeter Arbeitsschicht statt; g) wo Frühkaffee und Gebäck dazu verabsolgt werden, darf dafür vom Lohn nichts in Abzug gebracht werden.
3. An den hohen Festen Ostern, Pfingsten und Weihnachten wird den Gesellen ein freier Tag unter Fortzahlung des Lohnes gewährt.
4. Anerkennung des Verbandsarbeitsnachweises, event. Einführung eines paritätischen Arbeitsnachweises und alljährliche öffentliche Wahl des Stellenvermittlers.
5. Vorstehender Tarif gilt auf die Dauer von zwei Jahren und wenn von keiner Seite, mindestens 3 Monate vor Ablauf desselben, Kündigung erfolgt, fortwährend auf ein weiteres Jahr. Während dieser Zeit verpflichten sich beide Teile zur strengsten Durchführung dieser Bestimmungen zu sorgen.

Diese Versammlung ist den Innungsführern in die Ohren gefahren und sie verfaßten folgendes Zirkular an die Bäckereimeister:

Wie Ihnen bekannt sein wird, beabsichtigt die hiesige Gewerkschaft der Bäcker in allerhöchster Zeit ihre Forderungen an die Innung zu stellen, obgleich ein großer Teil unserer Gesellen damit nicht einverstanden ist. Selbstverständlich wird vom Gesamtvorstand wie auch von der Innungsversammlung alles getan werden, um diese Angelegenheit auf gutem Wege zu erledigen. Da jedoch die Forderungen derartige sind, daß sie zur Zeit selbst beim besten Willen und größten Entgegenkommen nicht voll gewährt werden können, wollten wir nicht den größten Teil unserer Berufe dem Untergange entgegenführen, so erließen wir einen Streik unvermeidlich. Dieser wird, da voraussichtlich geübende Meister die zur Vertretung stehen, jedenfalls in kurzer Zeit beendet sein. Dies müssen auch die Meister und Meistern ganz genau und soll deshalb als Hauptwaffe der sofort benutzt werden, welcher über diejenigen

Meister verhängt werden soll, welche sich nicht als willfähiges Werkzeug benutzen lassen.

Wir richten nun in Ihrem eigenen Interesse wie im Interesse der Allgemeinheit an Sie das dringende Ersuchen, sich nicht auf Einzelverhandlungen mit einer etwaigen Lohnkommission einzulassen, sondern heftig und bestimmt zu erklären, daß Sie mit den Beschlüssen des Vorstandes und der Innungsversammlung einverstanden sind. Die Erfahrungen bei dem vorjährigen Boykott in Berlin haben deutlich bewiesen, daß diejenigen, welche vorzeitig ihre Unterschrift gegeben, sich damit dem Verbande der Bäcker auf Gnade oder Ungnade ergeben haben, und da die erhofften Vorteile meistens garnicht oder nur für kurze Zeit eingetreten, später um so sicherer dem Ruin verfallen sind. Sollten Sie durch schriftliche oder durch Zeugen nachweisbare Trohungen zur Unterschrift veranlaßt werden, so eruchen wir um umgehende Mitteilung, damit strafrechtliche Verfolgung wegen Erpressung eingeleitet werden kann. Ueber alle etwa nötigen Versammlungen wird Ihnen rechtzeitig Einladung zugehen, außerdem sind wir jederzeit zur Auskunft bereit.

Der Gesamtvorstand der Bäcker-Innung. Ed. Wiener, Obermeister.

Das Zirkular vertrat sogleich, daß auch die Dresdener Innungsgewaltigen wieder nach Schema N. arbeiten werden. Dreist behaupten sie, daß ein großer Teil der Gesellen nicht mit den Forderungen einverstanden sei. Dann gefallen sie sich in kolossaler Siegesgewißheit und zum Schluß schreien sie nach Staatsanwalt und Polizei. Alles genau in der bisher von den Innungen in ähnlichen Fällen betriebenen Weise!

Unsere Dresdener Kollegen werden jetzt zu zeigen haben, ob es ihnen mit der Durchführung ihrer Forderungen ernst ist, und deshalb müssen sie die Saumseligen noch aufrütteln und in die Versammlungen bringen, bis die übergroße Mehrzahl der Kollegen der Organisation angehören!

Ein Ausweg.

Biel und oft genug wurde in Innungsblättern schon darüber geschrieben, wie schwierig es sei, die Maximalarbeitszeit durchzuführen. Statt aber einen dahingehenden Vorstoß zu machen, wie dem event. am besten abzuheften wäre, beschränkte man sich vielmehr darauf, durch Verbeizung wäghlicher und unwäghlicher Gründe deren Undurchführbarkeit zu beweisen und womöglich eine Umwandlung derselben in eine 9 oder 10stündige Minimalarbeitszeit herbeizuführen, um diese noch weniger einzuhalten als jetzt die Stündige bei 12, 14 und 16 Stunden Arbeitszeit. Zweck dieses Artikels ist es jedoch nicht, die verschiedenen angeleglichen Schwierigkeiten einer kritischen Beleuchtung zu unterziehen, vielmehr beanüge ich mich damit, einen der Hauptpunkte heranzugreifen und daran das Sezernmesser anzulegen, ich meine die sogen. Fäbrung oder Zerfäbrung, wie man es gerade heißen will.

An ihr ist gründliche Reform nötig und auch möglich. Daß dies natürlich bestritten werden wird, ist so klar wie Wasser. Es dürfte überhaupt schwerlich einmal etwas neues gegeben haben, wogegen sich nicht verschrobene Köpfe und — nicht nur solche — gestemmt hätten.

Freilich, wenn man die verschiedenen Fäbrungen, deren es jedoch nicht über ein halbes Duzend gibt, sofern man sie als wirklich grundverschieden, als originell bezeichnen kann (ich werde mich in einem weiteren Artikel noch des Näheren darüber verbreiten) in Betracht zieht, möchte es fast so scheinen, in Wirklichkeit aber inwiefern dieselben im Grundprinzip vollkommen überein, daher sie auch überall unter Berücksichtigung der gegebenen Verhältnisse mit gleich günstigem Resultat angewandt werden können, was nur dem nicht entleuchtet, dem eben auch die Grundlage der Theorie und Praxis höchstliche Dörfer sind.

Man sollte meinen, die Meister selbst müßten im eigenen Interesse mit der Einführung einer Methode vorgehen, welche nicht nur Arbeit, sondern auch Zeit erspart. Aber darin liegt eben der Hund begraben! Die Meister lesen nichts, wissen nichts und sträuben sich gegen alles Neue, scheuen dasselbe wie St. Lucius das Weihwasser. Wie wäre es somit möglich, daß nachstehender Artikel, dem „Bäckerbuch“ (Verlag Felix Kraus-Struttgart) entnommen, so ohne weiteres ignoriert werden könnte, nachdem doch das Werk schon vor drei Jahren erschienen ist. Es heißt da in einem Bericht aus England, die dortige Backmethode betreffend, folgendermaßen:

Die Backmethoden sind in England, Schottland und Irland verschieden. In England benutzt man meistens Brauer- und Destillationsöfen, macht einen Porzellan, läßt denselben 3-10, ja sogar 12 Stunden stehen (sogar wie bei uns auch) und läßt dann den Teig den man 1 1/2 St. „ausruhen“ und „gehen“ läßt, ehe man ihn aufwiegt. Die Methode ist jedoch seit der Londoner und Manchester Ausstellung vom Jahre 1897 durch ein anderes Verfahren ersetzt, welches von tausenden Bäckern adoptiert wurde.

Hierzu wird das entsprechende Quantum Gese ohne Bereitung eines Vorteiges sofort mit den gesamten übrigen Materialien zusammengearbeitet und läßt man den Teig 8-9 Stunden gären. Man ist in englischen Bäckereien der Ansicht, daß es nur eine Frage der Zeit ist, bis dieses Verfahren allgemein angewendet wird, denn es soll nicht nur Feitersparnis bringen, sondern auch besseres, schmackhafteres Brot erzielen lassen und hauptsächlich ein Sauerwerden des Brotes verhindern.

Nun werden sich die meisten, die dies gelesen haben oder erst jetzt lesen, gedacht haben bezw. denken, dies mag in England gehen, für uns taugt die Sache nicht. Ich dachte ebenso, umso mehr als sich auch noch die Verlagsanstalt zu allem Ueberflus zu der Bemerkung bemüht fühlte: „Es scheint uns aber, daß sich dieses Verfahren ausschließlich nur für den Großbetrieb eignet.“

Trotzdem aber wie alle diese umstürzlerische Idee, fernerhin ich auch, wie alle diese „Sozialdemokraten“ lieber wenig als zu viel tun, umso mehr als letzteres einem Sprichwort gemäß auch noch ungehindert sein soll, keine Ruhe und so manches Mal regte sich in mir der heimliche Wunsch, die Sache einmal bei günstiger Gelegenheit, also bei reiner Luft bezw. Windstille, zu versuchen. Ziemlich lange ließ diese Gelegenheit auf sich warten, aber sie kam. Ich war damals noch Gehilfe und bin es dank meiner finanziellen Verhältnisse noch. Der Unterschied zwischen früher und heute ist nur der, daß ich damals noch Müllner war, heute aber durch eine Verfertigung glücklicher Umstände um eine Etzölle höher gestiegen bin auf der Rangstufenleiter der „Leigassen“ (nach Dartmücher Auffassung), also zum Schiefer avancierte.

Nachdem ich nun so auf Umwegen sich das mich nämlich auch in der Zwischenzeit als Proletarier in höherer Lebenslage, nämlich als Diamantfritierer versucht und dabei unter freundlicher Mitwirkung der Bäckereimeister und deren uneigennützigem Verzichtleistung auf die tausenden von Grammen, welche sie sich hätten bei Verwendung des ihnen meinerseits offerierten Präparates an Teig ersparen können, ein glänzendes Nass gemacht) endlich auf dem Gipfelpunkt „teiglicher Madsphäre“ angelangt war, ging ich mit dem seligen Bewußtsein, diverse Schmäpfer nicht scheuen zu müssen, an die Ausführung des längst geplanten Versuches.

Nachdem nun aber in dem erwähnten Artikel des Bäckerbüchles genaue Angaben über das zu verwendende Quantum Gese usw. nicht zu finden waren, verurteilte mich die Frage, wieviel Gese, wieviel Salz und wie warm das Wasser nehmen, nicht wenig Kopfschmerzen. Dank meiner theoretischen Kenntnisse, welche ich mir mühsam genug erworben und dann vermessentlich überquellenden Verzeas in einem Schritchen, betitelt „Die Grundelemente der Bäckerei“ (dasselbe erweist sich, nebenbei erwähnt, einer vorzüglichen Ignorierung seitens der Sachgenossen) veröffentlichte, war ich über diese Frage nicht zu lange im Zweifel, fing aber doch, dem Beispiele vieler Bäckereimeister folgend, erst „ganz klein an.“

Selbst hatten die ersten Versuche mit Vorteigen von 1 Liter Hefenquantum nicht den gewünschten Erfolg; immerhin aber gewann ich die Ueberzeugung, daß die Sache nicht so „ohne“ ist und sich im Großen wohl besser machen läßt. Demnach hätte also die Verlagsanstalt mit ihrer erwähnten Bemerkung Recht gehabt. Ja, ja, es heißt nicht umsonst: „Wer Unrecht hat, wird grob!“

Also in „Gottsaun“ versuchte ich das Problem nicht ohne Nangen im großen Stile zu lösen und eines schönen Mittags zwischen 11 und 12 machte ich mir 20 Liter Wasser von 2 Grad Reaumur Wärme, das Mehl hatte die Backstube Temperatur von 15 Grad R., einem Hefenquantum von 100 Grammen (wie ich es sonst zum Dampf von 10 Liter Hefenquantum nehme) und einer Salzgabe von 30 Grammen pro Liter, also 600 Grammen (wie sonst zum

Teig), einen mitteltrocknen Teig, legte ihn in ein Leigtuch und überließ ihn so im Troge lassend, wie sonst das Dampf, einer 10stündigen Gärung. Abends 5 Uhr war derselbe erst um die Hälfte so weit in die Höhe gestiegen, als sonst das Dampf schon um 5 Uhr. Trotzdem aber war am Teig, nachdem ich ihn in höchst einfacher Weise aus dem Tuch (übrigens nur ein aufgetrennter Sad) nahm und auf diese Weise das lästige Abscharren ersparte und auf die Tafel boden, nichts besonderes zu bemerken, als eine überreichende Feinheit.

Nachdem ich noch verschiedene andere Arbeiten zu tun hatte, blieb derselbe bis zum Aufwiegen ungefähr eine Stunde liegen, was sehr gut war, denn, wenn auch im übrigen alles so von statten ging, wie bei Dampfherführung, so war das Resultat doch nicht ganz nach Wunsch gelungen, indem der Teig etwas jung und demnach etwas zu weich war und das Gebäck daher einen etwas breiten, unshönen Boden bekam.

Anderen Tags nun machte ich den Teig etwas fester, immerhin aber nicht so fest, wie in München das Dampf gemacht wird (es gehen dort auf 1 Liter Wasser 4 Pfund Mehl auf), während im übrigen alles beim gleichen blieb. Das Resultat war diesmal einfach „tadellos“. Seit der Zeit, bereits einem halben Jahre, fällt mir nicht mehr ein, noch ein Semmeldampf zu machen und wenn ich einen entsprechend großen Vortrog hätte oder sogar. Kübel in nötiger Größe, würde ich es auch bei dem uneren schwabischen und norddeutschen Brüdern unaussprechlichen „Loabiboag“ nicht mehr tun.

Beim sogenannten Bierbrot, nämlich auch Milchbrotteig genannt, oder auch umgekehrt, weil man nämlich weder das eine noch das andere mehr verwendet (Ausnahmen gibt's in jeder Regel), dürfte sich also bei Verwendung von Diamant dieselben Resultate erzielen lassen; weniger ratsam ist dies bei Milchverwendung, namentlich im Sommer.

Wenn ich nun auch zugeben muß, daß auch bei dieser neuen Führungsmethode das Gebäck nicht immer tadellos wurde, so war dieses Mißlingen doch nur immer ein selbstverschuldetes und ist daher ein Arbeiten mit Maß und Gemäß bei diesem Verfahren unerlässliche Bedingung. Insbesondere ist darauf zu achten, daß der Teig nicht den geringsten säuerlichen Geruch an sich hat. Erwähnenswert dürfte die Beobachtung sein, welche ich machte, als mir einmal der Teig etwas zu reif wurde, daß das daraus hergestellte Brot zwar in der Sichtbarkeit zurückblieb, dennoch nicht jenen faden, säuerlichen Geschmack und Geruch hatte, wie er sonst bei Dampfherführung zu bemerken ist. Deshalb kann ich auch alles das, was in englischen Bäckereien über diese Führung geäußert wurde, mit gutem Gewissen voll und ganz unterschreiben.

Wird einmal diese Führung allgemein eingeführt, woran ich nicht im mindesten zweifle, des um so weniger, als eben die sich entwickelnden Verhältnisse geradezu dazu drängen; hat sich doch schon bereits eine ähnliche Führung ohne Dampf beim Milchbrot sichtlich infolge der in der Bundesratsverordnung festgesetzten ununterbrochenen achtstündigen Ruhezeit immer mehr eingebürgert, trotzdem sie ein beinahe dreimal größeres Hefenquantum erfordert, so dürfte sich noch verschiedene Vorteile zeigen, an die man jetzt noch gar nicht denkt. Ohne nun mein Denkfähigen anstrengen zu müssen, wird es jedem Kollegen aus dem ersten Blick einleuchten, welche eine enorme Erleichterung unserer Berufsarbeit durch diese Führung geschaffen wird, wenn man statt wie bisher vor der Lokarbeit stundenlang sich mit dem Teig abradern mußte, diesen für und fertig nur herauszuheben braucht. Doch nicht nur Arbeit- und Zeitersparnis liege sich durch diese Methode erzielen, auch ein um 1 1/2-2 Stunden späteres Aufgehen würde dadurch ermöglicht (was doch auch ein nicht zu unterschätzender Vorteil ist), umso mehr, als ein Aufgehen des Teiges, wie es

bereits üblich war, in diesem Falle von vornherein schon in Wegfall kommt.

Nu und Kollegen selbst liegt es nun, die Einführung dieser Führungsmethode zu beschleunigen und in deren eigenstem Interesse möchte ich es denjenigen Kollegen, in deren Hand es liegt, nachzusehen, daß diese erst in kleinerem Maßstabe darüber anzustellen und zwar so lange bezw. so oft, bis die Sache gelingt, was bei einiger Aufmerksamkeit nicht ausbleiben kann.

Für diejenigen Kollegen nun, die mit 8 und 10 bezw. 12 Stunden gährenden, mittelst oder fest gehaltenen Vorteigen, welche in Oberbayern gang und gäbe sind (sie sind interessanter Weise auch in England), wenig oder gar nicht vertraut sind, möchte ich durch nachstehende Tabelle einige Anhaltspunkte an die Hand geben, auf Grund deren sie schnell Erfolge zu erzielen in der Lage sein werden.

Als Vorbedingung ist eine Backstube Temperatur von 20° R., wie sie im Sommer Regel, im Winter insofern erzielt wird, als man Mittags dieselbe durch Heizen über 20° hinaus ungefähr auf 25° treibt und solches abends, wo sie gewöhnlich auf 15° und noch tiefer gesunken ist, wiederholt, was durchschnittlich an gleichmäßiger Temperatur von 20° und ihrer Einwirkung auf die Gärung des Vorteiges so ziemlich gleichkommt, angenommen. In Bezug auf das Quantum der zu verwendenden Gese habe ich einer allerdings nicht ganz einwandfreien, aber sehr verbreiteten Gepflogenheit, womöglich zu sparen, Rechnung getragen und muß da etwas höher angelegt werden, wo sonst das Wasser über 35° R. genommen werden mußte, was unbedingt zu verwerfen ist; während ich bezüglich der Qualität der Gese nur gute, also starkzusatzfreie, keineswegs aber die beste, weil solche des Kostenpunktes halber, nur verhältnismäßig wenig verbraucht wird, voraussetze. Was die Temperatur des zu verwendenden Wassers anbelangt, so habe ich von einer Angabe derselben Abstand genommen, an dessen Stelle jedoch eine solche des Teiges gesetzt, aus dem einfachen Grunde, weil das Mehl, je nachdem es früher oder später in die Backstube gebracht wird, mehr oder weniger erwärmt ist und infolgedessen berücksichtigt werden muß. Da aber wohl die Wenigsten eine Abnung davon haben, wie eine bestimmte Teigttemperatur erzielt wird, möge folgendes noch zur Kenntnis dienen.

Um eine bestimmte Teigtwärme zu erzielen, müssen entweder beide Teile, also Mehl und Wasser, von vornherein schon die gleiche Temperatur haben; da dies aber selten der Fall ist, so muß der eine Teil um so viel Grad mehr über die zu erzielende Teigtwärme haben, als dem anderen Teil von der gewünschten Temperatur abgeht, indem sich die Temperatur des kälteren Teiles nur um die Hälfte der Differenz, also des Unterschiedes sich erhöht. Beispielsweise: das Mehl eine Temperatur von 16° R. und man will eine Teigtwärme von 20° R., so muß das Wasser 24° haben. Aus Allem dem ergibt sich von selbst, namentlich da, wo Unregelmäßigkeiten in der Erwärmung des Mehles an der Tagesordnung, daß die Temperatur desselben gemessen werden muß. Wenn auch die Meister auf das Gebührende zu achten glauben, so erweist sich das durch das öftere Mißlingen der Ware bei Verwendung zu kaltem Mehles die Unverlässlichkeit dieses so beliebten mechanischen Arbeitens auf das Geratewohl zur Genüge.

Im Uebrigen ist noch voranzuschicken, daß eine Teigttemperatur unter 15° nur im Winter erzielbar und aus leicht begreiflichen Gründen nicht zu empfehlen ist, so wenig wie eine solche von über 25° R., welche übrigens bei dieser Führung auch garmicht nötig ist. Man sollte übrigens bei dieser Führung strikte an den angeführten Temperaturnebst Hefenangaben festhalten, um im Falle des Mißlingens die Ursache desselben schnell ausfindig machen zu können; gewöhnlich wird sie in der Außen- resp. Backstube Temperatur zu suchen sein.

Ein Mann von Schrot und Korn.

Von Fr. M.

Der Bäckergeselle Franz Weidner schenkte eines Tages sein Bündel und ging, wie es sich für einen jungen Gelehrten geziemt, auf die Wanderschaft, um in der Fremde seine Kenntnisse zu erweitern und sein Glück zu versuchen.

Er überlegte nicht zu viel, bevor er sich auf den Weg machte, und dachte sich: „Was ich auch mache, ich werde es schon richten.“

Er kam nach München und suchte sich ein Unterkommen. Er fand bei einem Bäckermeister eine Stelle als Geselle. Der Meister war ein alter Mann, aber sehr erfahren.

Der Meister ließ die Gesellen der Stadt, wo er gelernt und zwei Jahre als Geselle tätig war, zu erge. Er brachte seine Kenntnisse im Bäckereiwesen so dar, wie er wollte. Er zeigte ihnen, wie man ein Brot zu backen ist, wie man es zu schneiden ist, wie man es zu schneiden ist.

Der Meister war sehr zufrieden mit ihm und ließ ihn bei sich bleiben. Er gab ihm ein Zimmer und ein Bett. Er ließ ihn bei sich bleiben.

Der Meister war sehr zufrieden mit ihm und ließ ihn bei sich bleiben. Er gab ihm ein Zimmer und ein Bett. Er ließ ihn bei sich bleiben.

Der Meister war sehr zufrieden mit ihm und ließ ihn bei sich bleiben. Er gab ihm ein Zimmer und ein Bett. Er ließ ihn bei sich bleiben.

Der Meister war sehr zufrieden mit ihm und ließ ihn bei sich bleiben. Er gab ihm ein Zimmer und ein Bett. Er ließ ihn bei sich bleiben.

Der Meister war sehr zufrieden mit ihm und ließ ihn bei sich bleiben. Er gab ihm ein Zimmer und ein Bett. Er ließ ihn bei sich bleiben.

Der Meister war sehr zufrieden mit ihm und ließ ihn bei sich bleiben. Er gab ihm ein Zimmer und ein Bett. Er ließ ihn bei sich bleiben.

Der Meister war sehr zufrieden mit ihm und ließ ihn bei sich bleiben. Er gab ihm ein Zimmer und ein Bett. Er ließ ihn bei sich bleiben.

Der Meister war sehr zufrieden mit ihm und ließ ihn bei sich bleiben. Er gab ihm ein Zimmer und ein Bett. Er ließ ihn bei sich bleiben.

Der Meister war sehr zufrieden mit ihm und ließ ihn bei sich bleiben. Er gab ihm ein Zimmer und ein Bett. Er ließ ihn bei sich bleiben.

offenherziges und aufrichtiges, nicht das brutale oder hinterlistige, wie es Franz gar nicht anders kannte. Ihm hatte ja schon lange etwas gefehlt, das hätte er jetzt mit aller Macht in seiner Brust und das war ein teilnehmendes Herz.

Ja, er wollte noch einmal nachfragen, schlecht konnte er es auf diesem Wege nicht haben. Mit freudigem und hoffnungsvollem Gefühl sah Franz der Bäckergeselle zu. Die Meister der Stadt wurden ihm schoner und alle Menschen freundlich. In diesem Orte wollte er bleiben, das war ihm zum unabweislichen Beschluß geworden.

Die bräutliche Bäckereimeisterin war aber auch von einem kühnen Entschluß. Sie war die Tochter eines Lehrers, eines sehr geschickten Mannes. Sie hatte noch vier Brüder, welche studierten. Da ging es freilich sehr knapp in der Familie her, weil das ganze Geld für die Studien aufgebracht werden mußte. Die einzige Tochter mußte sich daher verdienen bei einem Reichtum, mit dem ihr Vater betrautet war.

Indem sie nun Dienstmädchen war, wurde sie doch ohne Ansehen in die Gesellschaft eingeführt, wo sie den Sohn des Bäckereimeisters kennen lernte.

Der alte Herr Dammhardt war nicht nur Dozent, sondern auch zugleich Vorkämpfer der Handwerkerkammer und gab ein reiches Mann; was Wunder, wenn seine Hände über das Reich gab, in besserer Gesellschaft zu verleben. Die Lehrersöhne und der junge Dammhardt fanden Gutes aneinander und es entwickelte sich zwischen beiden ein inniges Verhältnis, das zu einer Heirat führen sollte. Dammhardt junior übernahm eine Bäckerei.

Jetzt meinte sein Vater, daß es sich nach seinem Tode ergiebt, sich eine Frau zu nehmen, die eine gehörige Arbeit in die Ehe bringe. Doch kam die Lehrersöhne von einer sehr edelbaren Familie, hatte auch Talent zu einer Geschäftsfrau. Sie brachte auch gleich eine gute Anzahl mit, weil sie in bürgerlichen Kreisen gut bekannt war und so ließ er die Heirat großzügig zu.

Die Lehrersöhne hingegen waren es zufrieden. In jeder Hinsicht, was sollten sie sonst mit ihrer Tochter anfangen? Letztlich von ihrem Tante herab, so oft immer noch Geld, müßigen konnten sie ihr nichts. Der alte Herr Dammhardt galt ja etwas und sein Sohn konnte noch etwas werden.

So waren also beide jungen Leute erst kurze Zeit verheiratet, als Franz als Geselle bei ihnen eintrat.

Die junge Frau Dammhardt erwiderte dem Gesellen manche feine Aufmerksamkeit. Franz konnte doch aber auch ihr ein wenig eine ganz neue Welt eröffnen. Von dem Wandereleben, von der Jubelstimmung des Staates und der mit ihr zusammenhängenden Arbeiterbewegung, von der immer fortwährenden Kapitalakkumulation, den Ideen, Sitten und Vergnügungen der Arbeiter usw. Das alles war für sie einleuchtend und machte sie Franz immer

beifälligen, wenn sie auch ab und zu zum Schein gegen seine Ansichten opponierte.

Anderes hingegen war ihr Mann. Der ging fleißig auf's Hundschätztrinken. Er sprach, wenn er zu Hause war, nur über das Geschäft über gute und schlechte Mehle und schimpfte dann und wann einmal gehörig über die lästige Konkurrenz. In der Backstube führte er ein strenges Kommando und freute sich heimlich, wenn er an der Arbeit von Franz etwas auszuholen konnte.

Franz hatte sich wieder beim Hauptvorkämpfer gemeldet als Einzelkämpfer und wurde nun von demselben zur regen Agitation angepörrt. Er kam deshalb öfters in die Lage, zwecks Korrespondenz mit anderen Kollegen schriftliche Arbeiten verrichten zu müssen. Dies konnte er ja ganz gut in der Backstube tun, wenn er sich auf den Sauerkübel setzte und die Backtafel als Schreibtiisch benutzte. Aber sein Meister durfte dies nicht erfahren und die Meisterin brauchte es ja auch nicht zu wissen, so gut sie ihm war; jede Freundschaft hat ihre Grenzen! So machte Franz bei seinem Meister die Anregung, einen alten Tisch, der unbenutzt im Hofe stand, in seine Kammer bringen zu dürfen.

Der Meister schenkte ihm aber kein Gehör und so mußte Franz die Gelegenheit abwarten, wo er seinen Wunsch auf diplomatischem Wege in Erfüllung bringen konnte. Als es einmal einige Tage unaufhörlich regnete und das Wasser auf dem alten Tisch im Hofe nur so plätscherte und die Tischplatte mit rot bestrahlt waren, ging Franz in die Küche zur Frau Meisterin, von wo aus man den Tisch im Regen stehen sah. Nun mußte er ihr sehr leicht beizubringen, daß dieser Tisch verkaufen müsse, wenn er an keinen trockenen Platz geschafft werden würde. In seiner Kammer wäre er gut aufgehoben usw. und ehe man es gedacht, hatten beide, Franz und die Meisterin, den Tisch an Ort und Stelle, in die Gesellenkammer, gebracht.

Das war für unseren Kollegen ein Erfolg! Ungeniert jetzt schreiben zu dürfen! Er freute sich so sehr darüber, als wenn er schon eine ganze Lohnbewegung durchgedrückt hätte.

Doch er hatte die Rechnung ohne seinen Meister gemacht. Als der Gestrange von der Zuningsversammlung nach Hause kam, küßte ihm seine Frau durch den Baden entgegen.

„Lieber Artur“, begann sie, „wir haben den alten Tisch, der im Hofe dem Regen ausgefegt war, in Franz'seiner Kammer gebracht; Du glaubst gar nicht, wie der sich darüber freut!“

Dammhardt suchte erst, dann aber brach er in ein Lachen aus. Er dachte, wie dies nur ein hochfester Bäckereimeister vermag. Hätte dies Franz gehört, er würde gewußt haben, daß jetzt ein Heiligkreuzdomerweiter im Anzuge war. Aber Frau Dammhardt glaubte in ihrer Unschuld, daß ihr Mann sich mit ihr freute. Sie sollte bald eines besseren belehrt werden.

Dammhardt legte seine Zigarre weg, band sich eine

Einer einfachen Berechnung zufolge, müssen beide zu ermischenden Temperaturen zusammengezählt genau das Doppelte der erwünschten Teigtemperatur ergeben bzw. geht man vom doppelten der erwünschten Temperatur die des Mehles ab und man hat in dem Resultat die nötige Wasserwärme. Zur Erzielung obenstehender Teigtemperatur können nachstehende Grade vermischt werden.

Teigtemper.	Teigtemper.	Teigtemper.	Teigtemper.
22 1/2° R.	20° R.	17 1/2° R.	15° R.
Mehl Wasser	Mehl Wasser	Mehl Wasser	Mehl Wasser
10-35	10-30	10-25	10-20
11-34	11-29	11-24	11-19
12-33	12-28	12-23	12-18
13-32	13-27	13-22	13-17
14-31	14-26	14-21	14-16
15-30	15-25	15-20	15-15
16-29	16-24	16-19	16-14
17-28	17-23	17-18	17-13
18-27	18-22	18-17	18-12
19-26	19-21	19-16	19-11
20-25	20-20	20-15	20-10

(Beim Messen der Mehltemperatur, muß das Thermometer mindestens einige Minuten darin verbleiben.)

Übersichtliche Ausführungstabelle nach englischer Methode bei 10° bzw. 12 stündiger Gärung und einer Nachheben-temperatur von 20° Reaumur im Durchschnitt und mittlerer Teigfestigkeit (4 Pfund per Liter).

Leigquant.	Leigfestigkeit (4 Pfund per Liter).		Leigquant. oder Hefe u. Leigquant.	
	Gr.	R.-Grade	Gr.	R.-Grade
10	300	20	75	22 1/2
20	600	20	75	22 1/2
30	900	150	17 1/2	100
40	1200	150	22 1/2	100
50	1500	200	20	150
60	1800	200	20	150

Für Leigquanten von 40, 50 und 60 Litern, ist die Temperatur mit Rücksicht darauf, daß solche Teigmassen steil werden müssen und zwar so, daß Zweidrittel auf den ersten und ein Drittel auf den letzten kommt, wodurch ein Ersterwerden des ersteren und ein Jüngerbleiben des letzteren erzielt wird, höher angelegt. Dazwischen liegende Quanten wie 15, 25, 35, 45 Liter wurden deshalb nicht berücksichtigt, weil z. B. 15 Liter ebenso geführt werden können wie bei 10, 25 und 20 Liter u. s. f. Die Gärung ist solchen Teigen durch das Größenverhältnis selbst reguliert, man hat nur das Salzquantum, per Liter 30 Gr., zu berechnen; wobergegen jedoch nur 25 Gr. zugegeben werden, wie dies namentlich dort geschieht, wo weichere Teige gebacken sind, ist eine Herabsetzung der Teigtemperatur ohne Änderung des Hefequantums um 2 1/2° vonnöten. Zweierlei Angaben in Bezug auf Hefequantum und Teigtemperatur sind mit Rücksicht auf sich leichter oder härter backende bzw. erdende Mehle gemacht worden, indem bei ersteren weniger Hefe und höhere Temperatur vorzuziehen sind.

Wo nun vorzugsweise weichere Teige (so ungefähr die Hälfte haltend zwischen weich und mittelfest) verarbeitet werden, hat man denselben in Anbetracht des stärkeren Wachstums und Weicherwerdens (ähnlich wie bei Diamaltverreibung) mittelfest zu halten, während da, wo mittelfeste gebacken sind (ausschlaggebend dafür ist in der Regel die Ware), dieselben etwas fester gemacht werden müssen, wobei jedoch Änderungen in der Temperatur oder Hefegabe nicht vorgenommen zu werden brauchen, da der Einfluß auf die Gärung nicht von so großer Bedeutung ist. Will man die Gärungsdauer auf 12 Stunden ausdehnen, so ist die Teigtemperatur gleichfalls um 2 1/2° zu erniedrigen, nicht nötig ist dies, wenn man nach Verlauf von 2 Stunden den Teig gleich in Angriff nimmt, ihn also nicht noch 1 oder 1 1/2 Stunden liegen läßt, sondern sofort in Bräuen oder Pressen aufwiegt, wogegen bei nur 10-

stündiger Gärung der Teig je nach Reife noch eine oder auch zwei Stunden liegen bleiben muß, ehe man ihn aufarbeiten darf.

Aus allem dem nun Vorgebrachten, wird jeder Kollege, sofern er Verständnis und Interesse dafür hat, bald das ihm Passende herausgefunden haben und mit Überflüssigkeit an die Versuche herangehen können. Darnach sind andere Maßpräparate wollen man bei Probeversuchen noch nicht verwenden, erst wenn man seiner Sache sicher ist, kann man es auch mit diesen versuchen und wird in solchem Falle ein Erhöhen der Teigtemperatur um 2 1/2° nötig haben.

Diejenigen Kollegen nun, welche mit den Versuchen günstige Resultate erzielt, sollten im Interesse aller ihre Erfahrungen im Verbandsorgan unter Zugrundelegung der näheren maßgebenden Verhältnisse kundgeben.

Wer sich zugutelehrt daran stoßen sollte, daß ich mein Wertes „Ich“ kein so sehr in den Vordergrund drängte, der möge das Sprüchwort beherzigen:

„Weisheit ist eine schöne Bier,
Doch weiter kommt man ohne ihr!“

Nun aber auf und hinein in Schlaraffens Landen,
In München ist uns scheint's ein Prophet erstanden.
Ihr, Gainspäuler.

Anträge

zu der am 3. April und folgende Tage im Harmonia-Gesellschaftshaus, Hohe Bleichen 30, in Hamburg tagenden 10. Generalversammlung.

(Etwas noch einlaufende Anträge können nicht mehr beachtet werden.)

Verbandsvorstand. Im Reglement für Krankenzuschuß soll § 1 lauten:
„1. Derselbe beginnt mit dem 8. Tage nach Eintritt der Krankheit (Erwerbsunfähigkeit); bei solchen Mitgliedern jedoch, die nach § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches während einer oder mehrerer Wochen der Krankheit vom Arbeitgeber den Wochenlohn ganz oder diesen unter Abzug der aus einer Krankenkasse gezahlten Unterstützung erhalten, beginnt der Krankenzuschuß erst mit Ablauf dieser Zeit.“

Verbandsvorstand. Die Kassierer der Mitgliedschaften sind verpflichtet, mit Ausnahme von bei der Aufnahme arbeitslosen Kollegen, bei Neuaufnahmen in den Verband 5 Wochenbeiträge, an Orten mit Lohnbewegungen jedoch vom Augenblicke der Genehmigung solcher durch den Verbandsvorstand 10 Wochenbeiträge zu erheben.

Cottbus. Im Reglement für Arbeitslosen- und Krankenunterstützung, Krankenzuschuß und Sterbegeld soll unter a) Arbeitslosen-Unterstützung § 14 folgende Fassung erhalten:

§ 14. Jedes Mitglied ist verpflichtet, während seiner Arbeitslosigkeit für den Verband tätig zu sein, und hat die ihm vom Vorsitzenden resp. Vertrauensmann seiner Zählstelle übertragenen Arbeiten gewissenhaft auszuführen. Zuwiderhandlung der Anordnungen des Bevollmächtigten zieht Verlust der jeweiligen Unterstützung nach sich.

Breslau. 1. Der Verbandsrat möge beschließen, die Krankenunterstützung schon nach einjähriger Mitgliedschaft zu gewähren und für diesen Unterstützungszweig eine dreimonatige Karenzzeit festzusetzen.

2. Der Wochenbeitrag wird auf 40 J. belassen und werden die Mitgliedschaften verpflichtet, Lokalbeiträge zu erheben.

3. Die Provinzen Sachsen und Posen werden vom Gau losgetrennt und bilden einen eigenen Gau mit besoldeter Gauleitung.

Berlin. Der Verbandsrat möge die Vorschläge, Anträge und Resolutionen der Zentral-Kommission zur Vereinfachung des Kost- und Logiszwanges zu den Feinigen machen.

Berlin. Der Verbandsrat möge an den Gewerkschaftsfongress folgenden Antrag stellen:

Die Generalkommission möge dem Vorkott als Vosse im gewerkschaftlichen Kampf größere Bedeutung schenken als bisher. Er wird beantragt: 1. Mit anderen Instanzen der Arbeiterbewegung zueinander planmäßiger Organisation des Vorkotts in Verbindung zu treten und dem nächsten Gewerkschaftsfongress geeignete Vorschläge hierzu zu machen; 2) Auf die Tagesordnung des nächsten Gewerkschaftsfongresses: „Der Vorkott als gewerkschaftliches Kampfmittel“ zu legen.

Berlin. Der Verbandsrat möge zum Gewerkschaftsfongress folgenden Antrag stellen:

Die Generalkommission der Gewerkschaften wird beauftragt, dem nächsten Gewerkschaftsfongress Vorschläge zu unterbreiten, die eine bessere gegenseitige Unterstützung bei Streiks garantieren, wodurch der immer größeren Konzentration des Kapitals wirksam begegnet werden kann.

Berlin. Extrabeiträge zu lokalen Fonds, die durch den Hauptvorstand sanktioniert sind, können nur mit Zustimmung des Hauptvorstandes wieder beseitigt oder abgeändert werden.

Berlin. Dem § 37 folgenden Zusatz zu geben:
Gauleiter, sofern sie nicht als Delegierte gewählt werden sollten, müssen auf dem Verbandsrat anwesend sein und haben dort Sitz und Stimme.

Berlin. Dem § 8, Absatz 2, folgende Fassung zu geben:
Der Ausschluß eines Mitgliedes gilt als stillschweigend erfolgt, wenn es länger als 13 Wochen mit seinen Beiträgen restiert, ohne um Erstattung nachgesucht zu haben.

Darmstadt. 1. Der Gauatz ist von Frankfurt nach Darmstadt zu verlegen.
2. Der wöchentliche Beitrag ist auf 50 J. zu erhöhen. Die Krankenunterstützung ist einzuführen. Darnach erhalten die Mitglieder Kranken- oder Arbeitslosenunterstützung pro Tag:

bei 1-jähriger Mitgliedschaft für 42 Tage à 0.50 M	1.-
2. "	1.90 "
3. "	1.50 "
5. "	2.- "

Umsatzgelder für Mitglieder die gezwungen sind, ihren Wohnsitz zu wechseln, sind bis zu 20 M zu gewähren.

Hannover. Zweck intensiver Agitation den Gau Hamburg zu teilen, mit der Elbe als Grenze. In dem einen Teil Hamburg als Vorkott, in dem anderen Teil Hannover als Vorkott zu bestimmen.

Ulm a. N. d. R. 1. Es wird eine zweite Klasse mit höheren Beiträgen und entsprechend erweiterter Arbeitslosenunterstützung gebildet.
2. Bei Krankheit fällt die Karenzzeit fort, und ist Unterstützung sofort anzuhängen.
3. Zur Generalversammlung ist mit Gauleitern nach § 37 des Statuts zu verfahren.

Frankfurt a. M. 1. In § 31 Abs. 5: Ort und Zeit bestimmt der Verbandsrat. In Verbindung damit, den nächsten Verbandsrat nach Frankfurt a. M. einzuberufen.

2. In § 37: Die Gau-Leiter sowie das Gehalt derselben bestimmt der Verbandsrat. Sind die Gauleiter vom Hauptvorstand ange stellt, haben sie auf dem Verbandsrat kein Stimmrecht.

3. In § 33: Auf 100 Mitglieder 1 Delegierter, auf 200 ein weiterer, bei 400 3 Delegierte, mehr wie 5 ufm.

4. Die Gauleiter und Generalstreit auf die Tagesordnung des Verbandsrates zu setzen.

5. Als Preskommission fungieren 3 Mitglieder, die eigens dazu von der Mitgliedschaft, wo der Verband seinen Sitz hat, gewählt werden; solche dürfen keinen Sitz im Hauptvorstand haben.

Dresden. Die heutige Mitgliederversammlung verlangt vom Verbandsrat, den Kollegen Geimanel wieder aufzunehmen und gleichzeitig demselben seine alten Rechte als Mitglied wieder einzuräumen.

Dresden. Das Gauleitersystem für Sachsen und Thüringen ist aufzuheben und dafür in Dresden und Leipzig Ortsbeamte anzustellen, welche zu 2/3 von der Hauptkasse und zu 1/3 von den betr. Mitgliedschaften zu besolden sind. Die Agitation im Gau ist von den beiden Mitgliedschaften zu bewirken.

Dresden. Verbandsbeamte können zum Verbandsrat als Delegierte nicht entsandt werden. Werden dieselben vom Verbandsrat zum Verbandsrat berufen, so haben sie nur beratende Stimme.

Dresden. Das Verbandsbuch ist an auffälliger Stelle mit einem Merkblatt zu versehen, durch welches die Unterstützungsberechtigung resp. der Verlust der Unterstützung auf Grund der Beitragszahlung ausführlich klar gelegt wird.

Dresden. Die Generalversammlung beschließt: Um bei zukünftigen Tarifabschlüssen mit den Genossenschaften eine Grundlage dafür zu haben, in welchen Grenzen sich der örtliche Zuschlag zu bewegen hat, ist von Seiten des Hauptvorstandes zur geeigneten Zeit eine Enquete über die Lebenshaltung der in Genossenschaften beschäftigten Kollegen zu veranstalten. Derselbe hat sich in der Hauptsache zu erstrecken auf die Wohnungsmieten, die wichtigsten Lebensmittel und Steuern. Des weiteren ist der Hauptvorstand verpflichtet, geraume Zeit vor Abschluß resp. Erneuerung jeden Tarifes die Wünsche bzw. Forderungen der einzelnen in Frage kommenden Mitgliedschaften einzuholen.

Elberfeld. 1. Der Verbandsrat möge einen Beamten für das Wuppertal anstellen.
2. Der Verbandsrat möge beschließen: Mitgliedschaften oder Gauen, welche Lokalbeamte anstellen wollen, haben das Recht, dieselben selbst anzustellen.

Gauvorstand für Sachsen u. Thüringen. Die Generalversammlung möge beschließen, auf zukünftigen Verbandsräten haben sich die besoldeten Gauleiter einer Kandidatur zu enthalten, doch haben dieselben auf dem Verbandsrat anwesend zu sein auf Kosten der Hauptkasse, und haben an den Verhandlungen mit beratender Stimme teilzunehmen.

Wiesbaden. 1. Der laufende Beitrag beträgt wie bisher 40 J.; das Eintrittsgeld ist auf 1 M zu erhöhen.
2. Das Jahrgeld die „Deutsche Bäderzeitung“ erscheint wöchentlich zweimal und zwar Mittwochs und Sonntags und wird den Mitgliedern gratis geliefert. Als Redakteur und Verleger fungiert ein vom Verbandsrat zu wählender besoldeter Beamter unter Aufsicht einer Preskommission.

3. Die Anstellung weiterer besoldeter Beamten einzuschränken. Die Anstellung jedes besoldeten Gau- oder Mitgliedschaftsbeamten unter Angabe von Namen und Gehalt im Jahrgeld zu veröffentlichen.

4. Bei der Jahresabrechnung hat der Verbandsrat die Gehälter sämtlicher Beamten des Verbandes sowie den Betrag für Diäten derselben getrennt aufzuführen.

5. Der Verbandsrat möge Schritte einleiten, daß die Lehrlingszucht im Bädergewerbe reichsgeheilig eingeschärft wird.

6. Den Gebrauch von Fremdwörtern im Organ möglichst zu vermeiden.

7. Den nichtbesoldeten Mitgliedschaftsbeamten Vergütung in der vom Verbandsrat beantragten Weise zu gewähren.

8. Die Gaukonferenzen sollen in Zukunft ganz weg.
9. Sämtliche besoldeten Verbandsbeamten (Gau- oder Mitgliedschaftsbeamte) können als stimmberechtigte Delegierte zum Verbandsrat nicht gewählt werden. In besonderen Fällen kann der Verbandsrat nach Bedarf Gauleiter mit beratender Stimme hinzuziehen.

Regensburg. 1. Die Krankenunterstützung soll mit den Sätzen der Arbeitslosen- und Krankenunterstützung gleichgestellt sein, jedoch soll die Krankenunterstützung auch schon mit dem 1. Jahr der Mitgliedschaft in Wirksamkeit treten.

2. Die Karenzzeit bei der Krankenunterstützung soll nur drei Tage dauern und soll es daher heißen unter c) Krankenzuschuß Abs. 1 anstatt mit dem achten Tage nach Eintritt der Krankheit: „Mit dem vierten Tage nach Eintritt der Krankheit.“

3. Hat ein arbeitsloses Mitglied, welches Unterstützung bezieht, eine vorübergehende Beschäftigung, welche die Höhe von 1 M nicht übersteigt, so ist ihm durch diesen Verdienst von der Unterstützung nichts abzuziehen.

4. Der Verbandsrat möge nun endlich, nachdem die Mitgliedschaft Regensburg in jeder Beziehung ihre Pflicht getan hat, beschließen über den Nachlaß von 12 M, welchen die Mitgliedschaft Regensburg der Hauptkasse noch schuldet.

5. Den alljährlich herauszugehenden Adressenverzeichnis soll die Jahreszahl der Herausgabe beigegeben werden.

6. Die Aufnahmegebühren in den Verband sollen von 50 J auf 1 M erhöht werden, wie dieses auch in anderen Verbänden der Fall ist, und soll es daher unter § 5 Beitritt heißen: Das Beitrittsgeld beträgt 1 M.

7. Wenn vorübergehender Antrag hinsichtlich wird, so sollen von einem jeden neu aufgenommenen Mitgliede drei Wochenbeiträge entrichtet werden.

8. In Städten, welche bis 8000 Beiträge im letzten Quartal an die Hauptkasse entrichtet haben, sollen nicht mehr als zwei Delegierte zum Verbandsrat entsandt werden.

Grimmitschau. Der Verbandsrat möge beschließen, Streifenmarken von 1 M fallen zu lassen, dafür Streifenbeiträge von 25 J pro Woche festzusetzen.

Halle a. S. Der Verbandsrat möge beschließen, den Tarifvertrag mit Genossenschaften dahin zu ändern:
1. Unter § 5 (Arbeiterentstellungen) sind die Worte zu streichen „Unter deren Mitgliedern“ und dafür zu setzen „weiche Genossenschaftlich organisiert sind“.

schürze vor und ging in die Gesellenkammer. Den Tisch mit den Beinen nach oben herausziehen und ihn in den Hof werfen, das war das Werk eines Augenblicks. Dann holte er die Art und bums — schlug er auf den Tisch ein, daß er in allen Fugen krachte.

„Das wäre mir so etwas.“ — bums, „hat man denn schon so etwas erlebt.“ — bums, „in die Gesellenkammer einen Tisch zu stellen.“ — bums, bei wie die Splinter regnen. — bums.

„Himmel Donnerwetter! Ich war sechs Jahre bei meinem Vater als Geselle, mußte mit den Gesellen das Zimmer säubern, aber von einem Stuhl oder Tisch hat es da nichts gegeben. Da wußte man ja garnicht mehr, wer Geselle und wer Meister ist. Wie hatte doch gleich Herr B. von Berlin in der Innungsversammlung gesagt? „Wenn man von Gesellen den Finger reißt, dann wollen sie gleich die ganze Hand haben!“

Er verpuffete sich einen Augenblick, um dann gleich wieder zu beginnen: „Donnerwetter das fehlte mir gerade doch! Mein, was sich diese Gesellen heutzutage doch einbilden. Ich werde Euch schon Moros lehren!“

So hatte er den Tisch kurz und klein geschlagen in einer blinden Wut. Seine Frau hatte mit Entsetzen zugehört und gehört. Einen solchen rohen Mann hatte sie nie heiratet, der ein altherwürdiges Familienstück in Stücke schlug, nur um den Gesellen nicht zur Unzufriedenheit zu verleiten? —

Mit einem Aufschrei war sie von dem Trümmerhaufen gestoben. Sie konnte diese Tat nicht begreifen; ihr Herz schnürte sich zusammen.

Die erste Wölke am ehelichen Himmel!
Dummbardt hatte jetzt seinen Born ausgeschüttet. Er ging wieder in die Stube und zündete sich seine Zigarre an. Er war mit sich selbst zufrieden und lächelte vor sich hin. Jetzt hatte er ihr einmal gezeigt, daß er der Meister ist und wie man einen Gesellen behandelt!

Sie würden ihn sicher alle loben, die Innungsmeister, denn er ihnen dies Stückchen erzählt. „Wenn uns einmal von Weibes wegen die Auflage gemacht wird, daß Tische und Stühle in die Gesellenkammer müssen, dann muß es ja sein. Aber freiwillig? Nein! Doch sind wir die Herren im Hause und können tun, was wir wollen! Den Gesellen will ich von heute ab äußerst streng behandeln, diesen einbehaltenden Himmel! Er ist ja doch nur mein Geselle und muß froh sein, daß ich ihn bei mir behalte.“

Dummbardt machte sich am Sekretär zu schaffen, um selbst zu zählen für einen Reisenden, der heute noch zu erwarten war.

Seine Frau aber war in die Sophaede gesunken und weinte bitterlich.

Was hat sie aber auch so zu heulen, diese dumme Frau! Zwar ist ihr Mann ein roher Mensch, aber doch ein Meister noch allem Schlog! Ein Mann von Ehre und Korn! —

2. Einen Votus im Torij aufzunehmen, wonach der Schichtlohn der Ausbülfsarbeiter 10 Proz. höher sein muß als der der festangestellten Bäckereiarbeiter.

Brandenburg. 1. Die größten Feinde auch unsrer Organisation sind ohne Frage „Spiel und Alkohol“ und bitten wir, daß in Zukunft in Wort und Schrift energisch dagegen Front gemacht wird. Insbesondere bitten wir, den Delegierten mit auf den Weg zu geben, in ihren Mitgliedschaften für mehr geistige Arbeit Propaganda zu machen.

2. Wir beantragen, daß alle nichtbezugsberechtigten, erkrankten oder arbeitslosen Verbandsmitglieder von der Beitragsleistung befreit werden, da uns durch den jetzigen Modus ungebührlich viel Mitglieder verloren gehen.

Hamburg. 1. Bei Anstellung von besoldeten Beamten sind die betreffenden Stellen im Fachblatt anzuschreiben und danach hat der Hauptvorstand die besoldeten Beamten anzustellen.

2. Besoldete Beamte des Verbandes dürfen als Delegierte nicht gewählt werden, können aber auf Beschluß des Hauptvorstandes an der Generalversammlung teilnehmen, haben aber kein Stimmrecht.

3. Im Unterstützungs-Reglement (Abschnitt d) betreffs Sterbegeld so es heißen: Im Todesfalle eines verheirateten Mitgliedes oder dessen Frau, welches ist.

Bremen. § 37 des Statuts erhält folgende Fassung: „Besoldete Beamte des Hauptvorstandes, der Vorsitzende des Ausschusses und die besoldeten Gauleiter haben auf den Verbandstagen kein Stimmrecht, dürfen also nicht als Delegierte gewählt werden, müssen aber auf den Verbandstagen anwesend sein.“

Blauen. Drei Beitragsklassen einführen: 1. Klasse 80 S., 2. Klasse 60 S., 3. Klasse 40 S. Beitrag pro Woche. Altenburg. In jenem w. Weibens. 3. e. Gera: Verheiratete Mitglieder, welche 2 Jahre dem Verbands angehören, haben Anspruch auf Gewährung von Umzugsgeldern. Die näheren Bestimmungen hierüber festzulegen, bleibt der Generalversammlung überlassen.

München. Der wegen Beitragsrückstände erfolgte Ausschluss aus dem Verbands kann rückgängig gemacht werden, wenn das Mitglied sich innerhalb eines Jahres wieder meldet und die rückständigen Beiträge nachbezahlt. Doch haben solche Mitglieder ein Jahr Karenzzeit durchzumachen, bis sie ihre früheren Rechte bezüglich der Unterstützung wieder erlangen. Beitragsrückstände von über 1 Jahr können nicht nachbezahlt werden.

Amenau. 1. Der Verbandstag möge beschließen: Die Karenzzeit nach einjähriger Mitgliedschaft auf 3 Tage festzusetzen und dieselbe nach zweijähriger Mitgliedschaft wegzulassen zu lassen.

2. Die Krankenunterstützung wird wie Arbeitslosen- und Rentenunterstützung ausbezahlt und die Streikbeiträge kommen in Frage.

3. Das im Statut unter D (Sterbegeld) „verheiratete“ gestrichen wird.

Schwerin. Der Verbandstag möge beschließen, den Gau Hamburg in zwei Gauen einzuteilen. Es ist von dem Gau abzutrennen beide Mecklenburg und Rostockern bis weidlich von Berlin. Das bildet einen Gau für sich und ist für denselben ein Gauleiter extra anzustellen. Der in die mecklenburgischen Verhältnisse eingeweihte Hr. Sig des Gauleiters in Schwerin.

Rudolstadt. Der Verbandstag möge beschließen, daß diejenigen Mitglieder, welche in Kommunitäten arbeiten und ohne genügende Gewährung den Ferienunterstützungen fern bleiben, mit einer Strafe von mindestens 50 S zu belegen sind, welche dem Streikfonds zugzuführen und durch Marken quittiert werden.

Literarisches.

Das Vereins- und Versammlungsrecht in Deutschland. Der Verlag: Buchhandlung Vorwärts hat dies zuerst im Jahre 1892 erschienen. Das ist in zweiter Auflage herausgegeben. Das Buch enthält im ersten Teil eine historische Darstellung der Geschichte der Vereinsgesetzgebung in den deutschen Einzelstaaten, die für die Institution zur Schaffung eines Reichs-Vereinsgesetzes von Bedeutung ist. Der zweite Teil ist eine ausführliche Darstellung des jetzigen Vereinsgesetzes, der die einzelnen Gerichts-erkenntnisse zugrunde gelegt sind und endlich folgen im dritten Teil die Grundzüge des Gesetzes in den übrigen Einzelstaaten. In keiner neuen Ausgabe ist das Buch mehr als in seiner ersten Auflage für den im praktischen Leben stehenden Leser berechnet, wobei es in allen Punkten und Generalgesichtspunkten Lösung finden dürfte. Das Buch ist bereits gedruckt und kann bei jeder in der Folge getragener Ausgabe. Der Preis beträgt 1,50 M.

Deutschland nach dem großen Kriege. Unter diesem Titel werden in dem oben angeführten 47. Heft des Verles „Über die Vorkriegsbedingungen“ die wirtschaftlichen und sozialen Zustände Deutschlands nach dem großen Kriege behandelt. Der Verfasser erörtert die Umwälzung und soziale Bewegung Deutschlands, die Zusammenbrüche, die Fortkommenheit der Nation, deren wirtschaftliche Verfallung und soziale Verhältnisse, die Zusammenbrüche des Reichs, die soziale Lage der Nation und endlich die Zusammenbrüche und Zusammenbrüche des Reichs. Das Buch enthält eine große Anzahl von Tabellen, die die soziale Lage der Nation nach dem großen Kriege zeigen. Die Tabelle enthält die soziale Lage der Nation nach dem großen Kriege.

Gute Nahrung und sonstige geeignete Unterhaltung bildet den wichtigsten Faktor bei der Bekämpfung der Tuberkulose. Der Verfasser erörtert die Bedeutung der Nahrung bei der Bekämpfung der Tuberkulose. Die Tabelle enthält die soziale Lage der Nation nach dem großen Kriege.

Der „Bühnenkünstler“ erzieht die Kr. 5 in dem Buch. Der Verfasser erörtert die Bedeutung der Nahrung bei der Bekämpfung der Tuberkulose. Die Tabelle enthält die soziale Lage der Nation nach dem großen Kriege.

hervorgehoben. Zahlreiche Scherz und Humor füllen den Rest.

Briefkasten.

Arthur Marx-Leipzig. Ihr Eingekannt kann in dieser Form nicht aufgenommen werden. Wenn der demselben zugrunde liegende Gedanke auch gut ist, so ist es in seinen Ausdrücken doch voller Widersprüche.

H. N. Königsberg. Der Bericht von Allenstein enthält nichts von Bedeutung für die Öffentlichkeit, kann deshalb nicht aufgenommen werden.

E. A. Marburg bittet um Antwort auf folgende Frage: Wer verwendet Diamant in der Bäckerei und welche Erfahrungen sind damit gemacht?

Karl Gerber in Spremberg wird aufgefordert, seine Verpflichtungen gegenüber der Jahrsliste Gattungs zu erfüllen. Kollegen, denen dessen Adresse bekannt ist, werden ersucht, diese dem Vorstand anzugeben.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Auf Antrag der Mitgliedschaft Berlin wurden nach § 5a und b des Statuts die Mitglieder: Buchn. 31 727, Ferdinand Härtel, Buchn. 4963, Louis Westner, und Buchn. 4250, Bruno Mite, aus dem Verband ausgeschlossen.

Die Einzelmitglieder, welche nach „Bäckerkalender für das Jahr 1905“ und Broschüren „Die Lage der Bäckereiarbeiter Deutschlands“ haben wollen, werden ersucht, diese baldigst beim Hauptkassierer zu bestellen.

Desgleichen ersuchen wir die Mitgliedschaften, bei Rechtsbedarf die Bestellung baldigst einzureichen.

Der Vorstand. H. A.: D. Allmann, Vors.

Quittung.

Vom 27. Februar bis 5. März gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein:

Für Monat Februar: Mitgliedschaft Cassel A 46,85, St. Johann-Saarbrücken 81,10, Nürnberg 402,10, Jülich 49,—

Für Januar und Februar: Neustadt a. O. A 17,68, Barmen 20,10.

Von Einzelsahlern der Hauptkasse: G. A. Adesloe A 250, E. A. Guben 4,—, D. S. Apolda 39,20.

Für Broschüren und Kalender: Mitgliedschaft Cassel A 250, St. Johann-Saarbrücken 3,—, Neustadt a. O. 2,—, Nürnberg 12,—, Jülich 3,—, G. M. Rehlhauer —50, H. S. Winterhar 1,—.

Der Hauptkassierer. Fr. Friedmann.

Anzeigen.

Zur Anfertigung von Herren-Anzügen nach Maß

mit elegantem Schnitt und Sitz in jeder Preisklasse entspricht sich allen Münchener Bäckergehülften Gg. Prem. Schneidermstr., Geierstr. 20.

Allen Dresdener Bäckergehülften

empfiehlt sein freundliches, neu renoviertes Restaurant mit Billard. Gute Speisen und Getränke zu jeder Tageszeit. Jeden Dienstag, Donnerstag und Sonntag großer Bäckerverkehr.

August Heinrich,

Restaurant zur „Klosterhantel“, Liliengasse.

Vater Jahn,

Leipzig-Lentzsch, Lindenauerstrasse 34, empfiehlt seine freundlichen Lokalitäten allen Kollegen. Restaurant, Gesellschaftszimmer, Garten, Saal und Kegelbahn.

E. Schinnerling.

Unserem Hauptkassierer Fritz Friedmann und seiner Frau die herzlichsten Glückwünsche!

zur Verlobung!

2—] Mehrere Kollegen von Hamburg-Altona.

Verbandsmitglieder Münchens! Bäcker-Sängerrunde. M. d. V.

Sonntag, 26. März 1905

12. Stiftungs-Fest

im Gesellschaftshaus „Zur Last“, Holzstraße 9.

Konzert, Gesang, Quartett und sonstige Terzett. Zur Ausführung gelangt: Die Zivildrängung auf dem Lande.

Anfang Nachm. 3 Uhr. Eintritt à Person 20 Pfg.

Zahlreichem Besuch steht entgegen. Der Ausschuss.

Agitation-Versammlungen

haben anlässlich des Verbandstages statt:

Stettin: Donnerstag, den 21. März.

Schwerin: Freitag, den 31. März.

Kübel: Sonntag, den 2. April.

Referent: R. Siegen-Breslau.

Magdeburg: Donnerstag, den 30. März.

Halberstadt: Freitag, den 31. März.

Segeberg: Sonnabend, den 1. April.

Darburg: Sonntag, den 2. April.

Referent: W. Kahl-Weipzig.

Oldenburg: Donnerstag, den 30. März.

Wilhelmshaven: Freitag, den 31. März.

Bremen: Sonntag, den 2. April.

Referent: Georg Leidig-Frankfurt.

Hannover: Dienstag, den 28. März.

Bronschweig: Mittwoch, den 29. März.

Oldesheim: Donnerstag, den 30. März.

Wilhelmshagen: Freitag, den 31. März.

Kiel: Sonntag, den 2. April.

Referent: Heinrich Gahner-München.

Gießen: Mittwoch, den 29. März.

Cassel: Donnerstag, den 30. März.

Milfeld: Freitag, den 31. März.

Hamburg: (Grobbäcker) Sonnabend, den 1. April.

Bergedorf: Sonntag, den 2. April.

Referent: A. Lankeš-Mannheim.

Lüneburg: Sonntag, den 2. April.

Referent: R. Pasting-Düsseldorf.

Altona: Sonntag, den 2. April.

Referent: R. Deichold-Berlin.

Die Tagesordnung in allen Versammlungen lautet: „Die Lohnkämpfe im Bäckergewerbe seit dem Jahre 1898 und was lehren uns dieselben?“

Die Verbandsmitglieder werden ersucht, überall für guten Besuch dieser Versammlungen Sorge zu tragen.

Der Vorstand.

J. A.: D. Allmann, Vorsitzender.

Mitglieder- bzw. öffentliche Versammlungen finden statt:

Altona. (Grobbäcker) Sonnabend, 11. März, abends 7 1/2 Uhr, bei Fels, gr. Bergstr. 136.

Altona. (Weide Sektionen) Sonntag, 19. März, Nachmittags 2 1/2 Uhr, bei Fels, gr. Bergstraße 136.

Baden-Baden. Zusammenkunft jeden Donnerstag, Nachmittags 2 Uhr, im Bratwurstaubküche, Steinstr. 7.

Bielefeld. Dienstag, 14. März, Abends 8 Uhr, in der Centralhalle, Kaiser Wilhelmplatz.

Dant-Wilhelmshaven. Donnerstag, 30. März, Nachm. 4 Uhr, bei Feld, Grenzstr. 34.

Bergedorf. Sonntag, 12. März, Nachm. 3 1/2 Uhr, bei W. Stille, Sachsenstraße.

Breslau. Dienstag, 14. März, Nachm. 3 1/2 Uhr, im Scala-Theater, Nikolaistr. 27.

Cottbus. Diskutierstunde Dienstags Nachm. 3 Uhr, bei Fiel, Schloßstraße 12.

Cöln a. Rh. Mittwoch, 22. März, Nachm. 3 Uhr, bei Haas, Schaafenstr. 45.

Darmstadt. Dienstag, den 21. März, Nachm. 4 Uhr, im Böttingers Brauerei, Am Ludwigplatz.

Danzig. Sonntag, den 26. März, Nachm. 3 Uhr, bei Fab. Fischmarkt 6.

Düsseldorf. Sonntag, 19. März, Nachmittags 2 1/2 Uhr, bei Volkherz, Breitestr. 15.

Eisenach. Sonntag, 26. März, Nachm. 2 1/2 Uhr, in der „Frischen Quelle“, Alexanderstr.

Jülich. Sonntag, 30. März, Nachm. 3 Uhr, bei Sid. Wassergrasse.

Freiburg i. Br. Sonntag, 12. März, Nachm. 2 1/2 Uhr, bei Geigle, Löwenstr. 2.

Freiburg i. Br. Dienstag, 14. März, Nachm. 2 1/2 Uhr, im Storchensaale, Schiffstraße.

Gera. H. J. L. Sonntag, 12. März, Nachm. 3 Uhr, in der Löwenburg, Schmiedhüttenstr.

Görlitz. Donnerstag, 16. März, im „Goldenen Kreuz“, Langenstr. 43.

Görlitz. Donnerstag, 23. März, Nachm. 3 Uhr, im Konzerthaus. (Referent: W. Kahl-Leipzig.)

Halle a. S. Sonntag, 19. März, Nachm. 3 Uhr, im Weigen Hof, Geißstr. 5.

Hannover. Dienstag, den 21. März, Nachm. 4 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Calenbergerstr. 32.

Henningsdorf a. O. Sonntag, 26. März, bei Gastwirt Woller.

Jena. Dienstag, 14. März, Nachm. 5 Uhr, im Vereinshaus „Solidarität“. Jeden Donnerstag Nachm. 5 Uhr Zusammenkunft im Kaffeehaus.

Königsberg i. Pr. Mittwoch, 22. März, Nachm. 3 Uhr, bei Wolf, Polnischestr. 6. Dasselbst jeden Mittwoch Nachm. 3 Uhr, Zusammenkunft.

Lüneburg. Sonntag, 12. März, Nachm. 4 Uhr, in der Lambertibierhalle.

Leipzig. Mittwoch, den 15. März, Nachm. 4 Uhr, im Volkshaus, Heiserstraße 34.

Marburg. Jeden Sonntag Nachmittags 3 Uhr Zusammenkunft bei Hildemann, Barfüßertor.

Meß. Donnerstag, 16. März, bei Hildemann, Karlstr. 4.

Oldenburg. Zusammenkunft Dienstag, Abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Kurwiltstr. 28.

Oldenburg. Sonntag, 12. März, Nachm. 4 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Kurwiltstr. 28.

Remscheid. Samstag, 11. März, abends 7 1/2 Uhr, bei Thiel, Bismarckstr. 43.

Rosenheim. Dienstag, 14. März, Nachm. 3 Uhr, im „Frühlingsgarten“.

Solling. Samstag, 18. März, Abends 8 1/2 Uhr, bei Süßer, Schügenstraße.

Strasburg i. E. Jeden Mittwoch, Nachm. 3 Uhr, Zusammenkunft im „Schwibkasten“, Langestr. 116.

Wiesbaden. Donnerstag, 16. März, Nachm. 4 Uhr, im Konfordiaaal, St. Nr. 1.

Wurgburg. Diskutierstunde jeden Dienstag, Nachm. 4 Uhr, in der „Blauen Glocke“.

Zwidau. Dienstag, 21. März, Nachm. 4 Uhr, im Brauerhölzchen, Schloßstraße 2.

Zweibrücken. Donnerstag, 16. März, im „Goldenen Stern“. (Referent: Kollege Lankeš-Mannheim.)

Für die Redaktion verantwortlich: E. Allmann, Hamburg, Marktstraße 6. Verlag von E. Allmann, Hamburg, Markt von Dr. Meyer, Hamburg-Cübel, Friedenstr. 4.

Zum Verbandstage.

Wenn der Hauptvorstand „Unsere zukünftigen Lohnbewegungen und Streiks“ als 7. Punkt auf die Tagesordnung des nächsten Verbandstages gesetzt hat, so geschah dies wohl nur in der Absicht, die aus den bisherigen Kämpfen gesammelten Erfahrungen in der Taktik zu verwerthen zu können und zweifellos kann man auf dem Gebiete der Führung von Lohnkämpfen nie genug lernen, so mannigfaltig sind die Erscheinungen dieser Kämpfe. Fehler sind bisher noch bei allen Kämpfen gemacht worden und werden auch zukünftig nie ganz zu vermeiden sein, wenn es uns durch immer neue Erfahrungen auch gelingt, deren Zahl bedeutend zu vermindern.

Wenn ich nun in Obigem die Lehrlingsfrage mit unseren zukünftigen Lohnbewegungen in Verbindung bringe, so darum, weil ich die Zeit immer näher kommen sehe, in der unseren Forderungen durch gemeinschaftliche Tarifverträge zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen Rechnung getragen werden wird. Wenn wir auch in unserem Gewerbe mit dem denkbar rückständigsten und verständnislosesten Unternehmertum zu rechnen haben, so wird die Macht der Verhältnisse, getrieben durch das immer stärkere Anwachsen unserer Organisation, sie doch in immermehr zwingen, unseren Verband als die berechtigste Interessenvertretung der gesamten Gehilfenschaft anzuerkennen und gemeinschaftlich mit diesem eigene Gesetze in Form von Tarifgemeinschaften über die Beschaffenheit der Lohn- und Arbeitsverhältnisse abzuschließen. Das hat uns der Berliner Kampf deutlich bewiesen. Selbst der blühendste Innungsführer wird es bei all seinem Herrschereinfluß über seine getreuen Innungsgesellen nicht zu verbieten vermögen, daß sich das ruhige, vernünftige Denkervermögen der besonnenen Elemente unter den Meistern Bahn bricht, sei es, daß es ihr Einfluß ermöglicht, schwere Kämpfe durch friedliche Abschlüsse zu verhindern, oder im andern Falle, wie in Berlin, daß sie sich von einer solchen Führung losmachen und eine eigene Vereinigungen unter dem Motto: „Leben und leben lassen!“ bilden. Das heißt: biegen oder brechen; uns laßt es nicht an, denn wenn es uns auch gelingt, hier und dort friedliche Vereinbarungen zu treffen, so wissen wir doch, daß es auch an solchen Orten über kurz oder lang zu so hartnäckigeren Kämpfen kommen wird, weil eben über den Begriff der Berechtigung unserer Forderungen noch eine ungeheure Differenz besteht. Denn während wir nicht weniger als andere vollen Menschenrechte verlangen, halten z. B. die Berliner Innungsführer die Forderung nach drei freien Tagen im Jahre berechtigt, d. h. abzüglich der Verpflichtung zur Innehaltung dieser Forderungen. Trotz alledem begrüßen wir es aber, wenn es uns an diesem oder jenem Orte gelingt, durch einen Tarifabschluß harte Kämpfe zu vermeiden, denn diese kosten viel Geld, welches durch Wagnisse von den Mitgliedern selber gebracht werden muß und welches dann, wenn es durch einen Tarifabschluß gespart werden kann, als Kriegsfonds für die Zukunft gespart wird.

Auch die Tatsache, daß die Organisation bei Tarifabschlüssen besser fährt und nicht solche empfindliche Rückschläge erleidet, wie dies insofern der meisten Streiks gechehen ist, haben uns unsere Münchener Kollegen im letzten Jahre in unansehnlicher Weise bewiesen. Sie haben tatsächlich statt eines Rückschlages einen guten Aufschwung zu erzielen, was, wenn es auch zum großen Teil wohl dem Verwaltungsaufbau zuzuschreiben ist, bei einem Streik nun eingetreten sein dürfte. Daß auch bei den Meistern der Gedanke, auf friedliche Weise sich mit uns auszuwachen zu sehen, sich immer mehr Bahn bricht, das zeigt auch die Abfuhr, die sich der Oberbairischer Meister in Passau auf dem letztjährigen „Bavaria“-Verbandstage holte. Also geht nach dieser Richtung vorwärts, das ist unzweifelhaft und bedeutet einen Fortschritt unserer Bewegung. Das Tempo dieser Entwicklung wird allerdings durch das Anwachsen des Verbandes bedungen, und hierin haben wir alle Ursache, nach dem letztjährigen großen Fortschritt mit großer Hoffnungsfreude in die Zukunft zu blicken.

Aber auch wir haben uns diesen Verhältnissen anzupassen und ich meine wir vereinigen uns, um unser Ziel, die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse unserer Mitglieder, zu erreichen, daraus folgert die nächste Frage, die wir dieses erreichen können und dieses bezieht unsere Taktik bei den zukünftigen Lohnbewegungen. Da es nun, die oben ausgeführt, auch im Interesse der Organisation und somit auch im Interesse der Mitglieder liegt, einer friedlichen Lösung entgegen der gewalttätigen, den Vorzug zu geben, muß alles daran gesetzt werden, um es vorerst damit zu verhindern. Jedes diplomatische Geschick muß hierbei seine Verwendung finden, auch vergibt man sich nicht, wenn hier oder dort einmal ein Loch zurückgesetzt wird. Ebenso ist die alte immer wiederkehrende Meinung, daß man den Gegner nur Zeit gewinnen könne, Abwehrmaßnahmen zu treffen, längst als unangebracht befunden. Dies ist deutlich noch in Berlin. Dort haben unsere Kollegen, wenn sie wirklich durch das lange Verhandeln einige Chancen verloren haben sollten, was ich aber bezweifle, es doppelt und mehrfach in der Sympathie des Publikums wieder gewonnen. Hierin sollten es sich gerade die beneideten Kollegen zur Richtschnur machen, in Zukunft derartige Verede energisch abzuwehren, damit solche Schreiber nicht die Leiter aus ihrer fähigen Heberleitung bringen. So hierin bin ich der Meinung, erst alles vermeiden, um dann friedlichen Ausgleich zu finden, dann aber, wenn dieses absolut nicht möglich ist, mit mehr Schärfe und Ausdauer als bisher den Kampf zu führen. Dann darf nicht leicht Pardon gegeben werden, und dann darf nicht so leicht gebremst werden, weil, wie man es von leitenden Stellen oft hört, keine weiteren Erfolge mehr zu erzielen sind. Dann darf es sich allein auch nicht mehr darum handeln, sondern es muß nun heißen dem Gegner für alle Zukunft einen unüberwindlichen Festsattel zu geben, ihm so einen möglichst heftigen Schaden anzutun. Bei einem Kampfe, der dem Gegner erst den Trostspiegel aufsetzt, so er kann nur noch a-munnenmerken nachsehen, sind die Ziele des Kampfes in die Vergangenheit zu bringen, die sind für die zukünftigen Lohnbewegungen von großer Bedeutung. Aus einem nur durch Geben gebundenen Kampfe der Gegner ja nur neuen Mut für die Zukunft schöpfen. Es darf nicht so schlimm und nicht so schmerzhaft nicht so immer werden, so wird sich ein überhandnehmender Gegner zeigen, und das nicht mit Rücksicht, und den Schaden haben wir in Zukunft selber

davon, indem er dann progiger als zuvor sein wird. Nein, wenn in Güte nichts zu erreichen ist, dann muß der Gegner auch die volle Macht der Bewegung empfinden. Das wird ihm, der nun in seiner Prozigkeit vielleicht sein ganzes Geschäft zugrundegeben läßt, eher er bewilligt, für die Zukunft eine Lehre sein und nicht nur dies, sondern es wird auch seine Schreden in die ganze Umgegend verbreiten und manchem anderen Gegner die Frage aufräumen, ob er nicht doch besser tue, in ähnlicher Lage etwas nachzugeben. Allerdings muß danach getrachtet werden, daß die gesparten Gelder nicht wirkungslos verpulvert werden, wie es in den ersten Kämpfen zweifellos im hohen Maße geschehen ist, und was ja auch nie ganz vermieden werden kann, weil man in der Führung von Kämpfen eben nie auslernen kann. Nach Möglichkeit muß aber jede Gelbaufwendung auf ihre Wirkung richtig geprüft werden und hierbei wird es viel von Wert sein, wenn alle Kämpfe durch möglichst erfahrene Führer geleitet werden. Das heißt also ist die Zahl der Kämpfe durch friedliche Beilegung nach Möglichkeit zu verringern und die dennoch unvermeidlichen mit bedeutend mehr Schärfe als bisher zu führen!

Nun kommt die Lehrlingsfrage; sie spielt nur dort eine Rolle, wo auf friedlichem Wege ein tarifvertraglicher Abschluß zu Stande kommt. Zweifellos werden wir in den nächsten Jahren auch in manchen kleineren Städten Bewegungen sich abspielen sehen und in diesen kommt mehr oder weniger eine größere Lehrlingszucht in Betracht. Auch in manchen Großstädten müßten wir die Regelung des Lehrlingswesens in unsere Forderungen einbeziehen, im Moment des Kampfes allerdings fallen lassen. Auch die taktische Klugheit empfiehlt uns dieses. Die Schädlichkeit der in unserem Gewerbe betriebenen Lehrlingszucht und die in ihr liegende Wurzel alles Übels in unserem Gewerbe hier zu schildern, soll nicht der Zweck sein, denn sie ist unteren Mitgliedern hinlänglich bekannt. Wegen ihrer leichteren Verständlichkeit für die indifferenten Kollegen aber muß sie in der Agitation überall und auch in den Lohnbewegungen immer mit in den Vordergrund geschoben werden. Im letzteren Falle geschah dies wohl zum ersten Male in Breslau 1901 und ich habe auch dort gefunden, daß diese Forderung trotz der Jugend der damaligen Bewegung bei den Kollegen und sogar bei vielen Meistern sehr viel Verständnis fand.

Seitdem ist die Lehrlingszucht durch Massenverteilung der Flugblätter an die Bevölkerung zwar stets bekämpft worden, aber nie mehr auf der Tagesordnung einer Lohnbewegung als Forderung erschienen, obwohl sie eben auch noch in Städten Lohnbewegungen stattgefunden, wo diese Forderung sehr angebracht gewesen wäre.

Erst nach dem letztjährigen großen Kampfe in Berlin haben unsere dortigen Kollegen die Bedeutung der Lehrlingsfrage bei Lohnkämpfen empfunden und deshalb dieses Thema auch auf der im Herbst dort getragenen Konferenz behandelt. Es wird nun an der Zeit sein, daß der nächste Verbandstag in Punkt 10 Lehrlingsregelung eine Grundlage schafft, auf der dann zukünftig in allen Lohnbewegungen, besonders jener Städte mit größerer Lehrlingszucht, die betr. Mitgliedschaften entsprechende Forderungen aufzustellen haben. Auch hierin jede eine bedeutende Aufgabe unseres nächsten Verbandstages.

Carl Kasting.

Wichtige Fragen.

find in den letzten Wochen in unserer Fachpresse aufgetaucht und ich kann wohl mit Recht sagen, man kommt gar nicht mehr zur Ruhe vor lauter Ueberraschungen und großen Gesichtspunkten, die augenblicklich vor dem bevorstehenden Verbandstage auftauchen. Zunächst der Bericht des Vorstandes, der noch einmal alle die schönen Erfolge und Errungenschaften innerhalb unserer Organisation im verflochtenen Jahre aufzuzählen läßt, und einen Jubelruf über den anderen habe ich ausgestoßen, wie ich die Tatsache verzeichnet fand, daß jetzt nahezu das erste Zehntausend erreicht ist.

Dies ist man dann die nächste Nummer, wo in trockenen Worten gesagt, daß die Beiträge unbedingt auf 50 % erhöht werden müssen, so wird man allerdings etwas ernster gestimmt. Nun bin ich zwar kein unverbesserlicher Schwarzseher und glaube, daß sich letztere wenig bemerkbar machen werden; aus dem einfachen Grunde, weil jeder Kollege, der nur einigermaßen aufmerksamer die Entwicklung unseres Verbandes verfolgt hat, sich längst mit den Tatsachen abgefunden haben muß, daß dies unbedingt notwendig ist im Interesse der weiteren Entwicklung.

Wir haben trotz der geschickten Geschäftsführung und großen Sparmaßnahme unseres Finanzministers einen ganz köstlichen Reichtum zu verzeichnen, der im Verhältnis zu den Unterhaltungsleistungen und der Mitgliederzahl so lächerlich gering ist, daß wir unbedingt einen größeren Rezerfonsfonds zur Verfügung haben müssen. Was nun die Erhöhung der Beiträge für eine Wirkung auf die Mitglieder und auf den Zuwachs von Mitgliedern ausüben wird, so bin ich davon überzeugt, daß ein jedes überseute Mitglied auch noch diese 10 % überern wird daß sich aber auch und ganz besonders in den kleineren Städten die Agitation noch schwieriger gestalten wird, denn man muß immer noch mit der Tatsache rechnen, daß ein großer Teil unserer Kollegen noch damit umgeht, einmal selbständig zu werden, demgemäß auch möglichst zu sparen vertritt und je höher die Beiträge, desto mehr werden sich auch jene sträuben, unserer Organisation beizutreten. Wenn man die Fluktuation innerhalb unseres Verbandes auf des Aufkommen der Beiträge als Folge der mangelhaften Einförmigkeit seitens der Kassakassierer zurückzuführen will, so trifft das in sehr vielen Fällen nicht zu, denn manchen für unsere Ideen begeisterten Kollegen geht diese Begeisterung beim Herangehen Aben; in Geldsachen hört belaudlich die Gemütslichkeit auf. Das nun diese Kalawität auch wieder nur auf mangelhafte Aufklärung derjenigen Kollegen zurückzuführen ist, vertritt sich für uns am Rande und jetzt komme ich noch auf einen Punkt zurück.

Es ist da vom Hauptvorstand eine Skala über die Erhöhung der Beiträge und zu gleicher Zeit die Mitgliederzunahme von Jahr zu Jahr angegeben und es werden dem die Schlußfolgerungen gezogen, daß durch die Erhöhung der Beiträge sich erst der Mitgliederbestand erhöht habe. Das nun zum Teil richtig sein, denn erst durch die anfangs etwas erhöhten Beiträge konnte auch die Agitation intensiver betrieben werden; man darf aber auch nicht die Tatsache außer Acht lassen, daß sich der Organisationsgedanke erst langsam in die Kreise der Berufskollegen Bahn brachen und mit der Zeit auch erst tüchtige Führer heran-

gebildet wurden. Dazu kommt die Einrichtung von zahllosen Genossenschaftsbädereien und nicht zu vergessen sind die mehr oder weniger mit Erfolg geführten Lohnkämpfe. Manche Saat hat später ihre Frucht getragen; auch in den jetzigen Erfolgen macht sich noch ein großer Teil der früheren Arbeit und Mühe geltend. Doch kann heute keiner mehr gegen die Erhöhung der Beiträge von 40 auf 50 % sein, denn wenn wir einmal A gesagt haben, müssen wir auch B sagen. Nur habe ich noch gegen die Verwendung des Mehrtrages etwas einzuwenden. Nämlich den weiteren Ausbau der Krankenunterstützung, wenigstens vorläufig. Es wird als Grund die „ausgleichende Gerechtigkeit walten zu lassen“, angeführt, und man geht von dem Standpunkt aus, daß die heute in dauernden Stellungen befindlichen Kollegen, beispielsweise in Konsumbädereien, nicht über wenig von den Unterhaltungsleistungen haben. Meiner Meinung nach sind diese Kollegen, die meistens ohne ihr Verschulden recht günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen haben, gegenüber den arbeitslosen oder auf der Landstraße liegenden Kollegen sehr im Vorteil und sollen ihren in schlechten Verhältnissen befindlichen Kollegen dazu verhelfen, auch gute und dauernde Arbeit zu bekommen. Dieses erfordert allein die Solidarität. Eine angemessene Entschädigung der leitenden Personen, halte ich als angebracht; denn es ist Tatsache, daß Letzteren außer ihren Mühen und Extrararbeiten auch noch ganz erhebliche Kosten entstehen und dürfte mancher eifrige Kollege dadurch an der Spitze der Bewegung uns erhalten bleiben.

Der Kollege Kasting hat uns auch einen sehr interessanten Artikel gebracht und offen gestanden, man merkt es ihm an, daß er im rheinisch-westfälischen Industriegebiet tätig ist, und er hat sich dort schon einen ganz bedeutenden Unternehmungsgeist angeeignet. Man kann aber auch bei großen Unternehmungen um so leichter falsch spekulieren, dabei könnte das heranwachsende Kind abmagern und das neue vollständige Kleid würde ihm schlottend um die Glieder hängen.

Ich halte es noch als verfrüht, derartig enorme Unterhaltungsleistungen einzuführen. Ich nehme z. B. an: Ein Berufskollege gedenkt sich einmal ordentlich auszuruhen. Er ist noch nicht Mitglied der Organisation, läßt sich schlenkern aufnehmen, zahlt für 13 Wochen Beiträge und wird dann baldmöglichst arbeitslos. Ueberhaupt würden wir dadurch allerlei unsaubere Elemente zu uns heranziehen und eifrige Kollegen müßten darunter leiden. Wir sind nun einmal keine Engel und der Egoismus ist bedeutend stärker wie der Idealismus.

Was die Presse anbelangt, so halte auch ich es für notwendig, daß ein eigener Redakteur angestellt wird. Mit dem bisherigen Inhalt der Zeitung bin ich einigermaßen zufrieden; auch kann ich der Ansicht des Kollegen Kasting nicht zustimmen, daß nicht allgemein gehaltene gewerkschaftliche Leitartikel gebracht werden sollen. Diejenigen Kollegen, welche derartige Artikel noch nicht verstehen, müssen und werden sie mit der Zeit verstehen lernen; außerdem enthält doch auch unsere Zeitung noch genug interessantes und bezeichnendes aus unserem Gewerbe.

Zum Schluß komme ich dann noch auf die Berechnungen unseres Hauptvorstandes zu sprechen. Ich muß gestehen, Kollege Allmann hat sehr viel Courage. Ich bezweifle aber stark, daß er die 75 Prozent aller in den angestrichelten Bezirken beschäftigten Kollegen so bald organisiert haben wird und vorläufig an die Anstellung befristeter Einkäufer gar nicht gedacht werden braucht, bis auf die Städte Berlin, Hamburg und München, wo dies ja auch bereits der Fall ist. Es hat aber den Anschein, als wenn die führenden Kollegen in den einzelnen Städten nicht mehr in der Lage sind, die notwendigen Arbeiten zu erledigen, was aber bis jetzt noch immer gechehen ist und trotzdem noch ganz bedeutende Fortschritte gemacht wurden. Oder will man nun bekommen und den Gauleitern alle diese Erfolge zuschreiben? Kollege Kasting beklagt sich, daß er schon den Titel „Niedriger Gauleiter“ erhalten hat. Ich kann sagen, daß ich mir die Tätigkeit eines Gauleiters so vorgestellt habe, wie dies bis jetzt Kollege Kasting getan hat und daß sich die Gauleiter nicht in große Vorträge setzen und dort den ersten Vorstehenden spielen und dort, wo außer ihnen noch genügend tüchtige Kräfte vorhanden sind, deren Arbeiten übernehmen, sondern daß sie dort, wo es schlecht steht, eingreifen, längere Zeit tüchtige Kleinarbeit betreiben und sich tüchtige Kräfte erziehen und nicht nur zu einer öffentlichen Veranlassung angefahren kommen, ihren Vortrag halten und dann wieder abdampfen. Man wird in diesem Falle oft von den Gauleitern überlaufen mit der Überzeugung öffentlicher Veranlassungen, wo offenbar die Kollegen veranlassungslos sind und trotz aller angewandten Tricks und Kniffe nicht kommen. Ich erinnere da an Kiel und später an Cassel, wo ich das Gelingen selbst erlebt habe. Es wird durch derartige Uebertreibungen unnötige Zeit und auch Geld verschwendet und die indifferenten Kollegen unnötig belästigt. Also auch tüchtige Kleinarbeit, Ihr Herrrn Gauleitern.

Doch nun zum Schluß hoffe ich und wünsche ich dem Verbandstage des Vertrauens, daß er alles wohl ermögen wird und Beschlüsse faßt, die zum ferneren Wachsen und Gedeihen unserer Organisation beitragen.

E. Straß, Werdberg.

Wohl niemals haben die Anträge zum Verbandstage unsere Kollegen so in Erstaunen gesetzt wie diesmal die von Seiten des Hauptvorstandes gestellten. Mir einer Pflicht, ohne jede vorherige Andeutung und sie erfolgt und werden wohl überall in den Kollegentreffen mit gemächten Gefühlen aufgenommen werden. Nach dem Bericht vom 3. Quartal war eine Erweiterung der Arbeitslosenunterstützung ganzlich ausgeschlossen, im höchsten Fall eine Herabsetzung der Krankenunterstützung bei denselben Beiträgen möglich. Wenn nun die gestellten Anträge zur Durchführung kommen sollen, dann ist eine Erhöhung der Beiträge von 40 auf 50 % notwendig. Ob es aber notwendig ist, die bestehende Krankenunterstützung in der Weise auszubauen, die eine Erhöhung der Beiträge mit sich bringen möchte, ich verneine. Auf alle Fälle muß die Beibehaltung nicht zu, daß durch die erhöhte Krankenunterstützung für die Mitglieder eine zweite Krankenunterstützung möglich wäre. Unsere Unterstüzung reicht nur bis zur Dauer von 6 Wochen, und wer längere Zeit darüber hinaus krank ist, erhält nichts mehr und muß eben mit dem Hunger bangern. Die Erhöhung der Krankenunterstützung ist aber nicht der Hauptgrund der Anträge, denn die finanzielle Lage unseres Verbandes und die in Aussicht stehenden größeren Lohnbewegungen machen die

nötig. Wenn auch die finanziellen Verhältnisse gute zu nennen sind, so genügen sie doch nicht, um in derartige event. Streiks mit gestülten Kassen eintreten zu können. Das weiß man im Hauptvorstand genau so gut, wie ich das wohl mit Recht vermute. Nur einen Posten will ich anführen und das betrifft die Zuschüsse an die Gauen. Derzeit ist im Vorjahre gegen früher um 14 000 M gestiegen, hängt durch die noch mehren Vorkosten in so schnellem Tempo dargegangene Anstellung der Gauleiter. Dieser Posten schwächt die Hauptkasse ungemein und ist wohl auch ein Grund mit zur Beitragserhöhung. Ich gehöre nun nicht zu denen, die behaupten, eine Beitragserhöhung habe eine unbedingte Fahnensucht der Mitglieder zur Folge, aber daß es sich bei erhöhten Beiträgen schwerer Mitglieder gewinnen läßt, ist eine ausgemachte Tatsache. Diejenigen, die die Kleinarbeit im Verbandsverrichten, die mit dem Aufnahmeheld in der Hand agieren, kriegen das oftmals zu hören. Vielmehr noch da, wo örtliche Extrabeiträge schon heute den Wochenbeitrag auf 50 S erhöhen. Man soll sich nach den allgemeinen Verhältnissen innerhalb des Berufs richten und nicht durch übertriebene Beitragserhöhung glauben, die diesen Vordrängeln ein einmal zu überzogenen Gewerkschaftlern unmodellbar wollen. Sind kostspielige Lohnbewegungen vorhanden, dann soll man wie im Vorjahre durch Erhebung von Streichbeiträgen den Kassen wieder Pulver zuführen; ich glaube, daß jeder Kollege gerne bei derartigen Kämpfen seinen Teil dazu beibringt. Kollege Mannmann rechnet bei seiner Statistik in Nr. 8 mit dem Wort "wenn". Ja, "wenn" 75 Prozent organisiert sind, dann ist sein Vorschlag betreffs Anstellung von noch 20 Lokalbeamten akzeptabel. Daß wir es aber noch meinem Vorschlag auch durch die Anstellung der Beamten niemals zu einer derartigen prozentualen Mitgliederzahl bringen werden, ist wohl nicht zu bestreiten. Die eigenartigen Verhältnisse im Beruf und die Lehrlingszucherei ein gros sowie Verlassen des Berufes bedingen es, daß wir immer wieder mit ganz jungen unangelegten Kollegen zu tun haben werden. Eine Stabilität der Mitglieder ist nur in den Großbetrieben und Genossenschaftsbetrieben vorhanden und diese halten den Vergleich auf 75 Prozent mit anderen Verbänden aus. Hier brauchen wir kein "wenn", sondern hier stehen wir vor einer ausgemachten Tatsache. Für mich ist heute schon klar, wenn die Anstellung der Lokalbeamten in diesem Tempo durch den Hauptvorstand vor sich geht, dann beschäftigt sich unsere nächste Verbandstag mit der Erhöhung des Beitrags von 50 auf 60 S. Man soll sich innerhalb unserer Organisation nicht über den Rahmen der allgemeinen Verhältnisse hinauswagen, wenn man nicht schon vorher die Mittel zur Befreiung dieser Projekte in den Händen hat. Es konnte durch diese "Experimente" manchmal das Gegenteil von dem eintreten, was man erwartete und "wenn", dann ist es zum Schaden der Organisation.

Daß einen Redakteur anzustellen, aus die wenigsten Kosten verursacht, beweist schon die Ausgabe an Hilfsarbeiter im Hauptvorstand. Nach dem Arbeitspensum zu urteilen, ist die stündliche Arbeitszeit wohl nicht immer eingehalten worden und Überstunden werden wohl manchmal geleistet worden sein.

Dieses "Reberprojekt" des Kollegen Kasting ist wohl für uns überhaupt nicht diskutierbar und paßt nicht in den Rahmen unserer Gewerkschaft, sondern ihm schweben die ausgebauten Unterhaltungs-Einrichtungen des Hochdruckverbandes vor und bis dahin hat es für uns noch ganz Zeit und der Weg ist weit. Es sollte mich wundern, wenn er den Schrift betreffs seiner Vermutung nicht in Aussicht genommen hätte, den wohl viele Kollegen beim Lesen seines Projektes ausgelesen haben.

Es konnte noch vieles über die Aufgaben unseres Verbandes geschrieben werden, aber ich will schließen, um nicht die Zeitung in Broschürenform erscheinen lassen zu müssen.

Ich verneinere mich dahin: Versuchen wir, das Bestehende zu erhalten, fügen uns nicht in Projekte, die eine Beitragserhöhung notwendig machen, erheben wir Extrabeiträge, wenn es nur um bei Lohnbewegungen, und warten wir noch mit einer Erhöhung bis zum anderen Verbandstag, dann wird wohl kein Kollege, wenn es die Verhältnisse erfordern, sich dem verweigern können. Die Unabwiesung ist ja doch die letzte Zeitung und Anklage, was bis dahin unser weiteren Kollegen geschlagen werden. Sonntag. D. Freitag.

Praktische Erfahrungen sowie statistisches Material der letzten zwei Jahre bilden die Grundlage der vom Hauptvorstand zum diesjährigen Verbandstag gestellten Vorlage. Meine Aufgabe ist hier hauptsächlich nur darin bestehen, zu dem Vorlage 2 vom Hauptvorstand, welcher eine Beitragserhöhung von 50 auf 60 S. vorschlägt, welche Folgen in sich selbst, einige Worte zu verzeichnen.

Der erste Teil meiner Begründung, welcher auf eine Erweiterung der Krankenunterstützung für die in einigermassen betrübten Erteilungen bedürftigsten Kollegen abzielt, kann mir schon nicht gefallen, wenn auch hierbei verschiedene Punkte hervorgehoben werden sollen. Diejenigen Kollegen, die von Geld reden, wenn sie bei ihren beruflichen und Arbeitsbedingungen nicht mehr den Lebensunterhalt verdienen können, sind auch bei der Besteuerung nicht in die gleiche Lage kommen. Arbeitslosenunterstützung zu erhalten. Denn sollte man doch lieber bestimmen und prüfen, welche von diesen Gläubigern des Geldes sprechen, nicht es besser unter die Arme zu nehmen und die Arbeitslosenunterstützung herabzusetzen, als zu erhöhen, wenn man doch die Mittel hat, einen Teil der arbeitslosen Kollegen in Unterhaltungsstellen zu beschäftigen. Die weitere Begründung des Vortrages erhebt mir ein Unverständnis. Doch mag ich mir das Teil "Arbeitslosenunterstützung" gefallen lassen, wenn ich mal die Frage vorlege: Warum ist an dieser Stelle nicht bei den gegenwärtigen Verhältnissen schon eine Erhöhung notwendig?

Was zum Kollegen Kasting bei dem Verband in zwei Jahren nicht möglich ist, es ist unsere Lebensdauer. Kollegen, die er erwähnt, sind ja schon, um den unbedingten Lebenserhalt, welche nicht in der Lage sind, einen hinreichenden Beitrag zu leisten. Solange ich an der Spitze der Sache zu begründen, welche alsdann die jetzt bestehende Unterhaltungsstelle mit der Unterhaltungsstelle des Hauptvorstandes die verschiedenen Unterhaltungsstellen zu tun haben. Die Folge hiervon wäre, daß die Kollegen bei 1. Stelle, welche in der nächsten Lage sind, ihren Lebenserhalt bezahlen zu können, was die Unterhaltungsstellen nicht mehr, und auch wenn bei einer weiteren Erhöhung der Unterhaltungsstellen durch ihre hohen Unterhaltungsstellen bei 1. Stelle die erhaltenden Arbeiter abgeben werden, und so bleibt die 2. Stelle? Sollten wir bei der nächsten Unterhaltungsstelle abgeben, so ist es mit dem Hauptvorstand nicht mehr möglich, und wir sind von dem Schaden frei. Es wird nicht,

daß Kollege Kasting an die Erfüllung seines Projektes selbst noch nicht glaubt. Wir sind doch von jeher bestrebt gewesen und werden es auch in Zukunft noch sein, das ganze Klassensystem zu beseitigen.

Sehr eingehend hat sich der Verbandsvorstand mit der Regelung der örtlichen Verwaltungen befaßt; diesem Gesichtspunkte muß der Verbandstag näher treten. Dem Uebelstande, daß es in der Lokalkasse immer Ebbe ist, muß vor allen Dingen Aufmerksamkeit geschenkt werden; denn zur Aufklärung der Mitglieder gehören vor allen Dingen lehrreiche Vorträge in den Versammlungen. Es ist ein unbehagliches Gefühl, wenn man hören muß: "Wir müssen sparen, die Referenten kosten Geld!" Hier zu sparen ist verkehrt, denn durch die Aufklärung der Mitglieder wächst auch deren Opferwilligkeit. Auch der diesjährige Verbandstag wird wieder Mittel und Wege finden, wie jeder seiner Vorgänger, dem Verband seine für die nächste Zeit zu befolgende Taktik für das gemeinsame Wohl aller Mitglieder festzulegen. J. M.

Noch wenige Wochen und die Delegierten werden in Hamburg zusammentreten, um über das Wohl und Wehe unserer Organisation zu beraten und zu beschließen. Wohl hat unsere Organisation in den letzten Jahren einen großen Aufschwung gehabt, doch zufrieden können wir damit noch lange nicht sein. Es muß noch in der Agitation und Aufklärung intensiver als bisher gearbeitet werden. Das wir einen solchen Fortschritt getan haben, dieses Konto können wir ohne weiteres auf die Tätigkeit unserer Gauleiter setzen. Diese Einrichtung hat sich außerordentlich gut bewährt. Trotzdem dürfte es nicht vorzukommen, daß Gauleiter zu gleicher Zeit den Vorsitz der Mitgliedschaft und andere Posten am Vorort versehen müssen. Dadurch wird ein Gauleiter in seiner Tätigkeit gehindert. Die Agitation hat in den letzten 2 Jahren wohl tüchtig eingeleitet, aber auch die Kleinagitation muß von jedem Mitglied noch stärker als bisher betrieben werden. Man muß in der Kleinagitation die Gauleiter tüchtig unterstützen und darf nicht alles von diesen verlangt werden. Daß die Agitation unter den Arbeiterinnen unseres Berufs noch nicht betrieben wurde, dürfte niemandem wundern, denn wir haben ja noch eine riesige Arbeit unter tausenden indifferenter Kollegen, und glaube ich, daß auch in den nächsten Jahren in der Agitation unter den Arbeiterinnen nicht viel geschehen wird. Den Anträgen des Hauptvorstandes beizustimmen, die Delegierten ohne weiteres zustimmen. Der Kassenbericht zeigt uns ganz deutlich, daß wir ohne Erhöhung der Beiträge keine Änderung im Unterhaltungsweisen sowie in der Geschäftsführung unseres Verbandes vornehmen können. Die Agitation unter unseren fernliegenden Kollegen verursacht aber noch einen ziemlich hohen Kostenaufwand. Es ist daher mit Freunden zu begründen, daß die Krankenunterstützung erweitert wird, sowie das Sterbegeld, denn dadurch kommen doch diejenigen Kollegen, die vor Arbeitslosigkeit geschützt sind, zu ihrem Recht. Es ist aber auch zu begründen, daß den Mitgliedschaften mehr Geld in der Lokalkasse verbleibt. Sie werden dadurch in die Lage versetzt, die Agitation sowie die Geschäftsführung am Orte besser zu gestalten. Als ein großer Mispfad muß es bezeichnet werden, wenn ein Kollege auf der Reise ist und kommt nun des abends in die Stadt, will er nun keine Unterstützung erheben, so muß er erst das Verzeichnis anfertigen, dann sucht er den Kassierer oder Vorsitzenden auf und beide erklären, es sei kein Geld da. Auf meiner noch nicht lange beendeten Tappelei ist es mir in einer bedauernden Industriestadt Sachsen so ergangen. Der Vorsitzende schickte mich zum Kassierer, doch da die Kasse leer war, wollte mich dieser wieder zum Vorsitzenden zurück erpedieren, damit dieser Geld herbei schaffen solle. Ich noch langem Hin und Her wurde die Sache erledigt. Zur Erhebung dieser Unterstützung brauchte ich 1 1/2 Tage. Es wäre daher auch sehr angenehm, wenn alle Vierteljahre im Jahrbuch bekannt gegeben würde, welche Kollegen die Unterstützung ausbezahlen, und zu welcher Zeit. Möge auch dieser Verbandstag ein weiterer Meilenstein in der deutschen Bäderbewegung werden. D. P.

Wer geglaubt hätte, unser Verbandstag würde diesmal ruhig verlaufen, wird sich wohl etwas täuschen, denn die eingereichten Anträge werden eine stürmische Opposition hervorrufen, trotzdem sie sehr eingehender Beachtung wert sind. Gerade die Erhöhung des Wochenbeitrages von 40 auf 50 S. Es ist ja immerhin eine heikle Sache, wenn alle zwei Jahre der Beitrag erhöht wird; erheben deshalb, weil man die Unterhaltungsleistungen so ausgebaut werden sollen, wie beantragt, wir abermals kein Geld in die Kasse hineinschaffen, welches für Lohnbewegungen und Extrabeiträge. Wer kann also die Krankenunterstützung wie sie ist und andere die Arbeitslosenunterstützung so um, daß ein Mitglied bei 52 Wochen 42 Tage a 60 S., bei 104 Wochen 42 Tage a 100 S., bei 156 Wochen 42 Tage a 130 S. und bei 208 und mehr Wochen 42 Tage a 150 S. bekommt, was wohl das Richtige wäre, und erhöhe den Beitrag auf 50 S., damit die Hauptkasse nächstes Jahr mit anderen Mitteln herbeizutreten kann.

Das Projekt des Kollegen Kasting ist einmal durchführbar, wenn die Bädergehenden alle Idealisten sind geworden sind, und ich verleihe kein Wort darüber, weil es auf der Generalversammlung nicht ernst genommen wird, so kann es ein und für sich sein, wenn wir jährlich 360 M Unterhaltungsstellen. Also, wenn lieber Kasting, wenn wir Bädergehenden in Deutschland einmal zu 90 Prozent organisiert sind, kann man man darüber sprechen. Das Unterhaltungsstellen wird immer das sein, die Kollegen von ihrem Stand zu überzeugen und nicht die Arbeitslosenunterstützung. Und ich bitte, unser Vernein ist doch kein Krankenunterstützung, sondern eine Krankenunterstützung. Und wir haben doch die Zentralkrankenkasse, welcher jedes Mitglied beitreten kann. Oder: Die Krankenkassen wollen doch auch einen Nutzen ziehen, und nicht bloß bezahlen! Ich sage, bezahlen sollen sie, daß sie nicht arbeitslos werden, denn das ist kein beabsichtigtes Vernein. Und wenn einer überzeugter Gewerkschafter ist, so bezahlt er seinen Beitrag, aber an Unterhaltungsstellen zu denken. Und die Gewerkschafter und Krankenunterstützung sind doch überzeugt? Ich nehme es an. Oder vielleicht nicht? — Dann komme ich zu der sehr beachtenswerten Anregung unseres Vorredners Altmann, betr. Aufstellung von Ortsgruppen. Man mag darüber denken wie man will, der Vorschlag ist gut und nützlich in solchen Bezirken, wo es sich lohnt. Und da wäre in erster Linie das Ruhrgebiet zu berücksichtigen mit keiner Ausnahme Bäder, welche durch bloß Kleinagitation gewonnen werden können. Nach einer keine Unterhaltungsstellen ich geben. Unserem Verbands gehen alljährlich hunderte Mitglieder verloren, viele nur dadurch, daß sie zum Winter einziehen. Hören nun diese Mitglieder zwei oder drei Jahre nicht mehr vom Verband,

so verdummen sie und werden stumpfsinnig wie die russischen Kosaken. Hier müssen die Mitgliedschaften den Gehel ansetzen und mit solchen Mitgliedern in reger Verbindung bleiben, geistig und, was die Hauptsache ist, — materiell. Also Kollegen, die 50 S. Wochenbeitrag kommen und müssen kommen, und ich möchte die Opposition in den Großstädten versuchen, nicht so viel Geschrei wegen dem Zehner zu machen, es nimmt sich nicht schön aus, besonders wenn durch die Organisation schon bedeutende Vorteile errungen sind, wie dies in verschiedenen oppositionellen Städten der Fall ist. Ob Tarifabschlüsse oder nicht, darüber ist kein Wort zu verlieren, denn deren Nützlichkeit ist erwiesen und es entscheidet da die Stärke der betreffenden Mitgliedschaft. Bauer Josef, München.

Aus unserem Berufe.

Polizeibericht über die Nürnberger Bäckereikontrôle. Im Jahre 1904 wurde bei 822 (1903: 826) Bädern und Brotbäckern in 5980 (6079) Fällen Nachschau vorgenommen, es ergaben sich dabei 199 (437) Beanstandungen und zwar: Unreinlichkeit in den Geschäftsräumen usw. 54 (33), Unreinlichkeit der Geräte und Geschirre 12 (8), Viehstallmüllern, Vordräge, Mehlstäube 66 (58), Fehlen des Brotzeichens 50 (9), Mindergewicht 105 (113), Fehlen oder nicht vorschriftsmäßiger Anbringung des Tarifs 98 (69), Wagen und Gewichte 19 (20), Fehlen der Plakate "Belehrung über die Kräfte" betr. 33 (13), Verletzung gegen die Bundesratsverordnung vom 4. März 1896 (Arbeitszeit) 48 (49), Ungeeigneter Schlafräume 8 (5), Strafanzeigen wurden 10 (15) ertastet.

"Gebildeter" Bäckermeister. Mit der Bemerkung "dreißiges Luder, gefräßiges Pödel" hat der Bäckermeister Klein in Köln die bei ihm beschäftigte Verkäuferin hinausgeschickt. Vor dem Kaufmannsgericht muß sich der schimpfste Bäckermeister zur Zahlung von M 76 bequemen, weil ein Entlassungsgrund nicht vorlag.

Außerordentlich kampfesmutig gebärdet sich ein Herr D. in der "Günther'schen Bäderzeitung", der dort unsere Petitionsbewegung zu allen Teufeln wünscht und am Schluss schreibt: "Das Gros der 'Arbeitnehmer' — denn anders wollen sich die Organisierten ja nicht mehr nennen lassen — will keine Verständigung, kein Zusammengehen mit der Meisterschaft. Man will auf jener Seite den permanenten Kampf; gut, nehmen wir ihn auf, und möge der Germania-Verband bzw. sein Zentralverbandstag dafür sorgen, daß in diesem sozialdemokratischen Walde die Bäume nicht in den Himmel wachsen, — stelle der Zentralverbandstag an Bundesrat, Regierung seine Forderungen, — Forderungen, die wieder Recht und Ordnung in die Gesellschaft, Friede, Ruhe und Sicherheit in die Meisterschaft, in unser ganzes deutsches Bäderhandwerk bringen!" — Der gute Mann hat wohl schreiben wollen: "Das Gros der Arbeitgeber will keine Verständigung, will kein Zusammengehen mit den Gehilfen". So hätte er schreiben sollen und es hätte dann den Tatsachen entsprechen, denn wir haben stets alles aufgeboten, bei Lohnkämpfen Verhandlungen über unsere berechtigten Forderungen herbeizuführen!

Patent-Anricht. Mitgeteilt vom Patentanwalt Dr. Fritz Fuchs, dipl. Chemiker, und Ingenieur Alfred Hamburger, Wien VII, Siebensterngasse 1. Auskünfte in Patentangelegenheiten werden Abonnenten dieses Blattes unentgeltlich erteilt. Gegen Erteilung unten angeführter Patentanmeldungen kann binnen zweier Monate Einspruch erhoben werden. Auszüge aus der Patentbeschreibung und event. Skizze der Zeichnung werden von dem angeführten Patentamtbüro zum Preise von 5 Kr. angefertigt.

Oesterreich: (Einspruchsfrist bis 1. Mai 1905.) Kl. 3 a: Adolf Paul Hörmann, Fabrikant in Dresden-Mitteln. Waffelbackform: Die Form ist an beiden offenen Seiten über eine eigentliche Waffelbackfläche hinaus vergrößert und ist zwischen diesem so entstehenden Rand und der Waffelbackfläche eine Abgrenzungs- und Stauungsleiste für den Teig angeordnet. — Deutsches Reich: (Einspruchsfrist bis 20. April 1905.) Kl. 2 a. Wrasenentwälder für Vadsen mit Koffierung. Fritz Schubert, Breslau-Pöpelwitz. Erteilungen: Kl. 2 b. Teigteilmaschine mit gemeinsam über den Teigbehälterrand anhebbarer Messerkopf und Teigbehälterboden. Friedrich Munk, Reichenberg, Böhmen. Gebrauchsmuster: Kl. 2 b. Milch- und Netzmachine mit zwei nebeneinander gelagerten und um horizontale Achse drehbaren Milchschlägel, sowie mit verstellbarer Öffnung im Boden des Mischtröges und darunter befindlicher abnehmbarer Ausstreuvorrichtung. Franz Fengler, Strefeld, Lippmühlstr. 63. — Kl. 2 b. MS Garfastein benutzbare Verordnungsliste für Bäderbediensteten. Bruno Mitsche, Baugen.

Bäderbewegung im Auslande.

In der Frage des internationalen Bädertages wurde folgendes Schreiben an die betr. Verbände gerichtet:

Gamburg, den 1. März 1905.

An die Vorstände der Bäderverbände (Zentralorganisationen) aller Länder! Werte Kollegen und Genossen!

Nach der Umfrage vom 11. Januar d. J. und den eingelaufenen Antworten mußte der Vorstand unseres Verbandes in seiner Sitzung am 27. Februar feststellen, daß der geplante internationale Bädertag am 7. und 8. April d. J. nicht stattfinden kann.

Zugelegt, daß der Kongress in der gebannten Weise stattfinden sollte, hatten folgende Länder: Böhmen, Dänemark, Deutschland, Oesterreich, Schweden und Schweiz.

Der Verband unserer Kollegen in der Schweiz erklärte, daß er aus finanziellen Rücksichten auf eine eigene Delegation verzichtete.

Es war also nur mit der Teilnahme von 5 Ländern bestimmt zu rechnen. Da wir aber als Grundbedingung für das Stattfinden des Kongresses 8 Nationen festsetzt hatten, muß schon aus diesem Grunde von dem Kongress in der festgesetzten Zeit Abstand genommen werden.

Australien, Belgien und Norwegen haben auf unsere Anfrage keine Antwort gegeben, und von Frankreich war es uns bisher nicht möglich, die Adresse eines Bäderverbandes ausfindig zu machen. Wir konnten uns also mit den Kollegen in Frankreich nicht in Verbindung setzen.

Der Verband der Vereinigten Staaten von Nordamerika antwortete, daß nach seinem Statut erst im Juli in der Abstimmung der Mitglieder die Frage der Teilnahme an einem internationalen Kongress entschieden und dort eventuell die Delegierten gewählt werden könnten!

Die Kollegen in England, Italien und den Niederlanden teilen mit, daß erst die Sektionen der Verbände über die Frage beraten müssen, daß aber dort unter den Kollegen

der Wunsch nach Abhaltung eines internationalen Kongresses regt sich.

Aus den Antworten ging also hervor, daß die Kollegen aller Länder mit der Abhaltung eines internationalen Kongresses sympathisieren. Diesen Verhältnissen Rechnung tragend, mußten wir von der Abhaltung eines solchen Kongresses am 7. und 8. April d. J. Abstand nehmen und machen nunmehr unseren Bruderverbänden den Vorschlag: Im Sommer 1907 gemeinsam mit dem internationalen Arbeiterkongress in Stuttgart auch einen internationalen Bäderkongress dort stattfinden zu lassen.

Dort sind dann mit nicht zu großen Kosten Ueberseher zu bekommen, auch finden die meisten internationalen Gewerkschaftskongresse dort zu gleicher Zeit statt.

Wir erlauben nunmehr unsere Bruderverbände, die Frage zu beraten und uns dann im Laufe dieses Jahres Nachricht geben zu wollen, ob sie mit diesem Vorschlage einverstanden sind!

Mit Brudergruß
Der Vorstand des Verbandes der Bäder und Berufsigen Deutschlands.

Darnach ist also der geplante Kongress auf das Jahr 1907 verschieben und hoffen wir, daß sich dann alle Verbände un... Berufsigen daran beteiligen werden.

Unser Bruderverband in den Vereinigten Staaten von Nordamerika hat leider im letzten Jahre einen Rückschritt zu verzeichnen, was aus folgendem Jahresbericht desselben hervorgeht:

Der Bericht dieses Jahr ist nicht derselbe wie die fünf vorhergehenden, in welchen wir Zuwachs in Lokal-Unionen oder der Mitgliederzahl berichten konnten. Leider haben wir 34 Lokal-Unionen und 4393 Mitglieder weniger, als im vorigen Jahre; auch waren die Einnahmen für Beiträge, Agitationsfonds und Charters weniger. Jedoch ist im Umlauf für Labels sowie ein Zuwachs in der Kranken- und Sterbefälle zu verzeichnen, was um so erfreulicher ist, als dieses zeigt, daß unsere Mitgliedschaft den Wert unserer besten Waare, des Labels zu schätzen weiß; auch in Wälde das Unterstützungswesen in unserem Verband obligatorisch einführen wird.

Nehmen wir Notiz von den vielen Tausenden von Dollars, welche an eine große Anzahl von Lokal-Unionen, deren Mitglieder entweder am Streik oder ausgeschlossen waren, verteilt wurden, und um dieselben gegen die Angriffe der vereinigten Bädermeister zu schützen.

Und noch immer sind wir hier; auch haben wir noch einen Fonds an der Hand, mit dem wir dasselbe wie früher tun werden, um unsere Organisation in die Lage zu bringen, damit endlich die Tagarbeit sowie der Achtstundentag, wo immer es möglich gemacht werden kann, eingeführt wird.

Das letzte Jahr war für unsere ganze Organisation ein sehr lehrreiches. Sehr viele und hartnäckige Kämpfe wurden geführt. Mit Zufriedenheit können wir konstatieren, daß mit Ausnahme von drei (zwei noch im Gange), nur ein einziger total verloren wurde, indem die Lokal-Union zerfiel wurde. Dies dürfte aber nur für kurze Zeit sein, denn dieselbe wird bald reorganisiert wieder sich in unseren Reihen befinden.

Sollen wir, daß unsere Bruderverbände in neuen Jahr wieder tüchtige Fortschritte machen wird!

Aus Oesterreich.
(Das Attentat gegen den Erbkaiser abgelehnt. — Der Verband der christlichen Bäderarbeiter als offizielle Streikbrecherorganisation. — Die Aufhebung des Prager Tarifes.)

Wider alles Erwarten ist die parlamentarische Machinerie in Oesterreich durch den Fall Körber wieder zum Klappen gebracht worden. Die Junggehehen haben völlig umgekehrt und nun werden bis auf weiteres den Vätern Oesterreichs ohne die Anwendung des § 14 neue Lasten aufgebürdet. Eine so jamose „Volksvertretung“, wie die Oesterreicher angeseht das Privilegienwahlrecht besitzen, ist wirklich gefährlicher als der nackte Absolutismus, da neben dem Apportieren der Staatsnotwendigkeiten zu keiner anderen, für das wirkliche Volk notwendigen Gesetzgebungsarbeit diese feilen Koulissenhändler sich aufschwangen können, als höchstens irgend ein Arbeiterschutzgesetz so zu verzerrten, daß es zu einer Karikatur eines Arbeiterschutzgesetzes herunterfällt.

Auch wir Bäderarbeiter standen ganz überrascht vor der Gefahr, daß der Schandentwurf des „Volksparteilers“ Böheim, der im Jahre 1903 durch einen vuren Schwindl im Abgeordnetenhaus zur Annahme gelangt ist, auch seitens des Herrenhauses sanktioniert werde. Gegen Ende Januar wurde seitens des Verbandsvorstandes durch den Abgeordneten Gen. Eisz in der Kammer des Herrenhauses nachgefragt, wie es sich mit der Gesetzesvorlage betreffs der Abänderung des Rubetags verhält. Die Antwort lautete, daß noch gar keine Kommission gewählt ist, die sich mit dem Antrage Böheims zu befassen haben wird, und daß dieses Kind, die Kommission nämlich, noch gar nicht geboren sei. Wie waren wir aber erstaunt, als am 4. Februar in den Tagesblättern zu lesen war, daß auf die Tagesordnung der Sitzung des Herrenhauses für den 10. Februar u. a. auch der Bericht des volkswirtschaftlichen Ausschusses über den Schandentwurf des Abgeordnetenhauses betreffs der Abänderung der Sonntagsruhe im Handels- und Bädergewerbe gesetzt wurde. Es war demnach eine arge Unwahrheit, daß der Entwurf einer zu wählenden Kommission zugewiesen werden wird, sondern die ständige volkswirtschaftliche Kommission war vielleicht schon damals im Besitze dieses Gesetzesentwurfs. Was angesichts der Kürze der Zeit noch zu unternehmen möglich war, das wurde seitens des Verbandsvorstandes unternommen. In der Arbeiterzeitung ist ein längerer Artikel erschienen, worin sehr sachliche Argumente für die Distanzierung einer solchen Verleumdung der Erfahrung für die gedachten Bäderarbeiter ins Treffen geführt wurden. Ferner besuchte eine Deputation der Verbandsmitglieder, bestehend aus den Genossen Silberer, Tollo und Zipper, den Referenten des volkswirtschaftlichen Ausschusses, Baron Berger, der in wohlwollender Weise sich die Wünsche der Bäderarbeiter vorzutragen ließ. Er verdrach, sich noch vor der Sitzung mit seinen Klubmitgliedern in Verbindung zu setzen, damit einer der Herren einen Antrag auf die Eliminierung der einschlägigen Artikel des Böheims aus dem Artikel X stellt, oder wird er nach beendeten, den halben Tag so auszulassen, daß darunter 2 Arbeitsstunden zu verstreichen seien. In diesem Falle mußte dann die Regierung mittels Erlasses jede andere Auslegung des Artikels X verhindern. Es war wirklich sehr lobenswert, antwortete der beabsichtigten Verleumdung des Rubetages eine bewartige Verbesserung durch die Befreiung der 2 x 6 Stunden erhalten zu können. Daran wollte niemand recht glauben. Die Deputation besuchte noch am selben Tage den Sektionschef Dakenöhl und Sektionsrat Müller im Handelsministerium, wobei aber keiner dieser Herren sich irgend klar über die Situation aus-

drückte, sondern es wurde der Deputation die Abwartung der Stellungnahme der Regierung anempfohlen. Am Tage der Sitzung belamen alle Herrenhausmitglieder durch die Kammer eine Petition der Bäderarbeiter, die Genosse Silberer in der Eile noch verfaßte, worin Beispiele ausgezählt wurden, welcher Unterschied besteht zwischen der Bäderarbeit und dem Handelsbetrieb. In jedermann verständlicher Form wurde auf die Folgen einer eventuellen Annahme der Böheimischen Fassung verwiesen. Am Vormittage besuchten die drei Genossen das Herrenhausmitglied Müller v. Plener, der zugab, daß der Antrag Böheim absolut in den Artikel X nicht hineinpaßt. Am Rückwege begegneten die Genossen einer sehr zahlreichen Deputation der notleidenden Bädermeister unter der Führung Grimm, die zusammengetrommelt wurden, um den Herrenhausmitgliedern, sowie auch dem Ministerpräsidenten und dem Handelsminister die Einbrüche der Last des Rubetages zu veranschaulichen. Führer, die Mehrzahl der Bittsteller sah aus, als gingen die Herren zu einer Majestätsbeleidigung; einfach zum Verplätzen!

Durch die Vermittlung des Abg. Genossen Eberstich sprach die Deputation der Gehülften während der Sitzung beim Handelsminister v. Call vor, und auch dieser stellte fest, daß eine Verschlechterung des Erbkaiserertragesgesetzes die Regierung nicht zulassen werde. Vertrag über die Auffassung des halben Tages, gestand auch der Handelsminister, daß 12 Stunden als halber Tag anzusehen sind, und daß dem Arbeiter 12 Arbeitsstunden als Rubetagen zu gewähren wären. Da aber ohnedies ein Antrag aus der Mitte des Hauses auf die Eliminierung gestellt wird, meinte der Handelsminister, so wird er es nicht nötig haben, eine dahingehende Erklärung abzugeben.

Von der Ministerloge aus hörten die Genossen die Verhandlungen des Herrenhauses an. Erwähnt muß noch werden, daß aus allen Mitgliedschaften des Verbandes, sowie auch aus Prag telegraphische Proteste gegen die Verschlechterung des Gesetzes dem Herrenhause zugehen. Schon der Referent Baron Berger hat in seinem Referate auf die Nachteile der Bäderarbeiter verwiesen, die der Artikel X der Vorlage enthält. Aber in ganz besonders treffenden Worten zerplüßte Müller v. Plener als nächster Redner den Inhalt der Bestimmungen des Artikels X und verwies auf den Unterschied zwischen den Bädern und Handlungsgeschäften, die wohl auch geplagte Menschen sind, aber keine Nachtarbeit verrichten müssen. Er stellte den Antrag auf die Eliminierung der Böheimischen Worte aus dem Artikel X, der gegen 1 Stimme, die des Grafen Starbemberg, angenommen wurde. Grimm mußte mit grimziger Miene die Niederlage nach am selben Tage telephonisch und telegraphisch den Kassern jedes wirklichen Arbeiterschutzgesetzes übermitteln, und eiferte zugleich die Unterlegenen zur weiteren Ausdauer in dem Kampfe gegen dieses Gesetz an. Auch wir Bäderarbeiter werden uns nicht der Sorglosigkeit in die Arme werfen, sondern es wird der Kampf wirklich bis zur vollkommenen Befreiung der eingebildeten Privilegienausbeuter geführt werden. Auch für die Bäderarbeiter muß die tägliche Arbeitswoche zu einem unabhänderlichen Gesetz werden, und die Lid-bände müssen sich damit abfinden. Dafür bürgt die gesunde Kraft der Organisation.

Einen in den Annalen der Kämpfe der Bäderarbeiter Wiens bisher nicht verzeichneten Vorfall beugte der Verband der christlichen Bädergehülften. Der Schwarzbäder und Mühlenbesitzer Robert Anders ist verurteilt worden. Den Arbeitern wird durch dem Oberbäder mitgeteilt, daß für Extrahüsse anstatt 5,60 Kr. nur 4 Kr. bezahlt werden, daß von Sonntag auf Montag 1 Schuß mehr erzeugt werden muß ohne jede Bezahlung dafür, und daß jeder Schuß um 5-6 Kr. größer zu machen ist. Die Arbeiter hielten eine Versammlung ab, bei der einstimmig beschlossen wurde, durch eine Petition des Gehülftenausschusses den Unternehmer zu eruchen, er möge den Tarif wieder einhalten. Die Antwort auf die Petition war der hinauswurf des Verfallensvertrauensmannes. Die sofortige Intervention des Gehülftenausschusses blieb fruchtlos, auch dann, als sich die Gehülften (von 18 Beschäftigten 17) für den Streik entschlossen hatten. Gendarmen und Polizisten traten die Gehege mit Füßen, indem ihr Dienenheit so weit ging, daß den Streikenden auf offenem Wege in einer Entfernung von mehr als 150 Schritten verboten wurde auf und ab spazieren zu gehen.

Nach 8 Stunden des Streiks kamen in 4 Häusern Mitglieder des „christlichen“ Verbandes unter der Führung des Obmannes Müller, des Obmannesvertreter und des Vereinsvermittlers im schärfsten Trab mit der Gendarmeriebedeckung angefahren, um dem Unternehmer Streikbrecherdienste zu leisten. Der Unternehmer brach sofort die Unterhandlungen mit dem gerade im Betriebe anwesenden Vertreter des Verbandes ab, dieser wird noch spöttisch vom Obmann der Streikbrecherorganisation verhöhnt. Der Streik ging auf diese schändliche, schurkische Art schließend verloren. Die Organisation ist gezwungen, zum Postamt zu greifen. Die Schandtat der Christlichen erregte ein ungemeines Aufsehen aller Schichten der Bevölkerung. Was macht nicht die christliche Presse? Im „Deutschen Volksblatt“, in der „christlichen Arbeiterzeitung“ im christlichen „Gewerkschaft“ sind Notizen erschienen, wo solch eine haarsträubende Lüge als Ursache des Streiks publiziert wurde: „Herr Anders erlaubte sich, anstatt von den Notizen aus der Kammergasse, vom Verbands der christlichen Bädergehülften Arbeiter zu vermitteln; die Notizen weigerten sich, mit diesen zu arbeiten und traten in den Streik, nachdem Herr Anders sich geneigert hat, die Christlichen zu entlassen. Das ist der bekannte „sozialdemokratische Terrorismus.“ So diese Mütter. Es sind Verleumdungen der Mütter zugesandt worden, aber ein gemeiner Kerl bleibt eben gemein, wenn er auch der Lüge überwiegen wird. So auch diese Patentkräften, die wurden nämlich noch gemeiner. Nachdem der Postamt immer besser wirkte, und seitens der Organisation die tarifierten Firmen in der „Arbeiterzeitung“ veröffentlicht wurden, hielten die prononzierten Ausbeuter gemeinsam mit Müller eine Sitzung ab, bei der die Herausgabe eines „Mittelstückes“ beschlossen wurde. Dieses ist bereits in mehreren Tausend Exemplaren zur Verteilung gebracht worden, und erschien auch als eine Petition der „Deutschen Zeitung“, offiziellen Organ der Lager-Partei. Zum Schein richtet sich dieses Flugblatt gegen die Ankerhüttenfabrik Mendl in der Wirklichkeit enthält es eine Sammlung der infamsten Lügen und Beschimpfungen der sozialdemokratisch organisierten Arbeiter und schließlich mit dem Rufe: „Nimm in die christlichen Gewerkschaften, damit der Volksbetrug ein Ende nehme!“ Zu Hunderten von Exemplaren wurde dieses Pamphlet den Bädermeistern zugestellt, damit sich diese von der innigen Liebe dieser sonderbaren Vertreter der Arbeiterinteressen überzeugen und mit ihnen ein unzerbrechliches Bündnis eingehen. Dies ist das Lagergeheiß, wie die Notizen unerschrocken zu machen sind. Der Herr...

lung in die Hand der „Christlichen“, und die Sozialdemokraten ausperren. In der Tat belam der Gehülftenausschuss eine Petition seitens des Schwarzbäderflusses, worin die sofortige Aufhebung des Postlots gegen Anders verlangt wird, widrigenfalls der Klub andere Repräsentanten anzuwenden genötigt ist, um Mitglieder des Klubs zu schützen. Also, eine übermäßig große Kampfkraft zeigen jene Herren, die im Vorjahre mit der Gehülftenschaft einen gemeinsamen Tarif abgeschlossen haben. Der Gehülftenausschuss beantwortete das Schreiben dahin, daß der Postlot sofort aufgehoben werden wird, falls der Klub den Nachweis erbringt, daß er unbegründet verhängt wurde. Er schlägt vor, zur Untersuchung des Falles Anders eine paritätische Kommission zu wählen.

Wenn die Bädermeister Lust haben, die Fächer zu kopieren, so sollen sie es nur tun. Ein Verzweigungskampfs für uns wird es nicht sein, sondern ein Kampf, den die gesamte organisierte Arbeiterchaft als den ihrigen betrachten wird. Allzuhart macht scharf, und ebenso wird es den entragierten kurzfristigen Diktiren der Arbeiterbewegung ergeben. Ihre Heiserheller, die christlichen Marodeure, die bemühen sich umsonst, wenn sie meinen, daß durch einen solchen Schwindl sie endlich die Reihen der organisierten Bäderarbeiter bezimieren werden können. Als wie eine Herde räuberischer Schafe kommt einem diese Gehülftenschaft vor.

In Prag wurde der Lohnstrij durch einen Beschluß der Vollversammlung der Genossenschaft aufgehoben. Die Begründung lautete dahin, daß, nachdem es den Unternehmern mißlungen ist, eine Reform unter sich durchzuführen, und nachdem nur einzelne von ihnen die Draufgabe beiseite haben, sie auch an die Einhaltung des Tarifes nicht gebunden sein können. Die Folgen des Beschlusses stellten sich sofort ein. Ueberall dort, wo die Unternehmer den Verzicht gemacht haben, Lohnabzüge zu machen, kam es zu Kämpfen. Die Arbeiterchaft ist stark genug, um auch ohne die offizielle Tarifvereinbarung an den Ertragsgenossen festzuhalten. Und diese sofortige Abwehr schüchterte auch tatsächlich die Unternehmer ein, weil sie sahen, daß die Bemühungen, Streikbrecher zu bekommen, vollkommen fruchtlos blieben. Zum Unterschied von Wien steht den Prager Bädermeistern keine christlichsoziale Streikbrecherbande zur Verfügung, wodurch natürlicherweise der Widerstand der Meister durch die Eingleit der Gehülften leichter zu besiegen ist!

Bemerkenswertes aus den Mitgliedschaften.

Am 1. März waren in Bayreuth 25 Kollegen versammelt, welche nach einem Referate Gahners der Petition zustimmten. Drei Kollegen schlossen sich dem Verbands an.

Danzig. Am 2. März tagte hier eine öffentliche Versammlung, die von circa 100 Kollegen besucht war. Genosse Bartel referierte über „Die Genossenschaftsbewegung und die Interessen für die Bäderarbeiter“. Der Bädermeister B. Sohn, der am 21. November v. J. im „Jünglingsheim“ den Vortrag über „Konsumvereine und Profifabriken, deren Nutzen und Schaden“ hielt, war zu dieser Versammlung schriftlich eingeladen, um seine Behauptung aufrecht zu erhalten, spielte aber den Trübsalser und glänzte durch Abwesenheit. Er hatte dort ausgeführt, daß sich die Beamten der Konsumvereine nur von den Gehältern der Mitglieder bereichern. Wenn dieselben auf solcher Grundlage basierten, wie sie der Bädermeister Sohn hinstellte, dann müßten wohl die Tausende und Abertausende von Konsumvereinsmitgliedern lauter dumme Esel sein, die ihre Beiträge nur zahlen, um einigen angeestellten Beamten ein angenehmes Leben zu sichern. Kennt denn der Mann nicht den Umlauf oder den Reingewinn, der im Jahre 1903 fast ein Zehntel des Gesamtumlages ausmachte und an die Mitglieder zurückerhalten wurde? Oder er hat dort wesentlich die Unwahrheit gesprochen. Und wenn der Mann weiter sagt, daß Gesellen der Konsumgenossenschaftsbädereien sei nur den Gesellen zuzuschreiben, die durch unwahre Behauptungen das Publikum gegen die Unaufrichtigkeit in den Bädereien scharf gemacht haben, so konnte der Referent auch dieses leicht widerlegen. Die deutschen Arbeiter, die ihre Groschen ja immer einmal herum-drehen müssen, hielten es für notwendig, sich durch Zusammenschluß in Vereinen für wenig Geld ihren Lebensunterhalt so gut als möglich einzurichten. Und wenn die Konsumvereine immer mehr zur Eigenproduktion ihrer Waren übergehen, so kann man es ihnen nicht verdenken, weil sie gerade dadurch schöne Erfahrungen und große Erfolge zu verzeichnen haben. Und wenn die Konsumvereine, die in der Lage wären, ihren Brotmangel in eigenen Betrieben herzustellen und es nicht tun, die verurteilten sich an ihren Mitgliedern schwer. Von den Bädermeistern werden sie allerdings gebaßt, weil sie die benachteiligten sind, und weil diese Betriebe auch so vorbildlich für sie sind. Diese Betriebe betrachten es als ganz selbstverständlich, das Zeit- und Logiswesen sofort zu betreiben, einen entzündigen Rimmalohn zu zahlen, die Arbeitszeit zum größten Teil auf 8-10 Stunden zu verkürzen, für genügende Ventilation in den Arbeitsräumen und Sachvorrichtungen für die Arbeiter zu sorgen. Den Mitgliedern kann es auch nicht gleichgültig sein, ob sie ihre Bedarfen aus solchen Betrieben beziehen, die bei der Herstellung die reinlichste Sauberkeit ermöglichen, oder wo die Bedarfen in lauchten Kellerlöchern von schlecht entlohten, durch übermäßig lange Arbeitszeit ausgemerzten Bädergehülften hergestellt werden. Auch die Bädergehülften müßten mehr Interesse dafür zeigen. Wenn viele Kleinmeister, die mit solchen Betrieben mitkonkurrieren und schwer um ihre Ertrissen ringen, die Gesellen in solchen Betrieben schlecht bezahlen, so muß unser Prinzip sein: Lieber weniger auf gestellte Unternehmer und mehr gut gestellte Arbeiter. Andererseits haben die Bädermeister sich selbst die schnelle Entwidlung zuzuschreiben, weil sie oftmals durch dumme-brutale Maßregelungen die Gesellen ausperren und diesen dann nichts anderes übrig bleibt, als Produktionsgenossenschaften zu gründen, wo sie dann von dem Solidaritätsgefühl der organisierten Arbeiterchaft unterstützt werden. Wenn der Mann dort weiter meinte, durch die Entstehung der Profifabriken werden die Gesellen immer mehr überflüssig, so hat er wohl nach der heutigen kapitalistischen Weltanschauung ganz recht. Durch die Maschinen soll dem Arbeiter die Arbeit erleichtert und die Arbeitszeit verkürzt werden, sie soll also dem Arbeiter zugute kommen. Braucht der Arbeiter zur Fertigstellung der Arbeit ohne Maschinen vielleicht 12 Stunden, so braucht er mit Hilfe derselben vielleicht nur 10 oder sogar nur 8 Std. Wird nun einem Betrieb eine Maschine aufgestellt, so müßte man wohl annehmen, daß der Unternehmer jetzt auch die Arbeitszeit verkürzt, aber er denkt nicht daran, und trotz Religion und Christentum fliegen dann so und so viel Arbeiter aus Straßenschlachten, daher gibt es auch unter den Arbeitern große Feinde der Maschinen. Die organisierte Arbeiterchaft ist anderer Meinung und hat: Die Ma-

nötig. Wenn auch die finanziellen Verhältnisse gute zu nennen sind, so genügen sie doch nicht, um in derartige event. Streiks mit Hauptvorstand genau so gut, wie ich das wohl mit Recht vermute. Nur einen Posten will ich anführen und das betrifft die Zuschüsse an die Gauen. Derzeit ist im Vorjahre gegenüber um 14 000 A gestiegen, bedingt durch die nach meinem Dafürhalten in so hohem Tempo vorangegangene Anstellung der Gauleiter. Dieser Posten schwächt die Hauptkasse ungemein und ist wohl auch ein Grund mit zur Beitragssteigerung. Ich gehe nun nicht zu den, die behaupten, eine Beitragssteigerung habe eine unbedingte Forderung der Mitglieder zur Folge, aber daß es sich bei erhöhten Beiträgen schwerer Mitglieder gewinnen läßt, ist eine ausgemachte Tatsache. Diejenigen, die die Kleinarbeit im Verbande verrichten, die mit dem Aufnahmestellen in der Hand agitieren, kriegen das oftmals zu hören. Vielmehr noch da, wo örtliche Extrabeiträge schon heute den Wochenbeitrag auf 50 S erhöhen. Man soll sich nach den allgemeinen Verhältnissen innerhalb des Berufs richten und nicht durch übertriebene Beitragssteigerung glauben, die vielen Wäd.rschäd auf einmal zu überzeugen Gemeinschaften unmögl. wollen. Sind vollständige Lohnbewegungen vorhanden, dann soll man wie im Vorjahre durch Erhebung von Streikbeiträgen den Kassen wieder Pulver zuführen; ich glaube, daß jeder Kollege gerne bei derartigen Kämpfen seinen Teil dazu beiträgt. Kollege Allmann rechnet bei seiner Statistik in Nr. 8 mit dem Wortchen „wenn“. Ja, „wenn“ 75 Prozent organisiert sind, dann ist sein Vorschlag betreffs Anstellung von noch 20 Lokalbeamten absehbar. Daß wir es aber noch meinem Dafürhalten auch durch die Anstellung der Beamten niemals zu einer derartigen prozentualen Mitgliederzahl bringen werden, ist wohl nicht zu bestreiten. Die eigenartigen Verhältnisse im Beruf und die Behaltenszucht eines grossen Teiles des Berufs bedingen es, daß wir immer wieder mit ganz jungen unangehörten Kollegen zu tun haben werden. Eine Stabilität der Mitglieder ist nur in den Großbetrieben und Genossenschaftsbetrieben vorhanden und diese halten den Vergleich auf 75 Prozent mit anderen Verbänden aus. Hier brauchen wir kein „wenn“, sondern hier stehen wir vor einer ausgemachten Tatsache. Für mich ist heute schon klar, wenn die Anstellung der Lokalbeamten in diesem Tempo durch den Hauptvorstand vor sich geht, dann befristet sich unsere nächster Verbandstag mit der Erhebung des Beitrags von 50 auf 60 S. Man soll sich innerhalb unserer Organisation nicht über den Rahmen der allgemeinen Verhältnisse hinauswagen, wenn man nicht schon vorher die Mittel zur Befreiung dieser Projekte in den Händen hat. Es konnte durch diese „Experimente“ manchmal das Gegenteil von dem eintreten, was man erwartete und „wenn“, dann ist es zum Schaden der Organisation.

Daß einen Redakteur anzustellen, was die wenigsten Kollegen verurteilt, beweist schon die Aufgabe an Fußarbeit im Hauptvorstand. Nach dem Arbeitspensum zu urteilen, ist die ständige Arbeitszeit wohl nicht immer eingehalten worden und Ueberstunden werden wohl manchmal geleistet worden sein.

Dieses „Reberprojekt“ des Kollegen Kasting ist wohl für uns überhaupt nicht diskutierbar und daß nicht in den Rahmen unserer Gesellschaft, sondern ihm schweben die ausgebauten Unterstützungs-Einrichtungen des Buchdrucker-Verbandes vor und bis dahin hat es für uns noch gute Zeit und der Weg ist — weit. Es sollte mich wundern, wenn er den Schrei betreffs seiner Vermutung nicht in Düsseldorf gehört hätte, denn wohl viele Kollegen beim Lesen seines Projektes ansetzen haben.

Es konnte noch vieles über die Aufgaben unseres Verbandes geschrieben werden, aber ich will schließen, um nicht die Zeitung in Broschürenform erscheinen lassen zu müssen.

Ich erinnere mich dahin: Versuchen wir, das Bestehende zu erhalten, fügen wir nicht in Projekte, die eine Beitragssteigerung notwendig machen, erheben wir Extrabeiträge, wenn es nur bei Lohnbewegungen, und warten wir noch mit einer Erhöhung bis zum anderen Verbandstag, dann wird wohl kein Kollege, wenn es die Verhältnisse erfordern, sich dem verweigern können. Die Unabstimmung ist ja doch die letzte Instanz und Aufklärung mag bis dahin unter unseren Kollegen geschaffen werden. Leipzig. D. Freitag.

Praktische Erfahrungen sowie statistisches Material der letzten zwei Jahre bilden die Grundlage der vom Hauptvorstand zum diesjährigen Verbandstag gestellten Aufgabe. Meine Aufgabe soll hier hauptsächlich nur darin bestehen, zu dem Zwecke 2 vom Hauptvorstand, welcher eine Beitragssteigerung nicht seinen damit verbundenen Folgen in sich selbst, einige Worte zu veröffentlichen.

Der erste Teil meiner Begründung, welcher auf eine Erweiterung der Stammmittel hinweist, ist die in einigermassen dauernden Erstellungen bedürftigen Kollegen abgelehnt, kann mir eben nicht gefallen, wenn es hierbei verlässlichen statistischen Nachweise getragen werden soll. Die selben können ja nur dann liegen, wenn sie bei ihren besten Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht mehr den Jahresverdienst ansgleichen sind, und an ihrer Stelle nicht in die geringe Lage kommen, die ihnen unter Umständen zu befehlen. Dann sollte man doch lieber bestimmen und anderen Kollegen, welche von diesem Glücke des Berufs sprechen, nicht als bisher unter die Arme zu greifen und die Stammmittelvermehrung bewerkstelligen zu versuchen, wenn man doch bei dem Teil der ständigen Beiträge für Unterstützungsgegenstände verwenden zu wollen. Die weitere Fortsetzung des Vortrages erwidere mir viel interessanter. Doch mag ich mir den Teil „unabhängiger Unterstützungsgegenstände“ gefallen lassen, wenn ich mal die Frage stelle: Lassen wir es unter Umständen bei den gegenwärtigen Verhältnissen stehen solche Änderungen stehen?

Was zum Kollegen Kasting, der den Verband in zwei Klassen teilen möchte (weil es ja unter Lehrentwickler Kollegen nur er erlaubt, nach zu haben), um den unbedeutendsten Kollegen, welche nicht in der Lage sind, keinen befristeten Vertrag zu befehlen, Schenkung zu geben, ich mag bei 2 Worte zu begnügen, welche alsdann die gegenwärtige Unterstützung mit der Annahme des Vortrages vom Hauptvorstand die erweiterten Stammmittelvermehrung in sich selbst. Die Frage hierzu wäre, daß bei Kollegen bei 1. Klasse, welche in der nächsten Lage sich befinden, keine Worte befehlen zu können, Preis die erheben können werden, und es immer bei einer anderen erweiterten Arbeitslosen durch ihre letzten Unterstützungsgegenstände der 1. Klasse befristeten Arbeitslosen erwidere mir viel interessanter. Doch mag ich mir den Teil „unabhängiger Unterstützungsgegenstände“ gefallen lassen, wenn ich mal die Frage stelle: Lassen wir es unter Umständen bei den gegenwärtigen Verhältnissen stehen solche Änderungen stehen? Es kann mich.

daß Kollege Kasting an die Erfüllung seines Projektes selbst noch nicht glaubt. Wir sind doch von jeher bestrebt gewesen und werden es auch in Zukunft noch sein, das ganze Klassensystem zu beseitigen.

Sehr eingehend hat sich der Verbandsvorstand mit der Regelung der örtlichen Verwaltungen befaßt; diesem Gesichtspunkte muß der Verbandstag näher treten. Dem Uebelstande, daß es in der Lokalkasse immer Ebbe ist, muß vor allen Dingen Aufmerksamkeit geschenkt werden, denn zur Aufklärung der Mitglieder gehören vor allen Dingen lehrreiche Vorträge in den Versammlungen. Es ist ein unbehagliches Gefühl, wenn man hören muß: „Wir müssen sparen, die Referenten kosten Geld!“ Hier zu sparen ist verkehrt, denn durch die Aufklärung der Mitglieder wächst auch deren Opferfreudigkeit. Auch der diesjährige Verbandstag wird wieder Mittel und Wege finden, wie jeder seiner Vorgänger, dem Verband seine für die nächste Zeit zu befolgende Politik für das gemeinsame Wohl aller Mitglieder festzulegen. J. M.

Noch wenige Wochen und die Delegierten werden in Hamburg zusammentreten, um über das Wohl und Wehe unserer Organisation zu beraten und zu beschließen. Wohl hat unsere Organisation in den letzten Jahren einen großen Aufschwung gehabt, doch zurückgehen können wir damit noch lange nicht sein, es muß noch in der Agitation und Aufklärung intensiver als bisher gearbeitet werden. Daß mir einen solchen Fortschritt getan haben, dieses Konto können wir ohne weiteres auf die Tätigkeit unserer Gauleiter legen. Diese Einrichtung hat sich außerordentlich gut bewährt. Trotzdem dürfte es nicht vorkommen, daß Gauleiter zu gleicher Zeit den Vorsitz der Mitgliedschaft und andere Posten am Vorort versehen müssen. Dadurch wird ein Gauleiter in seiner Tätigkeit gehindert. Die Agitation hat in den letzten 2 Jahren wohl richtig eingeleitet, aber auch die Kleinagitation muß von jedem Mitglied noch stärker als bisher betrieben werden. Man muß in der Kleinagitation die Gauleiter richtig unterstützen und darf nicht alles von diesen verlangen werden. Daß die Agitation unter den Arbeiterinnen unseres Berufs noch nicht betrieben wurde, dürfte niemand wundern, denn wir haben ja noch eine riesige Arbeit unter tausenden indifferenten Kollegen, und glaube ich, daß auch in den nächsten Jahren in der Agitation unter den Arbeiterinnen nicht viel geschehen wird. Den Anträgen des Hauptvorstandes dürften wohl die Delegierten ohne weiteres zustimmen. Der Kassenbericht zeigt uns ganz deutlich, daß wir ohne Erhöhung der Beiträge keine Änderung im Unterstützungswege sowie in der Geschäftsführung unseres Verbandes vornehmen können. Die Agitation unter unseren fernstehenden Kollegen verurteilt aber noch einen ziemlich hohen Kostenaufwand. Es ist daher mit Freunden zu begründen, daß die Stammmittelvermehrung erweitert wird, sowie das Sterbegeld, denn dadurch kommen doch diejenigen Kollegen, die vor Arbeitslosigkeit geschützt sind, zu ihrem Recht. Es ist aber auch zu begründen, daß den Mitgliedschaften mehr Geld in der Lokalkasse verbleibt. Sie werden dadurch in die Lage versetzt, die Agitation sowie die Geschäftsführung am Orte besser zu gestalten. Als ein großer Miskstand muß es bezeichnet werden, wenn ein Kollege auf der Reise ist und kommt nun des abends in die Stadt, will er nun keine Unterstützung erheben, so muß er erst das Verbandslokal aufsuchen, dann sucht er den Kassierer oder Vorstandsmitglied auf und beide erklären, es sei kein Geld da. Auf meiner noch nicht lange beendeten TIPPLEI ist es mir in einer bedauerlichen Substanzstadt Sachsisch so ergangen. Der Vorsitzende schickte mich zum Kassierer, doch da die Kasse leer war, wollte mich dieser wieder zum Vorsitzenden zurück erpedieren, damit dieser Geld herbei schaffen solle. Erst nach langem Hin und Her wurde die Sache erledigt. Zur Erhebung dieser Unterstützung brauchte ich 1 1/2 Tage. Es wäre daher auch sehr angenehm, wenn alle Vierteljahre im Nachhinein bekannt gegeben würde, welche Kollegen die Unterstützung ausbezahlen, und zu welcher Zeit. Möge auch dieser Verbandstag ein weiterer Meilenstein in der deutschen Bäderbewegung werden. G. P.

Wer geglaubt hätte, unser Verbandstag würde diesmal ruhig verlaufen, wird sich wohl etwas täuschen, denn die eingeworfenen Anträge werden eine stürmische Opposition hervorrufen, trotzdem sie sehr eingehender Beachtung wert sind. Hierzu die Erhöhung des Wochenbeitrages von 40 auf 50 S. Es ist ja immerhin eine heisse Sache, wenn alle zwei Jahre der Beitrag erhöht wird; erheben deshalb, weil, wenn die Unterstützungs-Einrichtungen so ausgebaut werden sollen, wie beantragt, wir abermals kein Geld in die Kasse bekommen, welches für Lohnbewegungen und Streiks nötig wäre. Und die Folgen sind abermals Extrabeiträge. Man lese also die Stammmittelvermehrung wie sie ist und andere die Arbeitslosenunterstützung so um, daß ein Mitglied bei 52 Wochen 42 Tage a 60 S., bei 104 Wochen 42 Tage a 100 S., bei 156 Wochen 42 Tage a 120 S. und bei 208 und mehr Wochen 42 Tage a 150 S. bekommt, was wohl das Richtige wäre, und erhöhe den Beitrag auf 50 S., damit die Hauptkasse nächstes Jahr mit anderen Mitteln herbeizutreten kann.

Des „Projekts“ des Kollegen Kasting ist einmal durchführbar, wenn die Badergehilfen alle Idealisten sind geworden sind, und ich verliere kein Wort darüber, weil es auf der Genererversammlung nicht ernst genommen wird, so wäre es an sich für sich wäre, wenn wir jährlich 30 A Unterstützung bekommen. Also, mein lieber Kasting, wenn wir Baderarbeiter in Deutschland einmal zu 90 Prozent organisiert sind, dann kann man darüber sprechen. Das Fortschrittsmittel wird immer das sein, die Kollegen von ihrem Stand zu überzeugen und nicht die Arbeitslosenunterstützung. Und ich bitte, unser Verein ist doch kein Stammmittel, sondern eine Kampforganisation. Und wir haben doch die Zentralfrankkassier, welcher jedes Mitglied beitreten kann. Aber: Die Stammmittel wollen doch auch einmal Nutzen ziehen, und nicht bloß befehlen!“ Ich sage, dieselben sollen froh sein, daß sie nicht arbeitslos werden, denn das ist kein befehlendes Vergessen! Und wenn einer übertragener Gewerkschafter ist, so bezahlt er keinen Beitrag, ohne an Unterstützung zu denken. Und die Generalkassierer und Stammmittel sind doch überlassen? Ich nehme es an. Ober vielleicht nicht? — Dann komme ich zu der sehr beachtenswerten Anregung unseres Vorstehenden Allmann, betr. Antikennung von Ortsbeamten. Man mag darüber denken wie man will, der Vorschlag ist aus dem praktischen in solchen Bezirken wo es sich lohnt. Und da wäre in erster Linie das Ruhrgebiet zu berücksichtigen mit seiner Unmasse Bader, welche durch bloß Kleinagitation gekannt werden können. Auch eine kleine Anregung möchte ich geben. Unseren Verband gehen alljährlich hunderte Mitglieder verloren, viele nur dadurch, daß sie zum Militär eintreten. Hören nun viele Mitglieder zwei oder drei Jahre nichts mehr vom Verband,

so verdummen sie und werden stumpfsinnig wie die russischen Knechten. Hier müssen die Mitgliedschaften den Hebel ansetzen und mit solchen Mitgliedern in reger Verbindung bleiben, geistig und, was die Hauptsache ist, — materiell. Also Kollegen, die 50 S. Wochenbeitrag kommen und müssen kommen, und ich möchte die Opposition in den Großstädten erheben, nicht so viel Geschrei wegen dem Jeknerl zu machen, es nimmt sich nicht schön aus, besonders wenn durch die Organisation schon bedeutende Vorteile errungen sind, wie dies in verschiedenen oppositionellen Städten der Fall ist. Ob Tarifabschlüsse oder nicht, darüber ist kein Wort zu verlieren, denn deren Nützlichkeit ist erwiesen und es entscheidet da die Stärke der betreffenden Mitgliedschaft. Bauer Josef, München.

Aus unserem Berufe.

Polizeibericht über die Nürnberger Bäckerkontrolle. Im Jahre 1904 wurde bei 822 (1903: 826) Bäckern und Brothändlern in 5980 (6079) Fällen Nachschau vorgenommen, es ergaben sich dabei 193 (437) Beanstandungen und zwar: Unreinlichkeit in den Geschäftsräumen usw. 54 (33), Unreinlichkeit der Geräte und Geschirre 12 (8), Mehlkammern, Backröcke, Mehlkästen 66 (58), Fehlen des Protokolls 50 (9), Mindergeviere 105 (113), Fehlen oder nicht vorchriftsmäßiger Anbringung des Tarifs 98 (69), Wagen und Gewichte 19 (30), Fehlen der Plakate „Belehrung über die Kräfte“ betr. 33 (13), Verletzung gegen die Bundesratsverordnung vom 4. März 1896 (Arbeitszeit) 48 (49), Ungeeigneter Schlafraum 8 (6), Strafanzeigen wurden 10 (15) erstattet.

„Gebildeter“ Bäckermeister. Mit der Bemerkung „dreißiges Luder, gefräßiges Pod“ hat der Bäckermeister Klein in Köln die bei ihm beschäftigte Verkäuferin hinausgeschickt. Vor dem Kaufmannsgericht muß sich der schimpfste Bäckermeister zur Zahlung von 75 bequemen, weil ein Entlassungsgrund nicht vorlag.

Außerordentlich kampfesmutig gebärdet sich ein Herr D. in der „Günther'schen Bäderzeitung“, der dort unsere Petitionsbewegung zu allen Teufeln wünscht und am Schluß schreibt: „Das Groß der Arbeitnehmer“ — denn anders wollen sich die Organisierten ja nicht mehr nennen lassen — will keine Verständigung, kein Zusammengehen mit der Meisterschaft. Man will auf jener Seite den permanenten Kampf; gut, nehmen wir ihn auf, und möge der Germania-Verband bezw. sein Zentralverbandstag dafür sorgen, daß in diesem sozialdemokratischen Walde die Bäume nicht in den Himmel wachsen, — stelle der Zentralverbandstag an Bundesrat, Regierung seine Forderungen, — Forderungen, die wieder Ruhe und Ordnung in die Gesellschaft, Friede, Ruhe und Sicherheit in die Meisterschaft, in unser ganzes deutsches Bäderhandwerk bringen!“ — Der gute Mann hat wohl schreiben wollen: „Das Groß der Arbeitgeber will keine Verständigung, will kein Zusammengehen mit den Gehülften“. So hätte er schreiben sollen und es hätte dann den Tatsachen entsprochen, denn wir haben stets alles aufgeboren, bei Lohnkämpfen Verhandlungen über unsere berechtigten Forderungen herbeizuführen!

Patent-Bericht. Mitgeteilt vom Patentamt Dr. Fritz Juchs, dipl. Chemiker, und Ingenieur Alfred Hamburger, Wien VII, Siebenbrunnengasse 1. Auskünfte in Patentangelegenheiten werden Abonnenten dieses Blattes unentgeltlich erteilt. Gegen Erteilung unten angeführter Patentanmeldungen kann binnen zweier Monate Einspruch erhoben werden. Auszüge aus der Patentbeschreibung und event. Skizze der Zeichnung werden von dem angeführten Patentamtswaldbüro zum Preise von 5 Kr. angefertigt.

Oesterreich: (Einspruchsfrist bis 1. Mai 1905.) Kl. 3 a: Adoif Paul Hörmann, Fabrikant in Dresden-Mitlen. Waffelbackform: Die Form ist an beiden offenen Seiten über eine eigentliche Waffelbackfläche hinaus vergrößert und ist zwischen diesem so entstehenden Rand und der Waffelbackfläche eine Abgrenzung- und Staunungsleiste für den Teig angeordnet. — Deutsch: Reich: (Einspruchsfrist bis 20. April 1905.) Kl. 2 a. Wrasentwider für Badöfen mit Koststeuerung. Fritz Schubert, Breslau-Pöpelwitz. Erteilungen: Kl. 2 b. Teigteilmaschine mit gemeinsam über den Teigbehälterrand anhebendem Messerkopf und Teigbehälterboden. Friedrich Runk, Reichenberg. Nöhmen. Gebrauchsmuster: Kl. 2 b. Milch- und Knetmaschine mit zwei nebeneinander gelagerten und um horizontale Achse drehbaren Milchlädel, sowie mit verstellbarer Öffnung im Boden des Mischtröges und darunter befindlicher abnehmbarer Ausdehnvorrichtung. Franz Gengler, Krefeld, Cypmuerstr. 63. — Kl. 2 b. Mit Garlasten benutzbare Verbinderstücke für Bäderbedarfswaren. Bruno Mische, Baugen.

Bäderbewegung im Auslande.

In der Frage des internationalen Bädertkongresses wurde folgendes Schreiben an die betr. Verbände gerichtet:

Hamburg, den 1. März 1905.
An die Vorstände der Bäderverbände (Zentralorganisationen) aller Länder! Werte Kollegen und Genossen!

Nach der Umfrage vom 11. Januar d. J. und den eingelaufenen Antworten mußte der Vorstand unseres Verbandes in seiner Sitzung am 27. Februar feststellen, daß der geplante internationale Bädertkongress am 7. und 8. April d. J. nicht stattfinden kann.

Angefragt, daß der Kongress in der geplanten Weise stattfinden sollte, hatten folgende Länder: Nöhmen, Dänemark, Deutschland, Oesterreich, Schweden und Schweiz.

Der Verband unserer Kollegen in der Schweiz erklärte, daß er aus finanziellen Rücksichten auf eine eigene Delegation verzichten müsse.

Es war also nur mit der Teilnahme von 5 Ländern bestimmt zu rechnen. Da wir aber als Grundbedingung für das Stattfinden des Kongresses 8 Nationen festsetzt hatten, muß schon aus diesem Grunde von dem Kongress in der festgesetzten Zeit Abstand genommen werden.

Australien, Belgien und Norwegen haben auf unsere Anfrage keine Antwort gegeben, und von Frankreich war es bis hierher nicht möglich, die Adresse eines Bäderverbandes ausfindig zu machen. Wir konnten uns also mit den Kollegen in Frankreich nicht in Verbindung setzen.

Der Verband der Vereinigten Staaten von Nordamerika antwortete, daß nach seinem Statut erst im Juli in der Urabstimmung der Mitglieder die Frage der Teilnahme an einem internationalen Kongress entschieden und dort eventuell die Delegierten gewählt werden könnten!

Die Kollegen in England, Italien und den Niederlanden teilten mit, daß erst die Sektionen der Verbände über die Frage beraten müssen, daß aber dort unter den Kollegen

der Wunsch nach Abhaltung eines internationalen Kongresses rege ist.

Aus den Antworten ging also hervor, daß die Kollegen aller Länder mit der Abhaltung eines internationalen Kongresses sympathisieren. Diesen Verhältnissen Rechnung tragend, mußten wir von der Abhaltung eines solchen Kongresses am 7. und 8. April d. J. Abstand nehmen und machen nunmehr unseren Bruderverbänden den Vorschlag: Im Sommer 1907 gemeinsam mit dem internationalen Arbeiterkongress in Stuttgart auch einen internationalen Bäderkongress dort stattfinden zu lassen.

Dort sind dann mit nicht zu großen Kosten Ueberseher zu bekommen, auch finden die meisten internationalen Gewerkschaftskongresse dort zu gleicher Zeit statt.

Wir ersuchen nunmehr unsere Bruderverbände, die Frage zu beraten und uns dann im Laufe dieses Jahres Nachricht geben zu wollen, ob sie mit diesem Vorschlage einverstanden sind!

Mit Brudergruß

Der Vorstand des Verbandes der Bäder und Berufsigen Deutschlands.

Darnach ist also der geplante Kongress auf das Jahr 1907 verschoben und hoffen wir, daß sich dann alle Verbände unseres Berufes daran beteiligen werden.

Unser Bruderverband in den Vereinigten Staaten von Nordamerika hat leider im letzten Jahre einen Rückschritt zu verzeichnen, was aus folgendem Jahresbericht desselben hervorgeht:

Der Bericht dieses Jahr ist nicht derselbe wie die fünf vorhergehenden, in welchen wir Zuwachs in Lokal-Unions oder der Mitgliedszahl berichten konnten. Leider haben wir 34 Lokal-Unions und 4303 Mitglieder weniger, als im vorigen Jahre; auch waren die Einnahmen für Beiträge, Agitationsfonds und Charters weniger. Jedoch ist im Umfange für Labels sowie ein Zuwachs in der Kranken- und Sterbefälle zu verzeichnen, was um so erfreulicher ist, als dieses zeigt, daß unsere Mitgliedschaft den Wert unserer besten Waffe, des Labels zu schätzen weiß; auch in Ueber das Unterhaltungsweisen in unserem Verband obligatorisch einführen wird.

Nehmen wir Notiz von den vielen Tausenden von Dollars, welche an eine große Anzahl von Lokal-Unions, deren Mitglieder entweder am Streik oder ausgeschlossen waren, verteilt wurden, und um dieselben gegen die Angriffe der vereinigten Bädermeister zu schützen.

Und noch immer sind wir hier; auch haben wir noch einen Fonds an der Hand, mit dem wir dasselbe wie früher tun werden, um unsere Organisation in die Lage zu bringen, damit endlich die Tagarbeit sowie der Achtstundentag, wo immer es möglich gemacht werden kann, eingeführt wird.

Das letzte Jahr war für unsere ganze Organisation ein sehr lehrreiches. Sehr viele und hartnäckige Kämpfe wurden geführt. Mit Zufriedenheit können wir konstatieren, daß mit Ausnahme von drei (zwei noch im Gange), nur ein einziger total verloren wurde, indem die Lokal-Union zerstört wurde. Dies dürfte aber nur für kurze Zeit sein, denn dieselbe wird bald reorganisiert wieder sich in unseren Reihen befinden.

Hoffen wir, daß unsere Bruderorganisation im neuen Jahr wieder tüchtige Fortschritte machen wird!

Aus Oesterreich.

(Das Attentat gegen den Erjastrichtag abgefohlen. — Der Verband der christlichen Bäderarbeiter als offizielle Streikbrecherorganisation. — Die Aufhebung des Prager Tarifes.)

Wider alles Erwarten ist die parlamentarische Maschinerie in Oesterreich durch den Fall Körbers wieder zum Klappen gebracht worden. Die Junggehehen haben völlig ungegahelt und nun werden bis auf weiteres den Völkern Oesterreichs ohne die Anwendung des § 14 neue Wahlen aufgebürdet. Eine so jammerliche „Vollstreckung“, wie die Oesterreicher angestrichelt des Privilegienwahlrechts besitzen, ist wirklich gefährlicher als der nackte Absolutismus, da neben dem Apporieren der Staa:knottwendigkeiten zu keiner anderen, für das wirkliche Volk notwendigen gesetzgeberischen Tat diese feilen Kaulissenhändler sich aufschwingen können, als höchstens irgend ein Arbeiterausgesetz so zu verzerrern, daß es zu einer Karikatur eines Arbeiterausgesetzes heruntersinkt.

Auch wir Bäderarbeiter standen ganz überrascht vor der Gefahr, daß der Schandentwurf des „Vollsparteilers“ Wöheim, der im Jahre 1903 durch einen puren Schwindel im Abgeordnetenhaus zur Annahme gelangt ist, auch seitens des Herrenhauses sanktioniert werde. Gegen Ende Januar wurde seitens des Verbandsvorstandes durch den Abgeordneten Gen. Seiz in der Kaullei des Herrenhauses nachgefragt, wie es sich mit der Gesetzesvorlage betreffend der Abänderung des Rubetages verhält. Die Antwort lautete, daß nach gar keine Kommission gewählt ist, die sich mit dem Antrage Wöheims zu befassen haben wird, und daß dieses Kind, die Kommission nämlich, noch gar nicht geboren sei. Wie waren wir aber erstaunt, als am 4. Februar in den Tagesblättern zu lesen war, daß auf die Tagesordnung der Sitzung des Herrenhauses für den 10. Februar u. a. auch der Bericht des volkswirtschaftlichen Ausschusses über den Gesetzentwurf des Abgeordnetenhauses betreffend die Regelung der Sonntagsruhe im Handels- und Bädergewerbe gesetzt wurde. Es war demnach eine arge Unwahrheit, daß der Entwurf einer zu wählenden Kommission zugewiesen werden wird, sondern die ständige volkswirtschaftliche Kommission war vielleicht schon damals im Besitze dieses Gesetzentwurfs. Was angesichts der Kürze der Zeit noch zu unternehmen möglich war, das wurde seitens des Verbandsvorstandes unternommen. In der Arbeiterzeitung ist ein längere Artikel erschienen, worin sehr sachliche Argumente für die Vorkämpfung einer solchen Verschlechterung der Erjastrube für die geblagten Bäderarbeiter ins Treffen geführt wurden. Ferner besuchte eine Deputation der Vorstandsmitglieder, bestehend aus den Genossen Silberer, Lons und Rippert, den Referenten des volkswirtschaftlichen Ausschusses, Baron Berger, der in wohlwollender Weise sich die Wünsche der Bäderarbeiter vortragen ließ. Er ver sprach, sich noch vor der Sitzung mit seinen Klubmitgliedern in Verbindung zu setzen, damit einer der Herren einen Antrag entweder auf die Eliminierung der eingeschmuggelten Vorbehalts aus dem Artikel X stellt, oder wird er sich bemühen, den halben Tag so anzulegen, daß darunter 2 Arbeitsstunden zu verstehen seien. In diesem Falle müßte dann die Regierung mittels Erlasses jede andere Auslegung des Artikels X verhindern. Es war wirklich sehr Rubetages eine derartige Verbesserung durch die Bekämpfung der 2 x 6 Stunden erhalten zu können. Daran wollte niemand recht glauben. Die Deputation besuchte noch am selben Tage den Sektionschef Valenöbel und Sektionsrat Müller im Handelsministerium, wobei aber keiner dieser Herren sich irgend klar über die Situation aus-

drückte, sondern es wurde der Deputation die Abwartung der Stellungnahme der Regierung anempfohlen. Am Tage der Sitzung belamen alle Herrenhausmitglieder durch die Silberer in der Kaullei noch verstaubte, worin Beispiele ausgezählt wurden, welcher Unterschied besteht zwischen der Bäderarbeit und dem Handelsbetriebe. In jedermann verständlicher Form wurde auf die Folgen einer eventuellen Annahme der Wöheim'schen Fassung verwiesen. Am Vormittage besuchten die drei Genossen das Herrenhausmitglied Ritter v. Plener, der zugab, daß der Antrag Wöheim absolut in den Artikel X nicht hineinpaßt. Am Rückwege beglückwünschten die Genossen einer sehr zahlreichen Deputation der notleidenden Bädermeister unter der Führung Grimm's, die zusammengetrommelt wurden, um den Herren ausmitgliedern, sowie auch dem Ministerpräsidenten und dem Handelsminister die Eindrücke der Last des Rubetages zu veranschaulichen. Führer, die Mehrzahl der Mitglieder sah aus, als gingen die Herren zu einer Westmenschenausstellung; einfach zum Zerplätzen!

Durch die Vermittlung des Abg. Genossen Ubersch sprach die Deputation der Gehülfen während der Sitzung beim Handelsminister v. Call vor, und auch dieser stellte fest, daß eine Verschlechterung des Erjastrichgesetzes die Regierung nicht zulassen werde. Vertrag über die Auffassung des halben Tages, stand auch der Handelsminister, daß 12 Stunden als halber Tag anzusehen sind, und daß dem Arbeiter 12 Arbeitsstunden als Rubestunden zu gewähren wären. Da aber ohnedies ein Antrag aus der Mitte des Hauses auf die Eliminierung gestellt wird, meinte der Handelsminister, so wird er es nicht nötig haben, eine dahingehende Erklärung abzugeben.

Von der Ministerloge aus hörten die Genossen die Verhandlungen des Herrenhauses an. Erwähnt muß noch werden, daß aus allen Mitgliedschaften des Verbandes, sowie auch aus Prag telegraphische Proteste gegen die Verschlechterung des Gesetzes dem Herrenhause zugehen. Schon der Referent Baron Berger hat in seinem Referate auf die Nachteile der Bäderarbeiter verwiesen, die der Artikel X der Vorlage enthält. Über in ganz besonders treffenden Worten zerplückte Ritter v. Plener als nächster Redner den Inhalt der Bestimmungen des Artikels X und verwies auf den Unterschied zwischen den Bädern und Handlungsgehülfen, die wohl auch geplagte Menschen sind, aber keine Nachtarbeit verrichten müssen. Er stellte den Antrag auf die Eliminierung der Wöheim'schen Worte aus dem Artikel X, der gegen 1 Stimme, die des Grafen Starhemberg, angenommen wurde. Grimm mußte mit grim-miger Miene die Niederlage nach am selben Tage telephonisch und telegraphisch den Hoffern jedes wirklichen Arbeiterausgesetzes übermitteln, und eiferte zugleich die Unterlegenen zur weiteren Ausdauer in dem Kampfe gegen dieses Gesetz an. Auch wir Bäderarbeiter werden uns nicht der Sorglosigkeit in die Arme werfen, sondern es wird der Kampf wirklich bis zur vollkommenen Beseitigung der eingebildeten Privilegienausbeuter geführt werden. Auch für die Bäderarbeiter muß die Stigme Arbeitsmache zu einem unabänderlichen Gesetz werden, und die Tüchlein müssen sich damit abfinden. Dafür bürgt die gesunde Kraft der Organisation.

Einen in den Annalen der Kämpfe der Bäderarbeiter Wiens bisher nicht verzeichneten Vorfall beging der Verband der „christlichen“ Bädergehülfen. Der Schwarzbäcker und Mühlensbesitzer Robert Anders ist karriermäßig geworden. Den Arbeitern wird durch dem Oberbäcker mitgeteilt, daß für Extrakrüste anstatt 5.60 Kr. nur 4 Kr. bezahlt werden, daß nun Sonntag auf Montag 1 Schuß mehr erzeugt werden muß ohne jede Bezahlung dafür, und daß jeder Schuß um 5-6 Kr. größer zu machen ist. Die Arbeiter hielten eine Verhandlung ab, bei der einstimmig beschlossen wurde, durch eine Zutritt des Gehülfsenausschusses den Unternehmer zu eruchen, er möge den Tarif wieder einhalten. Die Antwort auf die Aufschrift war der Hinweis auf den Verfallungsvertrauensmannes. Die sofortige Intervention des Gehülfsenausschusses blieb fruchtlos, auch dann, als sich die Gehülfen (von 18 Beschaftigten 17) für den Streik entschlossen hatten. Gendarmen und Polizisten traten die Gesetze mit Füßen, indem ihr Dienstleiter so weit ging, daß den Streikenden auf offenem Wege in einer Entfernung von mehr als 150 Schritten verboten wurde auf und ab spazieren zu gehen.

Nach 8 Stunden des Streiks kamen in 4 Häusern Mitglieder des „christlichen“ Verbandes unter der Führung des Ebmannes Ritter, des Ebmannstellvertreters und des Vereinsverwalters im härtesten Trabe mit der Gendarmenbedeckung angefahren, um dem Unternehmer Streikbrecherdienste zu leisten. Der Unternehmer brach sofort die Unterhandlungen mit dem gerade im Betriebe anwesenden Vertreter des Verbandes ab, dieser wird noch spöttisch vom Ebmann der Streikbrecherorganisation verhöhnt. Der Streik ging auf diese schändliche, schurkische Art selbstredend verloren. Die Organisation ist gezwungen, zum Vorpost zu greifen. Die Schandtat der Christlichen erteigte ein ungemeines Aufsehen aller Schichten der Bevölkerung. Was macht nicht die christlichsoziale Presse? Im „Deutschen Volksblatte“, in der christlichsozialen „Arbeiterzeitung“ im christlichen „Gewerkschafter“ sind Notizen erschienen, wo solchende haarsträubende Lüge als Ursache des Streiks publiziert wurde: „Herr Anders erlaubte sich, anstatt von den Notizen aus der Kaulgasse, vom Verbands der christlichen Bädergehülfen Arbeiter zu vermitteln; die Notizen weigerten sich, mit diesen zu arbeiten und traten in den Streik, nachdem Herr Anders sich geneigert hat, die Christlichen zu entlassen. Das ist der bekannete sozialdemokratische Terrorismus.“ So diese Blätter. Es sind Berichtigungen den Mäthern zugeschickt worden, aber ein gemeiner Kerl bleibt eben gemein, wenn er auch der Lüge überwiegen wird. So auch diese Patentchriften, die wurden nämlich noch gemeiner. Nachdem der Voplott immer besser wirkte, und seitens der Organisation die tarifreuen Firmen in der „Arbeiterzeitung“ veröffentlicht wurden, hielten die prononzierten Ausbeuter gemeinsam mit Ritter eine Sitzung ab, bei der die Veranschlagung eines Auoblettes beschlossen wurde. Dieses ist bereits in mehreren Tausend Exemplaren zur Verteilung gebracht worden, und erschien auch als eine Beilage der „Deutschen Zeitung“, offiziellen Organ der Queger-Partei. Zum Schein richtet sich dieses Auobblatt gegen die Arbeiterfabrik Mendl, in der Wirklichkeit enthält es eine Sammlung der infamsten Lügen und Verdächtigungen der sozialdemokratisch organisierten Arbeiter und schließt mit dem Rufe: „Danein in die christlichen Gewerkschaften, damit der Volksbetrug ein Ende nehme!“ In Hunderten von Exemplaren wurde dieses Pamphlet den Bädermeistern zugestellt, damit sich diese von der innigen Liebe dieser sonderbaren Vertreter der Arbeiterinteressen überzeugen und mit ihnen ein ungeratenbares Bündnis eingehen. Dies ist das Quaggerspiel, wie die Notizen unerschöpflich zu machen sind. Der Vop-

lung in die Hand der „Christlichen“, und die Sozialdemokraten ausschließen. In der Tat belam der Gehülfsenausschub eine Zuschrift seitens des Schwarzbäckerklubs, worin die sofortige Aufhebung des Voplots gegen Anders verlangt wird, wibrigensfalls der Klub andere Repräsentanten anzuwenden genötigt ist, um Mitglieder des Klubs zu schützen. Also, eine übermäßig große Kampfkraft zeigen jene Herren, die im Vorjahre mit der Gehülfsenschaft einen gemeinsamen Tarif abgeschlossen haben. Der Gehülfsenausschub beantwortete das Schreiben dahin, daß der Voplott sofort aufgehoben werden wird, falls der Klub den Nachweis erbringt, daß er unbegründet verhängt wurde. Er schlägt vor, zur Untersuchung des Falles Anders eine paritätische Kommission zu wählen.

Wenn die Bädermeister Lust haben, die Tüchler zu kopieren, so sollen sie es nur tun. Ein Verzweigungskampf für uns wird es nicht sein, sondern ein Kampf, den die gesamte organisierte Arbeiterchaft als den ihrigen betrachten wird. Allzuscharf macht sichartig, und ebenso wird es den erregierten kurzichtigen Hoffern der Arbeiterbewegung ergehen. Ihre Helfershelfer, die christlichen Marodeure, die bemühen sich umsonst, wenn sie meinen, daß durch einen solchen Schwindel sie endlich die Reihen der organisierten Bäderarbeiter dezimieren werden können. Als wie eine Herde räuberischer Schafe kommt einem diese Gesellschaft vor.

In Prag wurde der Lohnatarij durch einen Beschluß der Vollversammlung der Genossenschaft aufgehoben. Die Begründung lautete dahin, daß, nachdem es den Unternehmern mißlungen ist, eine Reform unter sich durchzuführen, und nachdem nur einzelne von ihnen die Draufgabe beiseite gelassen haben, sie auch an die Einhaltung des Tarifes nicht gebunden sein können. Die Folgen des Beschlusses stellten sich sofort ein. Ueberall dort, wo die Unternehmer den Versuch gemacht haben, Lohnabzüge zu machen, kam es zu Kämpfen. Die Arbeiterchaft ist stark genug, um auch ohne die offizielle Tarifvereinbarung an den Erzeugnissen festzuhalten. Und diese sofortige Abwehr schäuferte auch tatsächlich die Unternehmer ein, weil sie hielten, daß die Bemühungen, Streikbrecher zu bekommen, vollkommen fruchtlos blieben. Zum Unterschied von Wien steht den Prager Bädermeistern keine christlichsoziale Streikbrecherbande zur Verfügung, wodurch natürlicherweise der Widerstand der Meister durch die Einigkeit der Gehülfen leichter zu besiegen ist!

J. 3.

Bemerkenswertes aus den Mitgliedschaften.

Am 1. März waren in Bayreuth 25 Kollegen versammelt, welche nach einem Referate Gagners der Petition zustimmten. Drei Kollegen schlossen sich dem Verbands an.

Danzig. Am 2. März tagte hier eine öffentliche Versammlung, die von circa 100 Kollegen besucht war. Genosse Bartel referierte über „Die Genossenschaftsbewegung und die Interessen für die Bäderarbeiter“. Der Bädermeister B. Sohn, der am 24. November d. J. im „Jünglingsheim“ den Vortrag über „Konsumvereine und Stofffabriken, deren Nutzen und Schaden“ hielt, war zu dieser Versammlung schriftlich eingeladen, um seine Behauptung aufrecht zu erhalten, spielte aber den Trübeberger und glänzte durch Abwesenheit. Er hatte dort ausgeführt, daß sich die Beamten der Konsumvereine nur von den Geldern der Mitglieder bereichern. Wenn dieselben auf solcher Grundlage basierten, wie sie der Bädermeister Sohn hinstellte, dann müßten wohl die Tausende und Abertausende von Konsumvereinsmitgliedern lauter dumme Esel sein, die ihre Beiträge nur zahlen, um einigen angestellten Beamten ein angenehmes Leben zu sichern. Kennt denn der Mann nicht den Umfatz oder den Reingewinn, der im Jahre 1903 fast ein Zehntel des Gesamtumsatzes ausmachte und an die Mitglieder zurückerstattet wurde? Oder er hat dort wirklich die Unwahrheit gesprochen. Und wenn der Mann weiter sagt, das Gedeihen der Konsumgenossenschaftsbäderereien sei nur den Gehellen zuzuschreiben, die durch un-mehr Behauptungen das Publikum gegen die Unaufrichtigkeit in den Bäderereien scharf gemacht haben, so konnte der Referent auch dieses leicht widerlegen. Die deutschen Arbeiter, die ihre Groschen ja immer einmalig herum-drehen müssen, hielten es für notwendig, sich durch Zusammenfassung in Vereinen für wenig Geld ihren Lebensunterhalt so gut als möglich einzurichten. Und wenn die Konsumvereine immer mehr zur Eigenproduktion ihrer Bedarfsmittel übergehen, so kann man es ihnen nicht verdenken, weil sie gerade dadurch schöne Erfahrungen und große Erfolge zu verzeichnen haben. Und wenn die Konsumvereine, die in der Lage wären, ihren Brotumfatz in eigenen Betrieben herzustellen und es nicht tun, die verurteilten sich an ihren Mitgliedern schwer. Von den Bädermeistern werden sie allerdings gebäht, weil sie die benachteiligten sind, und weil diese Betriebe auch so vorbildlich für sie sind. Diese Betriebe betrachten es als ganz selbstverständlich, das Zeit- und Logiswesen sofort zu befeigen, einen entzündigen Wimmelalohn zu zahlen, die Arbeitszeit zum größten Teil auf 8-10 Stunden zu verkürzen, für genügende Ventilation in den Arbeitsräumen und Vorrichtungen für die Arbeiter zu sorgen. Den Mitgliedern kann es auch nicht gleichgültig sein, ob sie ihre Bedarfen aus solchen Betrieben beziehen, die bei der Herstellung die peinlichste Sauberkeit ermöglichen, oder wo die Bedarfen in feuchten Keller-löchern von schlecht entlohten, durch übermäßig lange Arbeitszeit ausgemachten Bäderegehellen hergestellt werden. Auch die Bäderegehellen müssen mehr Interesse dafür zeigen. Wenn viele Kleinmeister, die mit solchen Betrieben mit-konkurrieren und schwer um ihre Existenz ringen, die Gehellen in solchen Betrieben scharf befehlen, so muß unter Prinzip sein: Lieber weniger gut gefüllte Unternehmer und mehr gut gestellte Arbeiter. Andererseits haben die Bädermeister sich selbst die schnelle Entwicklung zuzuschreiben, weil sie oftmals durch dumme-brutale Maßregelungen die Gehellen ausbittern und vielen dann nichts anderes übrig bleibt, als Produktionsgenossenschaften zu gründen, wo sie dann von dem Solidaritätsgefühl der organisierten Arbeiterchaft unterstützt werden. Wenn der Mann dort weiter meinte, durch die Enttötung der Stofffabriken werden die Gehellen immer mehr überflüssig, so hat er wohl noch der heutigen kapitalistischen Weltanschauung ganz recht. Durch die Maschinen soll dem Arbeiter die Arbeit erleichtert und die Arbeitszeit verkürzt werden, sie soll also dem Arbeiter zugute kommen. Braucht der Arbeiter zur Fertighaltung der Arbeit ohne Maschinen vielleicht 12 Stunden, so braucht er mit Hilfe derselben vielleicht nur 10 oder sogar nur 8 Std. Wird nun einem Betrieb eine Maschine aufgestellt, so müßte man wohl annehmen, daß der Unternehmer jetzt auch die Arbeitszeit verkürzt, aber er denkt nicht daran, und trotz Religion und Christentum fliegen dann so und so viel Arbeiter aus Straßenpflaster, daher gibt es auch unter den Arbeitern große Feinde der Maschinen. Die organisierte Arbeiterchaft ist anderer Meinung und hat: Die Ma-

Der Referent erntete für seinen 1 1/2stündigen Vortrag reichen Beifall. Die darauf folgende Diskussion bewegte sich in demselben Sinne und wurde noch das Verhalten der „evangelischen Singlinge“ scharf kritisiert, die sich jeden Donnerstag die Ehren voll Staffee gießen und sich von Leuten, die auch nicht im geringsten ihre Interessen vertreten, so an der Nase herumführen lassen, und es nicht einmal für nötig befinden, sich einmal in unseren Versammlungen sehen zu lassen. Unter „Verschiedenes“ brachte der Vorsitzende Kollege Walschies einen eigenartigen Fall zur Sprache. Vor 14 Tagen erschien in der Bäckerei Zäuberer-Pengafuhr ein Herr und fragte, ob er sich nicht die Bäckerei ansehen könnte; dieses wurde ihm erlaubt und ging die Frau Meisterin mit. Als er sich alles ansehen hatte, wandte er sich an den ersten Gesellen mit den Worten: „Wie lange arbeiten Sie schon?“ denn es war bereits nach 11 Uhr vormittags. Er erhielt die richtige Antwort, von 8 Uhr abends. Der Herr notierte sich jetzt die Sache und stellte sich vor als Gewerbeinspektor. Die Frau Meisterin aber fing jetzt an zu heulen und meinte, die Gesellen hätten in der Nacht eine Stunde; diesem wurde aber von dem Gesellen widerprochen mit den Worten, sie hätten gar nicht mal viel Zeit, Abendbrot zu essen. Als nun der Gewerbeinspektor den Gesellen mehr glaubte als der Frau Meisterin, sagte sie: Ich werde schnell meinen Mann holen, der augenblicklich schläft, der kann besser — sie wollte wohl lügen — lügen? Als nun der Meister ankam und der Beamte fort war, gab er folgendes Urteil seinem Gesellen mit: Weil Sie die Wahrheit gesagt haben, können Sie sofort aufhören. Dazu konnte Kollege Walschies noch einen anderen Fall anführen, wo der Geselle nicht die Wahrheit gesagt und solche Gesellen den Meistern angenehmer sind. Vor längerer Zeit kam bei dem Bäckermeister S. von hier auch ein Gewerbeinspektor. Als nun die Gesellen demselben bemerkbar wurden, ging der erste Geselle D., der zufällig Stiefel bei der Arbeit trug und noch in voller Tätigkeit war, so schnell als ihn seine Beine zu tragen vermochten, mit Stiefel und Sporen ins Bett und fing dann an zu schnarchen, während die anderen Lehrlinge doch wohl oder übel diese Komödie mitmachen mußten. Das solch ein Handwerker bei den Bäckermeistern auch gut angesehen ist, geht schon daraus hervor, daß er von verschiedenen Personen unterstützt wurde, als er sein eigenes Geschäft unternahm. Heute hat der Mann bereits drei Lehrlinge und nimmt er es auch durchaus nicht so genau mit dem Moralarbeitslohn. Nachdem noch das Verhalten des Sprechmeisters scharf kritisiert wurde, brach ein Kollege unter Tränen aus: er liege schon 4 Monate arbeitslos, Frau und Kinder sind im Armenhaus und weil er nicht die Miete bezahlen konnte, so wurde er ausgeworfen und liegt auf der Straße. Kollege Gohrer gab die Anregung, von Seiten des Verbandes einen kostenlosen Arbeitsnachweis einzuführen. Eine dementsprechende Resolution, in welcher das rigorose Verhalten des Sprechmeisters scharf verurteilt wurde, und daß sie mit aller Kraft arbeiten wollten, bis der letzte Bäckergeselle den Tag organisiert ist, wurde angenommen. Vier Kollegen traten gleich dem Verbands bei und wurden nach noch von allen Seiten umgebenen zugeführt, daß sie so bald wie in Arbeit kommen werden, dem Verbands beitreten, weil viele davon arbeitslos waren. Mit einem dreifachen Hoch auf den Verband wurde die Versammlung geschlossen.

In Dresden fand am 2. März eine gutbesuchte Mitgliederversammlung im Volkshaus statt. Dieselbe beschäftigte sich hauptsächlich mit der bevorstehenden Generalversammlung. Nachdem der Vorsitzende den Anwesenden Zweck und Bedeutung des Verbandes vor Augen geführt hatte, wurden verschiedene Anträge an denselben gestellt, welche die Mitgliederversammlung nach kurzer Diskussion annahm. Am nächsten wurde die Stellung zu dem vom Hauptverband gestellten Anträgen genommen. Diese wurden bis auf einen, welcher Erhöhung der Beiträge und weitere Erhebung der Unterhaltungen verlangte, befürwortet. Die Versammlung erklärte sich einstimmig gegen eine Erhöhung der Beiträge. Man hielt diese Erhöhungen für verfehlt, weil dieselben werden erschwern auf die Situation bei uns, und ist nicht zu erwarten, daß die Kollegen sich durch Erhöhung der Beiträge zu einem weiteren Ausbau des Verbandes entschließen werden. Die Versammlung wurde durch Kollege Walschies geleitet. Unter „Verschiedenes“ wies der Vorsitzende auf die in Leipzig bei dem Reichsverbanden hin und meinte die Anwesenheit zu in den nächsten Tagen mit aller Kraft zu arbeiten, damit wir auch die letzten unserer Kollegen überzeugen zu können, daß wir uns nicht scheuen, uns vollständig gegenüber zu stellen. (Anmerkung der Redaktion: Der Reichsverband in Leipzig besteht: Gehobene Mandate für Delegierte sind ausgestellt. Man hat sich für Dresden im nächsten Sonntag um 10 Uhr im Volkshaus zu treffen. Man hat sich für Dresden im nächsten Sonntag um 10 Uhr im Volkshaus zu treffen.)

In Nürnberg fand am 23. Februar die 20. Jahresversammlung des Reichsverbandes der Bäckergesellen statt. Die Versammlung wurde durch Kollege Walschies geleitet. Unter „Verschiedenes“ wies der Vorsitzende auf die in Leipzig bei dem Reichsverbanden hin und meinte die Anwesenheit zu in den nächsten Tagen mit aller Kraft zu arbeiten, damit wir auch die letzten unserer Kollegen überzeugen zu können, daß wir uns nicht scheuen, uns vollständig gegenüber zu stellen. (Anmerkung der Redaktion: Der Reichsverband in Leipzig besteht: Gehobene Mandate für Delegierte sind ausgestellt. Man hat sich für Dresden im nächsten Sonntag um 10 Uhr im Volkshaus zu treffen. Man hat sich für Dresden im nächsten Sonntag um 10 Uhr im Volkshaus zu treffen.)

Kollegen Gahner ausprechen. Es wurde nach der Diskussion über die Petition abgestimmt und wurden 130 St. dafür abgegeben. Die Petition wurde nach Unterschrift der drei Vorstandsmitglieder sofort abgeschickt. Es wurde dann unter „Verschiedenes“ noch erwähnt, daß diejenigen Kollegen, die sich acht Tage vor der Bewegung aufzeichnen lassen, keine Unterstützung zu erwarten haben. Auch wurde eine Sammlung für die arbeitslosen Gehülften vorgenommen, die eine Summe von 460 M. ergab und unter dieselben verteilt wurde. Betreffs des Tarifabstufes wurde die Hebelste 3. Lohnklasse gebildet und inwieweit die Forderungen vom Streik von 1902 eingehalten werden und ergaben sich 17 Betriebe, welche ihre Forderungen nicht mehr einhalten. Betreffs der Delegiertenwahl zum Verbandstag in Hamburg wurden die Anträge gestellt und wurden Ottenbacher und Haslinger vorgeschlagen. Nachdem sich 11 Kollegen in den Verband aufnehmen ließen, schloß der Vorsitzende die gut besuchte Versammlung.

In Würzburg tagte am 14. Februar eine von zirka 120 Kollegen besuchte Versammlung, in welcher Arbeitersekretär Eberhard über die „Reize und Wege der Unternehmervereine und Arbeiterorganisationen“ sprach. Die Versammlung spendete ihm reichen Beifall für seine Ausführungen. Beim zweiten Punkt „Die gegenwärtige Lage der hiesigen Bäckergesellen und ist dieselbe einer Verbesserung bedürftig?“ sprach Kollege Gög. Es entspann sich eine sehr erregte Diskussion, an der sich mehrere Kollegen beteiligten. Der Angelegte kritisierte das vom Verbandsvorstand den Gög herausgegebene Flugblatt, in dem eine Person in den Schmutz gezogen worden sei; dies wurde ihm aber alles widerlegt. Kollege Gög forderte die Anwesenden auf, in der Versammlung am 23. Februar massenhaft zu erscheinen, was auch Kollege Bagger (Vorsitzender des Gehülftenvereins) und der Angelegte tat. Zwei Kollegen traten dem Verbands bei. Hiermit schloß der Versammlung.

Am 23. Februar sprach Kollege Gahner-München über den „Ergänzungsbeitrag im Bäckereigewerbe“ in einer von über 80 Kollegen besuchten Versammlung. Gahner verstand es, in kernigen und durchsichtigen Worten den Kollegen den Wert des Ergänzungsbeitrages und der Petition aufklärend darzulegen. Stürmischer Beifall wurde dem Referenten nach seinen Ausführungen zu teil. Mehrere Kollegen äußerten sich im gleichen Sinne. Besonders lobte der Angelegte die Ausführungen des Kollegen Frank, den er als Mann anerkannte. Einstimmig wurde die Petition angenommen. Zum zweiten Punkt sprach Kollege Gög über die drei Forderungen an den hohen Festen im Jahre, welches das Erbe seit Jahren der hiesigen Gehülften sei und schon in der Weite getan worden ist und gab bekannt, daß sich in der letzten Gehülften-Ausübung eine Kommission aus drei Meistern und drei Gehülften gebildet habe, weitere Schritte zu tun. Hierzu empfahl Kollege Gög eine Resolution, die in allen Blättern erscheinen solle und an die Gg. Kreisregierung und den Stadtmagistrat geschickt werden soll, was auch beschlossen wurde. Die Resolution fand einstimmige Annahme. Der Angelegte empfahl, alles, was geheißen ist, zu vergessen und einzig zu sein und übertrage er, was wegen der Forderungen getan werden muß, dem Kollegen Gög. Nach einem kräftigen Schwurwort des Kollegen Gahner und Gög wurde die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die Kollegialität und Solidarität geschlossen. 10 Kollegen traten dem Verbands als Mitglieder bei.

Genossenschaftliches.

Eine der erfolgreichsten Erscheinungen in der Konsumvereinsbewegung.

In einem Referat über Konsumvereine, das Herr Dr. Reinhold Nieha an der Generalversammlung der Gesellschaft für Soziale Reform hielt, betonte der Redner, daß es eine der erfolgreichsten Erscheinungen in der Konsumvereinsbewegung sei, daß die Vereine begonnen haben, nur mit solchen Vereinen Schritte zu machen, die ihre Angestellten unabhängig behandeln und unabhängig entlohnen. Gemäß der Meinung ist gemacht, und verschiedene Vereine geben sich reichlich Mühe, diesem eigentümlich selbstständigen Grundgedanken zu seinem Rechte zu verhelfen. Aber eine ganze Anzahl von Vereinen ist sich dieser Pflicht nicht bewußt. Sie verlangen, und wohl auch nicht mit Unrecht, daß die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterkraft des Konsumvereins unterstehe, daß sie Mitglieder ihres Konsumvereins werden. Diese Forderung ist aber nur dann berechtigt, wenn auch die Vertretung der organisierten Arbeiter nach hiesigen Arbeits- und Lebensbedingungen von den Konsumvereinen in der Weise unterstützt werden, daß mit Hilfe von den Lieferanten bezogen werden, welche die entsprechenden Bedingungen erfüllen.

Die Bedeutung der Konsumvereine und ihre Macht als Konsum nicht überschätzen, versteht aber wäre es, wollte man ihre Macht unterschätzen. Der Druck den die Konsumvereine als von den Lieferanten und Fabrikanten geübter Konsum auf diese ausüben können, dürfte ein nicht zu unterschätzender sein. Die meisten Konsumvereine haben schon fast ganz abgesehen von ihrer Kraft Gebrauch gemacht und die Unterstützung der Konsumvereine durch die hiesige Regierung der angesehener Gewerkschaften ist zu einem großen Teil durch die Konsumvereine, Verhalten bei ihren Einkäufen unterstützt.

Beider finden wir diese „unerschrockene“ Erscheinung noch in sehr vielen Vereinen. Wir brauchen nur daran zu erinnern, wie die Tarifverträge der Bäcker und der Handwerker und Transportarbeiter von den verschiedenen Vereinen ausgenommen wurden. Und dabei handelt es sich nur um die im eigenen Verein beschäftigten Arbeiter. Man muß sich dann wundern, wenn es heute noch der größte Teil der Konsumvereine ist, bei denen man die „erschrockene“ Erscheinung vergebens sucht?

Dahin zu wirken, daß es anders werde, dürfte in erster Linie die Großhandelsvereine deutscher Konsumvereine berufen sein. Infolge ihrer großen Abschüsse ist sie ein Faktor, mit dem jeder Fabrikant, der einmal mit ihr in Geschäftsverbindung getreten ist, rechnen muß. Aber auch die Einkaufsvereinigungen können nach dieser Richtung hin segensreich wirken. Wir haben uns außerordentlich gefreut, zu lesen, daß die Reichsvereiner Einkaufsvereinigungen die Geschäftsverbindungen mit Fabrikanten, die die gewerkschaftlichen Forderungen mißachteten, gelöst hat. Würde dieses Vorgehen auch von den übrigen Einkaufsvereinigungen nachgeahmt werden, es dürfte nicht zum Schaden für die Konsumvereinsentwicklung sein.

Die Antipathie, die noch in verschiedenen Kreisen der Gewerkschaften gegen die Konsumvereine vorhanden ist und durch Fälle neuerer Zeit wahrlich nicht vermindert wurde, dürfte durch ein derartiges Verhalten zu einem großen Teile beseitigt werden. Die Konsumvereine hätten aber dann auch ein Mittel in der Hand, einen moralischen Druck auf die den Konsumvereinen noch fernstehenden Gewerkschaften auszuüben. Denn es liegt auf der Hand, daß die Gewerkschaften, sofern ihnen praktisch vor Augen geführt wird, wie wirksam die Konsumvereine ihre Forderungen in bezug auf ihre Arbeits- und Lohnverhältnisse unterstützen, dann sich ebenfalls verpflichtet fühlen werden, den Konsumvereinen zu unterstützen.

Unter der den Konsumvereinen noch fernstehenden Arbeiterschaft, und sie ist nicht klein, dürfte ein derartiges Verhalten der Konsumvereine eine bedeutend höhere Werbekraft ausüben, als eine Dividende von 10 und noch mehr Prozent. Unter den Arbeitern zu werben, ist die Aufgabe der Konsumvereine, nur die Arbeiterschaft kann die Trägerin einer kraftvollen Konsumvereinsbewegung sein. (Aus den „Mäthern für das Genossenschaftswesen.“)

Der Konsumverein Apolda berichtet über sein 36. Geschäftsjahr. Bei 2377 Mitgliedern am Jahresabschluss hatte der Verein einen Gesamtumsatz von 672 800 M. und 86 502,73 M. Reingewinn. In diesem Reingewinn ist die Bäckerei mit 13 902 M. beteiligt. Im Berichtsjahr hat der Verein die Bäckerei durch Erbauung eines zweiten Doppelofens erweitert, welcher am 14. Juli in Betrieb genommen wurde. Der Bericht sagt über die Bäckerei: Ein Beweis dafür, daß unsere Bäckerei-Erzeugnisse immer mehr Anklang finden, ergeben folgende Zahlen:

1903	Es wurden gebacken	1904
69 327	Stück = Brote à 0,50 M	= 95 525 Stück
40 637	„ = „ à 1,00 „	= 40 793 „
	„ = „ à 0,30 „	= 144 „
2 338	„ = Schüttchen und Kuchen	= 4 331 „

Seit der Einführung der Weißbäckerei (7. 8. 1904), also in 147 Tagen, wurden gebacken zusammen 775 828 Stück Weißgebäck, durchschnittlich pro Tag 5 277 Stück. Gebacken wurden durchschnittlich aus 100 Pfund Roggenmehl = 138 Pfund Brot.

Der Konsumverein Mannheim hielt am 21. ds. Mts. im „Friedrichspark“ seine Generalversammlung ab, die sehr gut besucht war. Der von dem Geschäftsführer des Vereins erstattete Bericht über die Zeit vom 1. Juli 1904 bis 31. Dezember 1904 weist eine Einnahme im eigenen Geschäft von 194 171,07 M. und im Lieferanten-Geschäft von 105 622 M. nach. In derselben Zeit des Vorjahres betragen die Einnahmen insgesamt 144 327,40 M.; es ergibt sich daraus eine Mehreinnahme gegen das Vorjahr von 155 465 M. Dies muß jedenfalls der schlimmste Gegner des Genossenschaftswesens als einen Fortschritt bezeichnen. Der Verein hat im zweiten Halbjahr 1904 1007 neue Mitglieder zu verzeichnen. Der letzte Punkt der Tagesordnung: „Uebergang zur Eigenproduktion“, dürfte wohl als der wichtigste des ganzen Abends bezeichnet werden. In einem längeren Referat führte Herr Bauer die Licht- und Schattenseiten der Eigenproduktion den Anwesenden vor und kam zu dem Schluß, daß nur eine auf gesundem Boden stehende Genossenschaft dieser Frage ohne jedes Risiko näher treten dürfe. Er glaubt, daß der Konsumverein Mannheim nunmehr, gestützt auf seine große Mitgliederzahl und seinen bedeutenden Umsatz, an die Frage der Errichtung einer eigenen Bäckerei herantreten dürfte. Es bietet sich nunmehr ein geeignetes Projekt, und erüchte er die Versammlung, durch Annahme einer Resolution der Verwaltung anzuhelfen, nach vorzichtiger Prüfung das Projekt eventuell zu verwirklichen. Die Diskussion über diese Frage währte sehr lange. Die Meinungen waren geteilt, doch sämtliche Redner betonten, daß von einem größeren Risiko des Vereins bei seinem gegenwärtigen Stand keine Rede sein könne. Folgende Resolution fand alsdann Annahme: „Die heutige Generalversammlung des Konsumvereins Mannheim beauftragt es, daß sich die Genossenschaft so stark entwickelt hat, um zur Eigenproduktion übergehen zu können. Sie beauftragt die Verwaltung, das als geeignet erscheinende Projekt herauszugreifen, um die Mitglieder mit eigenen Waren versehen zu können. Dagegen verpflichten sich die Mitglieder, um so intensiver für Ausbreitung der Genossenschaft zu sorgen und durch Spareinlagen dieselbe möglichst zur größtmöglichen Leistungsfähigkeit zu entwickeln.“ Hiermit fand die großartig verlaufene Versammlung ihr Ende.

Im Konsumverein Oberweibach wurden im Berichtsjahre 7068 M. Reingewinn erzielt. Der Umsatz liegt bei 52 000 M. des Vorjahres auf 73 200 M. Den Mehrumsatz und die erzielten günstigen Resultate verdankt der Verein hauptsächlich seiner am 8. Juli v. Js. in Betrieb genommenen Bäckerei, obwohl die Bäckerei und Friseur durch Gründung eines Kabattiparvereins das Wachstum der Genossenschaft zu hemmen suchten. Der Sekretär Eichhorn erläuterte den Betrieb der Bäckerei-anlage eingehend und erwähnte lobend den genossenschaftlichen Sinn des Nachbarkonsumvereins Cursdorf, welcher kein Brot und Weißgebäck von uns bezieht.

In der Konsumbäckerei in Suhl i. Thür. haben wir uns von dort berichtet wird, zwei Anaben im Alter von 10 bis 12 Jahren mit Bäckerei beschäftigt werden. — Hier dürfte kaum glaubliche Tatsache ist, so wäre es nicht wunderbar und das Verhalten der Verantwortlichen vor dem Konsumvereins scharf, als das mancher Gehülften Meistern unter dem Namen „Wahl“ zu werden, die Konsumvereine heute unvermeidliche Wiederbelebungsfrage ist, die sich nicht lösen lassen.